



14. Heft | 18. Juli 1912

GEORGES WEILL · PARTEIORGANISATION UND POLITISCHE AKTION · ZUR REFORM DES SOZIAL-DEMOKRATISCHEN ORGANISATIONSSTATUTS

EINE Million organisierter Männer und Frauen: dieser Zahl nähert sich das stehende Heer der deutschen Sozialdemokratie. Kaum in einer andern als der deutschen Politik ist eine derart gewaltige Anhäufung geordneter Kräfte möglich oder auch nur denkbar. Hier ist in der Tat die planmäßige Sammlung möglichst großer Massen innerhalb der festen Kadern der Parteien das Mittel der politischen Aktion geworden.

Nicht als ob die Teilnahme der Massen an der Politik ein deutsches Privileg wäre: die ist nur ein anderer Ausdruck für die notwendige Demokratisierung des öffentlichen Lebens. Aber sie kann oder konnte bisher in anderen Ländern den Umweg riesiger Organisationen vermeiden. Wo das parlamentarische Regime dem allgemeinen Wahlrecht und eine bewegtere Tradition dem Mehrheitswillen raschere Wirkung sichern, setzt sich die öffentliche Meinung leichter durch. Freilich auch in der öffentlichen Meinung der Einfluß der kleinen Gruppen, die die Organisationen der Staatsmänner, der Führer sind; ein typisches Beispiel: die Macht der radikalsozialistischen Gruppe oder der Loge in Frankreich. Jedenfalls kann dort die unmittelbare Massenaktion ganz anders und viel eher wirken als in Deutschland: Die öffentliche Demonstration, die Straße sind die gegebenen Mittel der Aktion. Und die Vereins- und Versammlungsfreiheit erfährt rechtlich (England) oder tatsächlich (Frankreich) keine erhebliche Einschränkung.

Deutschland hat kein parlamentarisches Regime; hat auch keine revolutionäre Tradition, der die große Ungeduld wollender und drängender Massen entspringt. Von allen anderen Gründen abgesehen, zwingt schon dieses doppelte Manko zu einer gewissermaßen systematischen Führung des Klassenkampfes. So ist denn auch die Organisation der großen wirtschaftlichen Interessengruppen, die sich durch eine überstürzte kapitalistische Entwicklung schärfer und rascher als anderswo geschieden haben, das charakteristische Merkmal der deutschen

Politik. So ist Deutschland das Land der großen Organisationen, der wirtschaftlichen und politischen Verbände geworden: Gewerkschaften, *Hansabund*, *Bund der Landwirte*, *Volksverein*, Sozialdemokratie usw. Nebenbei bemerkt: Es ist nur eine oberflächliche Selbstüberhebung, daß bei der Erörterung unseres Organisationsstatuts einzelne Genossen die bürgerlichen Parteien nicht einmal als Beispiele gelten lassen wollen, wie sie vom Parteivorstand vergleichsweise angeführt worden sind. Natürlich sind sie anders gerichtet und anders aufgebaut als unsere Partei. Aber auf dem selben Boden der selben wirtschaftlichen Konflikte sind sie geboren, und eine Parallele zwischen ihnen und uns ist noch lange kein Vergehen am Geist oder am Wesen des Sozialismus. Alle vorhin genannten Organisationen haben zahlenmäßig einen so ungeheuren Umfang angenommen, ihre Führung erfordert so große Anstrengung und Kraft, daß hinter dieser rein technischen Leistung der lebendige Zweck vielfach zu verschwinden scheint. Die Gefahr der Parteihierarchie und der Parteibureaucratie liegt da, wo die Erweiterung, Ausbildung und Festigung der Organisation nur noch Selbstzweck zu werden droht, wo man vergißt, daß sie Mittel und notwendiger — Umweg ist. Diese Gefahr, von der in der gegenwärtigen Parteidiskussion in einem ganz andern Zusammenhang gesprochen worden ist, besteht zweifellos in der Identifizierung und Verwechslung der politischen Arbeit mit der organisatorischen Anstrengung, und sie äußert sich beispielsweise in der (oft genug beobachteten) Verachtung der politischen Mittel, wie sie aus anderen Voraussetzungen und Möglichkeiten anderwärts erwachsen. Das politische Mittel der großen Organisation ist eben nur zum gleichen Zweck, kurz gesagt, das deutsche Mittel.

Gerade deshalb erscheint es mir als Laune (unüberlegt und unlogisch, wie Launen sind), will man dieses deutsche Mittel der politischen Aktion nicht zum wirklichen Zweck, sondern erst zu einem andern Mittel verwenden und verwendbar gestalten. Darauf geht indes die Kritik der Radek und Pannekoek an dem Entwurf der Organisationskommission hinaus: sie prüfen ihn ausschließlich auf die Gebrauchsfähigkeit zur Straßenaktion. Indes, gerade die Anwendung dieses Mittels hängt von der Stärke und der ordentlichen Funktion des großen Parteikörpers, um dessen Einrichtung wir uns zurzeit zu kümmern haben, nicht im geringsten ab. Eine Million Menschen auf Straßendemonstrationen dressieren zu wollen: wer kann ernstlich den Gedanken fassen? Gerade nach den preußischen Versuchen, ihrem Anfang und ihrem Ende. Nein, wenn es wirklich einmal zu solchen Konflikten kommen sollte, würde man sich schwerlich nach der Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit der Beitragszahlung erkundigen.

Die Parteiorganisation ist also nicht nach den Bedürfnissen der Straßenkundgebung (des fremden, übrigens mehr und mehr veraltenden Mittels) aufzubauen und einzurichten sondern als eigenes Mittel der eigenen Aktion. Und zwar der ruhigen und legalen Aktion. Denn noch einmal: Zur illegalen Aktion, zum gewaltsamen Zusammenstoß würde die riesengroße, bis in die kleinste Mitgliedschaft sorgfältig eingeteilte Organisation wenig taugen. Diese Organisation brauchen wir zu der Aktion, in der die deutsche Sozialdemokratie bisher schon ihre großartigen Erfolge erzielt hat: die Millionen von Anhängern und Freunden zu sammeln, die öffentliche Meinung also zu gewinnen und auf Gesetzgebung und Verwaltung nach Möglichkeit einzuwirken, jene Millionen auch zu schulen und kulturell zu heben. Die deutschen Sozialdemokraten mußten

auf solche Weise die *cotisards et votards* werden, über deren armselige Kampfmittel Hervé seinerzeit in Stuttgart überlegen lächelte; er hat übrigens inzwischen seinen Irrtum bekannt. Auf diese vielgestaltige, schwierige, oft schwerfällige Aktion muß unsere Parteiorganisation eingestellt sein. Gewiß soll ihr hierbei die Fähigkeit nicht abhanden gehen (fehlt ihr auch nicht) in besonders kritischen Augenblicken schlagfertig gerüstet zu sein. Aber es heißt doch die berechtigte Sorge um diese Schlagfertigkeit maßlos übertreiben, wenn jetzt Ledebour und andere die vorgeschlagene Bildung eines Parteiausschusses (aus anderen Gründen und auch) darum zu verwerfen scheinen, weil der Parteivorstand gehemmt würde, sobald es sich darum handle rasch und plötzlich Entschlüsse zu fassen. Seine »Aktionskraft« sei »gelähmt«. Ganz abgesehen davon, daß der Einwand nicht zutrifft: man möchte glauben, daß unsere Aktionskraft nur oder vorwiegend mit ganz außergewöhnlichen Situationen zu rechnen habe. Während im Gegenteil die großen Aufgaben der Partei, nach außen und nach innen, reifliche Überlegung und planmäßige Vorbereitung erfordern. Auf den Bedürfnissen einer politischen Aktion, die eben nicht von der Stunde geboren wird, nicht von der Hand in den Mund lebt, muß unsere Organisation gegründet sein.

Also vor allem, und da ist ja auch der Kern der Reform: nicht Zentralismus sondern Föderalismus! Das gebietet die politische Machtverteilung in Deutschland, wo die Bundesstaaten ihr starkes Eigenleben haben. Ihre Wirtschaftsverfassung, ihre Geschichte, ihre Erinnerungen sind vollends verschieden, so auch die Stimmung ihrer Politik und in jedem das Verhältnis der politischen Kräfte. Das ist so häufig gerade in den Parteidiskussionen der letzten Jahre hervorgehoben worden, daß diese Andeutungen genügen können. Es wird nicht zu bestreiten sein, daß unsere politische Aktion in den verschiedenen Staaten durchaus verschieden ist und sein muß. Unsere Aktion kann sich innerhalb der einzelstaatlichen Kompetenzen sehr fühlbar machen. Schule, Kultus, Justiz, Gemeindeverfassung, öffentliche Arbeiten usw.: das sind weitreichende und wichtige Gebiete, auf die sie ihren großen Einfluß dauernd und steigend ausübt. Es ist fast eine Binsenwahrheit, daß eben diese völlig verschiedenen Möglichkeiten unserer Aktion in den verschiedenen Einzelstaaten die taktischen Nuancen innerhalb der Partei vielfach erst erzeugt oder gefestigt haben. Die Richtungen scheiden sich bei uns landsmannschaftlich.

»Landsmannschaftliche Zerrissenheit« nennt Ledebour beklagend diese notwendige Folge politischer Wirklichkeit und unserer politischen Aktion. Wir aber fürchten sie so wenig, daß wir über den Rahmen und die Absicht des Entwurfs den föderalistischen Ausbau der Parteiorganisation für wünschenswert halten. Das Organisationsstatut der Gesamtpartei sieht die Landesverbände seit der Reform von 1905 ausdrücklich vor. Inzwischen hat sich jedoch durch den größeren Einfluß unserer Tätigkeit auf die Landespolitik ihre Bedeutung innerhalb der Gesamtpartei noch erheblich gesteigert. Sie haben ihren eigenen Vorstand, halten ihre eigenen Parteitage ab, auf denen die umfassende Tätigkeit der Landtagsfraktion besprochen wird, und gehen in großen politischen Unternehmungen selbständig vor. Der Zentralvorstand achtet diese Selbständigkeit, indem er die Sekretariate an die Landes- oder Bezirksorganisationen angliedert, und indem er in den Angelegenheiten einzelner Wahlkreise die zuständige Landesorganisation anruft. Eine gewisse große Autonomie der Landesorganisationen hat sich also herausgebildet. Diesen tatsächlichen Zu-

stand sollte das Statut kodifizieren und die einzelstaatliche Kompetenz der Landesorganisationen festlegen. Man erinnert sich, daß auf dem Parteitag in Nürnberg /1908/ die Süddeutschen diese Kompetenzverteilung beansprucht haben. So weit geht nun allerdings der Entwurf der Reorganisationskommission nicht. Sein Zugeständnis an die stärkere Selbständigkeit der Landesverbände ist der Vorschlag dem Parteivorstand einen Parteiausschuß, das heißt eine föderalistische Zentralinstanz, beizuordnen. Die 32 Mitglieder des Ausschusses sollen in 29 Landes- und Bezirksorganisationen gewählt werden. Die Staaten werden in diesem sozialdemokratischen Bundesrat zu ihrem Recht kommen, und die Parteileitung wird nähere und unmittelbare Fühlung mit den einzelstaatlichen Forderungen unserer politischen Aktion haben. Es liegt im Wesen des Föderalismus begründet, in der Berücksichtigung der Provinzen und Staaten, daß für die Bildung der Zentrale nicht die zahlenmäßige Stärke der einzelnen Teile entscheidet. In einer Parteidemokratie wäre überdies die rücksichtslose Beherrschung der Minderheit durch die Mehrheit verhängnisvoll. Ein Parteivorstand kann nicht der Vorstand der Mehrheit sein: er muß Mehrheit und Minderheit vertreten. Und die deutsche Sozialdemokratie würde es nicht ohne schweren Schaden erleben, wollte man die divergierenden Anschauungen und Bedürfnisse, die in ihr leben, alle dem Willen einer (mehr oder weniger zufälligen) Mehrheit unterordnen. Diese Gefahr bergen indes jene Vorschläge, die entweder den Parteiausschuß schlechweg verwerfen oder die Vertretung im Parteiausschuß nach der Zahl der in den einzelnen Bezirken organisierten Genossen geregelt wissen wollen. Ein solcher Vorschlag (wie ihn Ledebour allenfalls noch machen will, wenn überhaupt der Parteiausschuß geschaffen wird) widerspricht dem föderalistischen Gedanken und dem wohlverstandenen Interesse der Partei. Ledebour spricht es freilich deutlich genug aus, daß er auf seine Weise die süddeutsche und die revisionistische Vertretung im Parteiausschuß schwächen will.

Wenn überhaupt der Parteiausschuß geschaffen wird. Gegen seine Schaffung richtet sich ja der Hauptangriff Ledebours, Hochs und einer Reihe von Artikeln des *Vorwärts*. Die Kritiker gehen davon aus, daß man den Parteivorstand selbst reformieren wolle, der allzusehr bürokratisch belastet sei. Nun mag es ja zutreffen, daß unsere Parteileitung besser als rein politische Körperschaft fungieren würde, der ein verwaltendes Personal zur Seite stände. Aber einmal gehört die Verwaltung unserer eigenen Einrichtungen zu den großen politischen Aufgaben unserer Organisation, und dann ist an der zweifachen Funktion des Parteivorstandes heute nichts mehr zu ändern. Nur die Heranziehung der Staaten zum neuen Parteiausschuß kann die bürokratische Belastung ausgleichen: der Parteiausschuß ist ja als eine rein politische Behörde gedacht. Anders wollen es die Gegner des neuen Vorschlags. Sie wollen im Parteivorstand dem bürokratischen Element ein stärkeres politisches entgegenstellen, indem sie entweder einen größern Berliner Beirat schaffen oder, wie Ledebour und Hoch, die Zahl der Beisitzer von 2 auf 7 oder 9 erhöhen und die Beisitzer durch den Parteitag wählen lassen. Die Verwirklichung dieses Antrags würde stark zentralistisch wirken, den notwendigen Föderalismus ablehnen, indem starke landsmannschaftliche Gruppen nicht oder nicht genügend zur Geltung kämen.

Es ist nicht fraglich und wird auch keineswegs verhehlt, daß die zentralistische Absicht der Sinn des Gegenvorschlags ist. Alle anderen Einwände gegen die

»Der Streik bedeutet eine unwiderlegliche Demonstration für die Notwendigkeit eines Arbeiterparlaments und einer Arbeiterregierung. Und welcher Preis mußte für diese Demonstration gezahlt werden? Elend für die Armen, Entbehrungen für die Streikenden, Entbehrungen und Not für die gesamte Arbeiterschaft, Lohnverluste von Millionen, Erschöpfung der Gewerkschaftskassen, Schläge und Verluste auch auf anderen Gebieten, die sich gar nicht in Geldwerten ausdrücken lassen! Nur die Reichen sind nicht getroffen worden. . . , sie haben wenig gelitten, und die Profite, die wirklich verloren gegangen sind, dürften durch die Preisaufschläge, die natürlich folgen werden, schnell genug wieder eingeholt sein.«³⁾
Und doch gehört dieser Streik zu den außerordentlichsten Erscheinungen des modernen wirtschaftlichen Lebens.

Fast die gesamten britischen Bergarbeiter sind in der *Miners' Federation of Great Britain* zusammengeschweißt. Freilich stellt diese keine einheitliche Organisation im Sinn der deutschen Gewerkschaftsverbände dar. Sie umfaßt 45 Vereinigungen lokaler oder grafschaftlicher Natur. Alle diese Verbände sind selbständige, von einander unabhängige Organisationen. Zum Teil sind sie völlig bedeutungslos oder höchstens von rein lokaler Bedeutung. Einige andere allerdings sind sehr einflußreich und umfassen eine ganze Grafschaft, so der von Yorkshire mit 88 271, von Northumberland mit 37 361, von Durham mit 121 805 und von Südwales mit 137 553 Mitgliedern. Der letztgenannte Verband umschließt sämtliche Grafschaften von Südwales. Die Organisation von Nordstaford zählt dagegen etwa nur 10 000, die von Bristol kaum 2000 Mitglieder. Trotz aller lokalen Autonomie ist die *Miners' Federation* doch auf wirtschaftlichem Gebiet eine mächtige, fest gefügte Kampforganisation; denn die britischen Bergarbeiter kennen jene traurige Zersplitterung in konfessionelle, politische und freie Gewerkschaften nicht, die sich leider in Deutschland noch beim letzten Bergarbeiterstreik in so lähmender Weise bemerkbar machte. Und bei dem heutigen Stand der Produktion, die durchaus nicht so regel- und planlos ist, wie sie es nach den *Marxisten* älterer Observanz sein müßte, zumal bei den hochentwickelten Formen der jetzigen Unternehmerorganisationen, sind wirtschaftliche Kämpfe ja bei einer Spaltung der Arbeiterschaft von vornherein aussichtslos. Indes hat der britische Bergarbeiterstreik bewiesen, daß selbst dann, wenn alle Vorbedingungen für einen Sieg gegeben scheinen, wenn der Eisenbahnverkehr, die Schifffahrt und die Fabriken lahmgelegt werden, die Aussichten eines Streiks unsicher sind. Davon, daß »die Gesellschaft erstickt«, wie Genosse O. Bauer meint, kann überhaupt keine Rede sein, da die gesamte Arbeiterklasse unerträglichen Entbehrungen ausgesetzt wäre, bevor die Not wirklich an die Türen der Reichen pochte. In unserem Fall scheint gar kein Zweifel darüber zu herrschen, daß vor Beginn des Streiks die Regierung sehr genau über den vorhandenen Kohlenvorrat informiert war. Sie wußte also sehr wohl, wann der Streik beendet werden müsse. Überhaupt hätte es mit einigem guten Willen gelingen können die Bewegung auch ohne längeren Streik in befriedigender Weise zu beenden. Aber die Grubenbesitzer waren einfach auf einen Kampf vorbereitet, und die Regierung mußte nachgeben. Ein der Regierung sehr nahestehendes Blatt; die *Westminster Gazette*, schrieb am 28. Februar, am Vorabend des Streiks:

»Es besteht ein großer Unterschied zwischen einem Streik der Bergarbeiter und einem Eisenbahnerstreik. Ein Eisenbahnerstreik bringt sofortige Lähmung über eine Nation, und sein Ausgang muß innerhalb weniger Tage durch den Sieg der einen oder anderen Partei entschieden werden. Dagegen können sich sämtliche Bergarbeiter gut 3 Wochen im Streik befinden, bevor die Gesellschaft die Folgen wirklich

³⁾ Siehe den redaktionellen *Outlook* in der *Socialist Review*, 1912, pag. 86.

spürt. Die Bergarbeiter und die Grubenbesitzer scheinen sogar entschlossen den Dingen ihren Lauf zu lassen. Augenblicklich sind die Kohlenlager des Landes zum Brechen voll; also selbst wenn der Streit heute erledigt würde, könnte das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage nur durch eine bedeutende Produktions-einschränkung erzielt werden, durch die viele Arbeiter zum Feiern gezwungen sein dürften. Unter solchen Verhältnissen ist es sehr verlockend den Dingen ihren Lauf zu lassen, das heißt dem Streik ruhig entgegenzusehen und Streikgeld zu erhalten...«

Nun kann gewiß nicht geleugnet werden, daß während des Streiks ganze Industriezentren brach lagen, vornehmlich die Töpferei, die an sich in England noch auf primitiver Stufe steht; in der Grafschaft Staffordshire, wo sie ihren Sitz hat, war die Not und das Elend herzerreißend; auch die Eisen- und Stahlindustrie wurde stark von dem Streik betroffen. Und doch hat die englische Industrie keinen dauernden Schaden erlitten. Es sind im Gegenteil Anzeichen vorhanden, daß die industrielle Krise, die sonst wahrscheinlich in den nächsten Monaten eingesetzt haben würde, vielleicht um ein Jahr hinausgeschoben werden dürfte. Übrigens sei noch hervorgehoben, daß die Eisenbahngesellschaften den Eisenbahndienst einschränkten, um den vorhandenen Kohlenvorrat zweckmäßig und ökonomisch zu verwenden, und daß auch durch diese Einschränkungen die Arbeiter und Kleingewerbetreibenden mehr zu leiden hatten als die Reichen. Tatsächlich wurde alles, was durch diesen Kampf errungen worden ist, auf dem Weg der Gesetzgebung erreicht. Dennoch ist es sehr irreführend, wenn man, wie Genosse O. Bauer, ohne weiteres behauptet, »den Streik zu beenden wird zur Aufgabe der Sachwalter der Gesellschaft selbst, zur Aufgabe der Regierung und des Parlaments«. Das ist richtig oder auch nicht, je nach den politischen Zuständen des Landes, um das es sich handelt. So wird wohl noch geraume Zeit vergehen, bis man beispielsweise von Deutschland ähnliches sagen kann. Hier würde vorerst das politische Staatssystem im demokratischen Sinn umgewandelt werden müssen, und es wäre nur zu wünschen, daß nicht eben dies in das Kapitel der *begrabenen Hoffnungen* zu werfen ist: Denn welchen Wert haben sonst schließlich die »gewaltigeren und gefährlicheren Kämpfe«?

Bei Beurteilung des britischen Bergarbeiterstreiks darf man nicht vergessen, daß die Regierung den substantiellen Kern ihres Minimallohngesetzes den Vertretern der Bergarbeiter schon in 4 Thesen vorlegte, ehe noch der Streik ausgebrochen war. Man ist also sehr wohl zu der Behauptung berechtigt, daß für die Stellungnahme von Regierung und Parlament der Druck, den der Streik auszuüben vermochte, durchaus nicht ausschließlich maßgebend war. Im Gegenteil, die demokratische Verfassung Großbritanniens spielte bei dieser Stellungnahme eine bedeutende Rolle. Das veranlaßt die Redaktion der *Socialist Review* die Frage aufzuwerfen: inwieweit es möglich sei durch Streiks einen Druck auf das Parlament auszuüben:

»Sind wir davon überzeugt, daß es für die Bergarbeiter, für die Arbeiter im allgemeinen, für die Demokratie oder gar für unsere Hoffnungen auf den Sozialismus gut ist, wenn das Parlament fortwährend beeinflusst oder gar in dem durch machtvolle Streiks erzeugten Schrecken zu gewissen Aktionen getrieben wird, statt ausschließlich durch die Wahlen in einer demokratischen Staatsverfassung bestimmt zu werden? Wenn heute eine Million Bergarbeiter und morgen eine Million Eisenbahn- und Transportarbeiter durch die Angst vor einem nationalen Unglück einen Druck auf das Parlament ausüben dürfen, um Gesetze zu erzwingen, die es nicht billigt, und die sogar das Volk oder die Streikenden selbst bis dahin gar nicht forderten, darf da nicht jeder andere Teil des Volks ein gleiches Recht mit gleichen Mitteln üben? Dürfte dann nicht eine Million Gelber, eine Million Katholiken, eine Million Abstinenten, eine Million Antisozialisten, eine Million Streikbrecher oder gar schlecht-

weg eine Million Steuerzahler einen ähnlichen Druck auf die Nation oder das Parlament ausüben? Und warum nicht auch eine halbe Million oder gar zehntausend oder noch weniger? Wo beginnt ein solches Recht, wo hört es auf? Im fernen Australien, wo Gewerkschaftsregierungen die Macht besitzen, sind solche Fragen durchaus nicht nur von hypothetischem Interesse. In Anlehnung an den politischen Streik könnten schließlich Bauern und Kleingewerbetreibende, die meistens ja Gegner der Arbeiterbestrebungen sind, auf den Gedanken verfallen durch ähnliche Mittel das Parlament zur Aufhebung der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Gesetze für das allgemeine Wohl zu zwingen.«⁴⁾

Solche Äußerungen zeugen von einer gewissen Antipathie gegen den gewerkschaftlichen Kampf. Und das hier genannte Gegenmittel ist schließlich nur eine Vertröstung auf eine nebelhafte Zukunft. Die Gewerkschaften sind nun einmal Schutz- und Trutzorganisationen, und sie dieses Charakters berauben zu wollen hieße ein gefährliches Spiel spielen. Es ist eine alte Wahrheit, die aber, wie man sieht, immer wiederholt werden muß, daß das Parlament ohne einen Druck von außen sehr schwer etwas zugunsten der Arbeiter tut. Das ist auch der *Socialist Review* nicht unbekannt. Schrieb sie doch kurz vor Beginn des Streiks:

»Es besteht nicht der Schatten einer Möglichkeit, daß es der Arbeiterfraktion in dieser Parlamentssession gelingen könnte irgend ein Arbeiterschutzgesetz von Bedeutung durchzudrücken. Höchstens ist es denkbar, daß die Regierung mit einem kurzen Entwurf zur Beseitigung des Osborneurteils kommt. Bei der Einbringung und Vertretung des Amendements zur Thronrede hatte die Arbeiterpartei wahrscheinlich den einzigen Kampftag, der ihr in dieser Session zur Verfügung steht, damit soll nicht gesagt sein, daß sie nicht bei dem einen oder andern Gesetz in 1. Lesung einen Antrag einbringen könnte. Beim Budget, beim Wahlgesetz oder bei anderen Regierungsentwürfen wird zweifellos Gelegenheit dazu sein. Aber von dem Recht auf Arbeit, von Minimallohnen, von der Verstaatlichung der Bergwerke oder sonstigen grundsätzlichen Arbeiterforderungen wird man außer einigen gelegentlichen Äußerungen wohl wenig hören. Über diese Tatsache muß man sich klar werden, und je eher das geschieht, desto besser. Eine solche Situation mag bedauerlich erscheinen, aber die Schuld daran tragen die Millionen von Arbeitern, die es noch immer vorziehen ihre Stimme einem Liberalen oder Konservativen statt einem Kandidaten der Arbeiterpartei zu geben.«⁵⁾

Doch kaum war diese Prophezeiung niedergeschrieben, da erschien bereits das Minimallohnsgesetz auf dem Plan. Indes, auch die Redaktion der *Socialist Review* kann nicht angeben, wo der gewerkschaftliche Kampf anzufangen und wo er aufzuhören hat. Es ist wahrhaft nicht die Schuld der Bergarbeiterführer, daß ein Minimallohnsgesetz für Bergarbeiter geschaffen wurde. Sie wollten ihre Forderungen ohne Intervention des Staats durchsetzen. Die Exekutive der *Miners' Federation* hielt sich im Beginn des Kampfs von der Arbeiterfraktion fern. Daher griff auch die Fraktion anfänglich nur zaghaft, wie im Dunkeln tappend, ein. Die Bergarbeiterführer wollten die Bewegung durch einen rein gewerkschaftlichen Kampf zum Sieg führen, was bekanntlich mit einem riesigen Mißerfolg endete. Während dies hinter den Kulissen vor sich ging, war es höchst amüsant, wie in einem Teil der deutschen Parteipresse die *revolutionären* Bergarbeiterführer gegen die *revisionistisch verseuchte* Arbeiterpartei ausgespielt wurden, deren Führer im Parlament angeblich den *richtigen Moment* vorbeigehen ließen. Dem Führer der Arbeiterpartei, Genossen MacDonald, wurde Erbärmlichkeit vorgeworfen, weil er keine tönenden sozialistischen Kraftreden hielt. Ich denke, man sollte umgekehrt endlich einmal auch in Deutschland von der Unsitte der parlamentarischen Dauerreden abkommen.

⁴⁾ Siehe den redaktionellen *Outlook* in der *Socialist Review*, 1912, pag. 167-168.

⁵⁾ Siehe den redaktionellen *Outlook* in der *Socialist Review*, 1912, pag. 2-3.

Es ist nun bezeichnend für die äußere Wirkung, die dieser imposante Kampf erzeugte, daß die bürgerliche Presse ihn als eine Art syndikalistischer Erhebung darzustellen suchte. Vollständig grundlos ist diese Behauptung allerdings nicht. Denn die alte englische Gewerkschaftsauffassung *Keine Politik, keine Staatsintervention!* paßt sehr gut zu den Thesen des modernen Syndikalismus. Nur schade, daß die Syndikalisten vergessen haben uns die Mittel anzugeben, durch die man die Unternehmer zwingen könnte die Forderungen der Arbeiter anzuerkennen und gleichzeitig eine Intervention des Staats zu verhindern. Nichts ist irriger als die Behauptung O. Bauers, der Kampf der Bergarbeiter um den Minimallohn sei kein bloßer Lohnkampf gewesen. Trotz der Verhöhnung der gewerblichen Schiedsgerichte und der Tarifverträge sind in dem Riesenstreik der Bergarbeiter keinerlei Erscheinungen zutage getreten, die zu der Schlußfolgerung berechtigten, man habe etwas Besseres als dies gefunden, um den Frieden in der britischen Industrie zu sichern. Dagegen ist sehr wohl bewiesen worden, daß die gewerblichen Schlichtungskommissionen, wie sie in England bestehen, weiter ausgebaut und verbessert werden könnten.

Wie ist der Riesenstreik der britischen Bergarbeiter entstanden? Er ist ursprünglich sehr kleinen Anfängen heraus geboren worden. Seit Jahren haben die walisischen Bergarbeiter den Kampf gegen sogenannte *abnorme Flöze* in bestimmten Gruben geführt. Die Beschaffenheit dieser Flöze macht es den Kohlengravern trotz äußerster Kraftanspannung unmöglich das notwendige Quantum von Kohlen zu fördern und so zu einem auskömmlichen Verdienst zu gelangen. Mehr als einmal brachen deshalb lokale Streiks aus. Am bedeutendsten wurden diese Kämpfe im Rhondatal. Dort kam es im Jahr 1910 zu Streiks, die nach 11 monatlicher Dauer abgebrochen werden mußten, ohne daß es gelungen war den Kampf in für die Arbeiter zufriedenstellender Weise zu enden. Zweimal kamen zwischen den Vertretern der *Miners' Federation* und den Vertretern der Bergwerksbesitzer Vereinbarungen zustande, die jedesmal von den beteiligten Arbeitern zurückgewiesen wurden. Im Mai 1911 führte dies zu einem endgültigen Bruch zwischen den lokalen Führern des Streiks und der Exekutive des Verbandes. Endlich, im Juni, nahmen die Arbeiter die Arbeit wieder auf. In jener Zeit tauchte die Idee auf in einen Generalstreik einzutreten, um einen Minimallohn für sämtliche Arbeiter zu erkämpfen. Dieser Gedanke entsprang dem Kopf des Genossen Vernon Hartschora, eines der lokalen Führer des Streiks. Als Hartschora zum erstenmal die Arbeiter im Rhondatal aufforderte die Arbeit wieder aufzunehmen, weil der Kampf auf lokaler Basis nach seiner Meinung aussichtslos sei, wurde er von den Arbeitern mißhandelt. Heute gehört er zu den geachtetsten Gewerkschaftsführern. In Südwaes erregte er zuerst allgemeines Aufsehen durch seine Bekämpfung der alten Führer des Bergarbeiterverbands. Er gehört zu jenen jungen Kräften, die den walisischen Bergarbeitern die Lehren der modernen Arbeiterbewegung und des Sozialismus brachten. Noch ist es nicht gar zu lange her, daß sich die deutsche Parteipresse über den Anschluß des britischen Bergarbeiterverbands an die Arbeiterpartei ereiferte. Damals prophezeite man allgemein, dieser Anschluß werde die junge Partei mit Haut und Haaren dem Liberalismus überliefern. Das Schicksal will es, daß gerade jene sozialdemokratischen Blätter, die gar nicht müde wurden diese Prophezeiungen immer von neuem in die Welt hinaus zu posaunen, nun nicht genug Lobhudeleien für die *revolutionären* Führer der Bergarbeiter finden konnten.

Am 29. September 1911 gewann der Kampf gegen anormale Flöze nationale Bedeutung. An diesem Tag trat in London eine Konferenz von Vertretern des Bergarbeiter- und des Grubenbesitzerverbands zur Besprechung der Frage zusammen. Es gelang jedoch nicht die Zechenherren von dem Ernst der Lage zu überzeugen. Die Arbeitervertreter beantragten folgende grundsätzlichen Forderungen zur endgültigen Regelung der ganzen Frage aufzustellen:

»Die gemeinschaftliche Konferenz von Vertretern der Arbeiter und der Grubenbesitzer erkennt an, daß der Kohlenhauer, der eine fest fixierte Lohnrate pro Tonne Kohle erhält, das Recht auf einen Durchschnittstageslohn hat, wenn er in einem *anormalen Flöz* arbeitet. Diese Lohnrate soll dem Durchschnittslohn entsprechen, den der Kohlenhauer bei der Arbeit unter normalen Verhältnissen verdient hat. Ferner soll eine gemischte Kommission geschaffen werden, die jeweilig über die Frage zu entscheiden hat, was als anormaler Flöz anzusehen ist. Bis dahin soll allen Arbeitern der Distriktslohn gewährt werden.«

Demgegenüber schlugen die Vertreter der Grubenbesitzer folgendes vor:

»1. Die Grubenbesitzer erkennen an, daß der Kohlenhauer, der in einem anormalen Flöz arbeitet, das Recht auf einen Lohn hat, der im Einklang mit der geleisteten Arbeit steht.

2. Die Verhältnisse in den einzelnen Distrikten sind so verschiedenartiger Natur, daß es unmöglich ist die Sache kollektiv für das ganze Land zu regeln; sie kann nur auf lokaler Basis zufriedenstellend geordnet werden.

3. Die Vertreter der vereinigten Grubenbesitzer schlagen deshalb vor, daß auf Verlangen mit den Arbeitern der einzelnen Distrikte verhandelt wird.

4. Es dürfen jedoch unter keinen Umständen Vereinbarungen getroffen werden, die den bestehenden Verträgen und Tarifen widersprechen.«

Einen Tag nach diesen Verhandlungen tagte eine Spezialkonferenz der Bergarbeiterorganisation, die folgende Resolution zum Beschluß erhob:

»In Erwägung, daß die Unternehmer die Notwendigkeit anerkannt haben den Arbeitern, die in anormalen Flözen arbeiten, einen anständigen Lohn zu gewähren; in weiterer Erwägung, daß den Grubenbesitzern anempfohlen worden ist über diese Frage lokal zu verhandeln, empfiehlt die Konferenz den einzelnen Distrikten in Verhandlungen einzutreten und deren Resultate so bald wie möglich einer neuerlichen Konferenz zu unterbreiten.«

Die Jahreskonferenz der *Miners' Federation*, die Anfang Oktober 1911 in Southport zusammentrat, veränderte jedoch mit einem Schlag die gesamte Taktik des Verbandes. Am 6. Oktober nahm diese Konferenz nämlich folgende Resolution an:

»Die Konferenz gibt ihren Willen kund unverzüglich Schritte in die Wege zu leiten, um ohne Rücksicht auf anormale Flöze für alle erwachsenen Arbeiter den individuellen Mindestlohn zu erkämpfen, ebenso für unter Tag arbeitende Jugendliche, die in den Wirkungsbereich des Verbandes fallen. Sollten die Unternehmer sich weigern darauf einzugehen, so tritt zur Erreichung dieser Forderung der § 21 der Statuten in Wirksamkeit. Die Distrikte werden aufgefordert so bald wie möglich mit den Unternehmern örtlich zu verhandeln. Am 14. November tritt eine Spezialkonferenz zur Entgegennahme der Berichte über diese Verhandlungen in den verschiedenen Distrikten zusammen.«

Zum bessern Verständnis sei hier der zitierte § 21 wiedergegeben:

»Sobald in einem den Verband angeschlossenen Distrikt Differenzen wegen der Lohn- oder Arbeitsverhältnisse ausbrechen, oder sobald im Einverständnis mit einer zu diesem Zweck einberufenen Konferenz der Arbeitsvertrag zur Erzwingung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gekündigt worden ist, muß unverzüglich eine nationale Konferenz zur Beratung und Beschlußfassung über einheitliche Maßnahmen einberufen werden.«

Es ist nun bekannt, daß es nicht gelang die Angelegenheit auf gutlichem Weg zu erledigen. Dennoch schreckte die oben erwähnte Konferenz zunächst davor zurück aggressive Schritte zu unternehmen. Erst am 21. Dezember wurde beschlossen eine Urabstimmung über einen eventuellen Streik vorzunehmen.

Diese Abstimmung, deren Ergebnis am 18. Januar bekannt gegeben wurde, ergab 445 801 Stimmen für, 115 721 Stimmen gegen die Kündigung der Arbeitsverträge. Beim Bekanntwerden dieses Resultats erregte die verhältnismäßig hohe Zahl der Gegner einer Angriffspolitik in den Kreisen der Arbeiterführer ein gewisses Aufsehen. Zieht man jedoch in Betracht, daß die alten Führer der Bewegung geradezu feindlich gegenüberstanden und sich auch nicht scheuten ihre Anschauungen vor und während der Urabstimmung öffentlich zu bekennen, so muß das Gesamtergebnis noch als äußerst günstig angesehen werden.

Es ist unmöglich in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung eine Episode zu finden, die man mit dem Kampf um den individuellen Minimallohn vergleichen könnte. Hier hat man das Schauspiel erlebt, daß eine Idee, die man noch im September als überspannt und utopistisch verspottete, im März bereits zur Wirklichkeit wurde. Angesichts solcher Wandlungen ist man wohl berechtigt von einer Umwälzung der sozialen Gesetzgebung zu sprechen, wie das Eduard Bernstein in dieser Zeitschrift getan hat.⁶⁾ Dagegen muß man schon die Dinge auf den Kopf stellen, um von einer »Revolution« im Sinn des Genossen O. Bauer zu reden. Freilich soll und kann nicht geleugnet werden, daß seit einem Jahr eine tiefe Gärung im Volk herrscht. Überall revoltiert man gegen die bestehenden Zustände. Es ist in der Tat »nichts mit dem sozialen Frieden in der Industrie«. Verfehlt jedoch wäre es hieraus schließen zu wollen, daß die Ära der gewerblichen Schiedsgerichte und Tarifverträge vorüber sei. Obgleich ganze Arbeiterschichten ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden Verträgen erklärten oder auch diese Verträge brachen, weisen doch keinerlei tiefere Symptome darauf hin, daß irgend etwas anderes an deren Stelle treten könnte. Auch der spezifisch englische Syndikalismus wird sich über kurz oder lang mit dem alten Rüstzeug einer vernünftigen Gewerkschaftspolitik abfinden müssen, wenn er nicht rettungslos von dem anschwellenden Strom der modernen Arbeiterbewegung hinweggeschwemmt werden will.

EINEN eklatanten Beweis für diese Anschauung lieferte dann der Transportarbeiterstreik in London. Im Verkehrsgewerbe fand der englische Syndikalismus seinen ersten Anhaltspunkt. Der Londoner Dockarbeiterstreik von 1889 rief im Verkehrsgewerbe des europäischen Festlands eine gewaltige Bewegung hervor, die einen nachhaltigen Einfluß durch die Auslösung einer internationalen Transportarbeiterbewegung übte. Tom Mann, John Burns, Ben Tillet und Havelock Wilson sind als die hervorragendsten Führer dieser Bewegung zu betrachten. Leider gelang es nicht diese Bewegung in England auf der Höhe zu erhalten; die Dock- und Transportarbeitergewerkschaften sanken schließlich zu unbedeutenden und einflußlosen Verbänden herab. Das war um so bedauerlicher, als die Arbeiterorganisationen sich auch noch in unzählige Einzelvereine spalteten. Dazu übte die Stagnation, die am Ende des Jahrhunderts über die britische Gewerkschaftsbewegung hereinbrach, einen geradezu vernichtenden Einfluß auf die Organisationen der ungelerten Arbeiter aus. So blieb es nach dem ersten wichtigen Anstoß von 1889 geradezu unmöglich durch gewerkschaftliche Aktionen irgend welche Verbesserungen für die Arbeiter dieser Gewerbe zu erzielen. Inzwischen wurden die Zustände immer unerträglicher. Aber auch

⁶⁾ Siehe Bernstein *Der gesetzliche Mindestlohn in England in den Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 1. Band, pag. 409 ff.

die soziale Gesetzgebung war ins Stocken geraten, und eine politische Arbeiterbewegung, die befruchtend hätte wirken können, existierte nicht. Mit der Gründung der Arbeiterpartei ist hier Abhilfe geschaffen worden.

Allerdings sind die Verhältnisse im Verkehrsgewerbe auch heute noch furchtbar traurig, und der jetzige Streik liefert den besten Beweis für die Notwendigkeit eines parlamentarischen Eingriffs zur Herbeiführung besser geordneter Zustände. Der leidenschaftlichen revolutionären Aufwallung des vorigen Sommers zum Trotz beweist der Streik, daß es nur auf diesem Weg möglich ist etwas Tüchtiges und Brauchbares zu schaffen. Und was ist im Augenblick Besseres zu finden als das gewerbliche Schiedsgerichtsverfahren mit bestimmten gesetzlichen Garantien? Niemand scheint das besser zu begreifen als gerade Ben Tillet, der doch dem Syndikalismus einen kleinen Platz in seiner Seele eingeräumt hat. Ben Tillet hat in dieser Beziehung eine eigenartige Entwicklung durchlebt. Er wurde, wenn ich nicht irre, im Jahr 1900 vom britischen Gewerkschaftskongreß als Delegierter auf den amerikanischen Gewerkschaftskongreß geschickt. Bei dieser Gelegenheit unternahm er auch eine Agitationsreise durch Neuseeland und lernte dort die obligatorischen gewerblichen Schiedsgerichte kennen. Nach seiner Rückkehr nach England wurde er zum eifrigsten Apostel dieses Systems. Jedes Jahr von neuem empfahl er auf den Gewerkschaftskongressen den organisierten Arbeitern den Kampf für ein solches System aufzunehmen, hatte aber bekanntlich damit keinerlei Erfolg, da die Textil- und die Bergarbeiterorganisationen sich mit einem Fanatismus gegen die Schiedsgerichtsidee auflehnten, der einer bessern Sache würdig gewesen wäre. Der ganze Bergarbeiterstreik hätte verhindert werden können, wenn die Arbeitervertreter die Vorschläge der Regierung zu der Zeit angenommen haben würden, als der Ministerpräsident Asquith sie ihnen machte. Anfangs wurden diese Vorschläge aber aus dem einfachen Grunde verworfen, weil sie mit den obligatorischen Schiedsgerichten rechneten. Auch in den führenden Arbeiterkreisen hat man inzwischen die Überzeugung gewonnen, daß die Bergarbeiter mit dieser anfänglichen Zurückweisung der Regierungsvorschläge einen schweren taktischen Fehler begingen. Wie dem auch sei, seit dem Aufkommen des Syndikalismus in England hatte sich Ben Tillet nicht nur zum Gegner des obligatorischen Schiedsgerichtswesens sondern sogar zum Gegner des gewerblichen Schlichtungswesens überhaupt entwickelt. Aber bei diesem an den Haaren herbeigezogenen Streik kurierte ihn die rauhe Wirklichkeit sehr schnell wieder von seinem Syndikalismus.

Der spezifisch englische Syndikalismus ist zum Teil ja an sich ein ganz anderes Gewächs als der französische. In dem englischen Syndikalismus liegt ein gesunder Kern: der Trieb nach Vereinheitlichung sowie nach organisatorischem Ausbau der Gewerkschaften durch Schaffung von Industrieverbänden. Der Antiparlamentarismus, wie er von Tom Mann propagiert wird, stellt eine vorübergehende Phase innerhalb der englischen Arbeiterbewegung dar. Die organisierte englische Arbeiterschaft befindet sich in einer Umwandlungsperiode. Die Lethargie und Untätigkeit, die in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts einsetzte, endete mit der Gründung der politischen Arbeiterbewegung im Jahr 1900. Seit dieser Zeit wurde die gewerkschaftliche Aktion durch die politische in den Hintergrund gedrängt. So sagte Genosse MacDonald in der Parlamentssitzung vom 15. Februar 1912 und auch bei der oben erwähnten Debatte:

»Im Jahr 1906 und auch früher erklärte ich mit meinen Genossen auf unseren Versammlungen im Land den Streik für eine veraltete Waffe, die uns nur Leiden, Schmerzen und Unannehmlichkeiten bringe und schließlich den Sieg doch nicht der Partei verschaffe, die im Recht ist. Wir sagten: Habt Vertrauen zum Parlament, gründet eine starke politische Partei!«

Die englische Arbeiterschaft steht jetzt in einer Sturm- und Drangperiode. Überall sieht man ein Fühlen und Tasten, ein Suchen nach neuen Bahnen und Formen. Die Stagnation am Ende des vorigen Jahrhunderts rächt sich heute schwer an der Arbeiterschaft. Nirgends kommt dies besser und deutlicher zum Ausdruck als gerade in den ungelerten Berufen, wie man das bei dem Transportarbeiterstreik beobachten konnte. In einem Leitartikel vom 5. Juni schrieben die *Daily News* hierüber:

»Die Häfen sind so ungefähr die letzten Festungen der unorganisierten Arbeiterschaft, weil gerade hier die ungelernete Arbeit und die Gelegenheitsarbeit vorherrscht. Wer das Resultat solcher Zustände kennen zu lernen wünscht, der besuche die Docks und beobachte dort, wie die Dockarbeiter leben. In den letzten Jahren hat die Organisierung der Hafenarbeiter indes gute Fortschritte gemacht. Der Transportarbeiterverband ist jetzt numerisch stark, finanziell freilich schwach und taktisch häufig genug ungeschickt.«

Man kann jedenfalls nicht genug den Takt loben, den die Regierung bei dem Verkehrsarbeiterstreik an den Tag legte. Natürlich ließ sie von vornherein keinen Zweifel darüber, daß sie für den ungehinderten Transport von Lebensmitteln sorgen werde. So konnte man fast täglich beobachten, wie unter dem Schutz eines riesigen Polizeiaufgebots zu Fuß und zu Pferde das überseeische Fleisch von den Docks nach dem Fleischmarkt befördert wurde.

Die ursprüngliche Ursache zum Streik war sehr geringfügig. Ein alter Mann, namens Thomas, war früher bei einer Bunkerschiffirma als Aufseher angestellt, wurde aber kürzlich aus diesem Posten entlassen und arbeitete seitdem als Lichterschiffer. Bei dem Londoner Dockerstreik des vorigen Sommers war nun unter anderm vereinbart worden, daß der Transportarbeiterverband kein Recht habe Aufseher zum Beitritt in die Gewerkschaft zu zwingen. Die Führer des Verbandes legten diese Abmachung nun dahin aus, daß sämtliche in den Docks beschäftigten Arbeiter Gewerkschaftsmitglieder sein müßten. Mit dem Arbeiter Thomas wollte man die Probe auf dieses Exempel machen, hatte damit aber natürlich keinen Erfolg. Die Bunkerschiffirma weigerte sich Thomas aus dem Grund zu entlassen, weil dieser sich nicht organisieren wollte, und so traten sämtliche Lichterschiffer in den Streik. Da jedoch laut Statut die Gewerkschaft jedesmal den Kampf aufzunehmen hat, sobald eines ihrer Mitglieder angegriffen wird, kam es schließlich zum Generalstreik im Londoner Transportgewerbe.

Noch ehe die Bewegung einen so allgemeinen Charakter angenommen hatte, betraute die Regierung den hervorragenden konservativen Juristen Sir Edward Clarke mit der Aufgabe eine Untersuchung über die Ursachen des Streiks einzuleiten. Dieser Schritt übte einen überraschend günstigen Einfluß auf die Bewegung aus, wenn sich auch die Streikführer nicht davon überzeugen ließen, daß die Wiederaufnahme der Arbeit noch vor der Bewilligung der Arbeiterforderungen das beste sei. Am 27. Mai griff die Regierung vermittelnd ein, sie berief die streitenden Parteien zu einer Konferenz mit dem Handelsamt zusammen. Bei dieser Gelegenheit empfahl der Handelsminister Buxton ebenfalls die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit, doch ebenso erfolglos. Nach wiederholten Verhandlungen mit den streitenden Parteien forderte die Regie-

rung den Zusammenschluß sämtlicher Werftunternehmer zu einem Unternehmerverband, da man nur auf diese Weise mit Erfolg Kollektivverträge abschließen könne. Die Hauptklage der Arbeiter in den letzten Monaten war die, daß die Unternehmer die im vorigen Jahr abgeschlossenen Verträge nicht innegehalten hätten. Die Unternehmerorganisation machte dagegen geltend, sie sei außerstande auf einzelne Unternehmer einen Druck auszuüben, da viele außerhalb der Organisation ständen. Gegen einen allgemeinen Zwangsverband sträubten sich aber die Unternehmer auf das lebhafteste, wie sie vorschützten, hauptsächlich deshalb, weil die Arbeiterorganisationen sich früher unfähig gezeigt hätten einmal bestehende Verträge innezuhalten. Die Führer der Transportarbeiter boten daraufhin an, daß die Organisation eine Kautions für die Innehaltung der einmal geschlossenen Verträge stellen wolle. Der Finanzminister Lloyd George unterbreitete dieses Angebot dem Parlament mit dem Bemerkung, daß es einen großen Schritt vorwärts bedeute. Meiner Meinung nach bedeutete es nicht allein einen großen Schritt vorwärts zur Beendigung dieses Konflikts, sondern es stellt geradezu den Beginn einer neuen Ära auf dem Gebiet der Tarifverträge sowie des Schlichtungs- und Schiedsgerichtswesens dar. Bisher haben sich die Gewerkschaften stets gegen diese Art von Verantwortlichkeit gewehrt, wenn auch Leute wie Sidney Webb stets betonten, daß zur Sicherung von Tarifverträgen und Ähnlichem gesetzliche Anerkennung auf der einen und Verantwortlichkeit der Gewerkschaften auf der andern Seite die notwendige Voraussetzung seien. Bei der Beratung der *Trades Dispute Act* von 1906 machte die jetzige liberale Regierung einen energischen Vorstoß nach dieser Richtung. Sie beugte sich aber vor dem Widerstand der Arbeiterpartei, die damals eben ihr Haupt erhob. So wird es recht interessant sein die Aufnahme zu verfolgen, die der *Schritt nach vorwärts* der Transportarbeiter in der britischen Gewerkschaftswelt finden wird. Man darf jedenfalls seine Tragweite nicht unterschätzen. Er schließt eine ungeheure Verantwortlichkeit in sich. Streiks wie der jetzige werden dadurch ein für alle Mal unmöglich gemacht, und jede Gewerkschaft, die in Zukunft eine gleiche Garantie für die Innehaltung eines einmal abgeschlossenen Vertrages übernimmt, ist gegen irreguläre, das heißt vom Hauptvorstand nicht sanktionierte Streiks geschützt.

Der Kampf im Transportgewerbe entwickelte sich zu einem nationalen Streik, da die Unternehmer sich endgültig weigerten die Vorschläge der Regierung anzunehmen. Für die Beurteilung der Psychologie dieses Kampfes ist die Stellungnahme der Unternehmer äußerst interessant. Sie präzisieren in ihrem letzten Schreiben ihren Standpunkt so: Vorschläge zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Londoner Hafen zwischen den einzelnen Firmen und deren Arbeitern seien naturgemäß äußerst schwer zu machen, da hier die kompliziertesten Beziehungen zwischen den Interessenten herrschten. Wolle man dennoch einen solchen Versuch unternehmen, so sei eine dauernde Lösung der Fragen nicht denkbar ohne eine eingehende Diskussion, und eine solche Diskussion könne nach Ansicht der Unternehmer nur stattfinden, nachdem die Arbeit wieder aufgenommen worden sei. Auch die Londoner Hafenbehörde formulierte ihren Standpunkt in einer längern Resolution. Sie wies darauf hin, daß die Arbeiterschaft im Rat dieser Behörde vertreten sei; und zwar gehören ihm Gosling, der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes, und Orbell vom Dockerverband an. Die Hafenbehörde betonte ferner, daß sie ihren Arbeitern stets sympathisch gegenübergestanden habe; es sei dies aus der Tatsache ersichtlich, daß die genannten Arbeitervertreter niemals irgend welche Klagen

über schlechte Behandlung oder ähnliches erhoben hätten. Der jetzige Streik erstreckte sich trotzdem auch auf die von der Behörde angestellten Arbeiter. Gegen den Wert der Vereinbarungen machte die Resolution geltend, daß am 27. Juli 1911 die Arbeiterführer Gosling, Ben Tillet, Havelock Wilson und der Arbeiterabgeordnete Thorne eine Vereinbarung unterzeichnet hätten, durch die Lohnerhöhungen von mehr als 200 000 Pfund jährlich erzielt worden seien. Trotz dieser Vereinbarungen hätten jene Führer am 31. Juli an die gesamte Hafendarbeiterschaft die Aufforderung gerichtet in den Streik einzutreten, und infolgedessen hätte die Arbeit im Hafen volle 3 Wochen geruht. Dieser Streik habe jedoch mit einem Mißerfolg geendet, und am 18. August sei eine neue Abmachung getroffen worden, durch die der Vertrag vom 27. Juli erneuert wurde. Die Vertreter der Arbeiter hätten dabei die Verpflichtung übernommen nichts in diesen Vertrag hineinzulegen, was nicht tatsächlich darin steht.

Bis zu einem gewissen Punkt durchlief der Kampf der Verkehrsarbeiter die gleichen politischen Phasen wie der Bergarbeiterstreik. Das Parlament beschäftigte sich mehr als einmal mit der Sache. Am 12. Juni kam die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen zur Sprache. Ich empfehle die Lektüre dieser Parlamentsdebatte jenen Genossen, die in der letzten Zeit in der deutschen Parteipresse so viel davon redeten, daß sich die Klassegegensätze auch in England immer mehr zuspitzen, und man dort einer Periode der Reaktion entgegengetriebe, und die mit diesem englischen Beispiel beweisen möchten, daß eine Demokratisierung der politischen Zustände in Deutschland auf Grund der *naturnotwendigen* Entwicklung der Dinge unmöglich sei.

Der Hafendarbeiterstreik hat schließlich einen ganz andern Verlauf genommen als sich anfänglich vermuten ließ. Fehlten auch von vornherein dem ganzen Kampf Ziel und Methode, so konnte doch niemand leugnen, daß im Hafen tatsächlich unerträgliche Zustände herrschten, die durch das vernünftige Eingreifen der Regierung auch der Öffentlichkeit zum Bewußtsein kamen. So entschwand der eigentliche Ausgangspunkt des Kampfes bald vollständig dem Blick, und nach der Veröffentlichung des Berichts Sir Clarks konzentrierte sich das Interesse auf die Forderung der Einsetzung einer allgemeinen Schiedsgerichtskommission. Weshalb aber mußte der Streik fortgesetzt oder gar noch ausgedehnt werden, nachdem die Regierung die Verpflichtung übernommen hatte für die Einsetzung einer solchen Kommission zu sorgen?

Selten sind in einem Arbeiterkampf größere Dummheiten gemacht worden als hier. Vergeblich fragt man sich, warum hier überhaupt ein Streik notwendig war, da doch laut den seit 1911 bestehenden Vereinbarungen eine Streikerklärung erst erfolgen sollte, nachdem das Schiedsgerichtsverfahren eingeleitet worden war, und sich herausgestellt hatte, daß auf diesem Weg das gewünschte Ziel nicht erreichbar sei. Hier erlebte man aber das seltsame Schauspiel, daß die Arbeiterführer sich über den Bruch von Tarifverträgen beklagten, während sie selber solche Verträge ebenfalls ohne alles weitere mutwillig durchbrachen. Noch verwickelter gestaltete sich die ganze Sachlage, als die selben Arbeiterführer, die in so unverantwortlicher Art das Schiedsgerichtsverfahren illusorisch gemacht hatten, sich nun mit der ganzen Macht des einmal entbrannten Kampfes für die Schaffung eines bessern Schiedsgerichtsverfahrens einsetzten. Anstatt daß man den einmal begangenen Fehler einsah und die Forderung der Regierung die Arbeit wieder aufzunehmen unterstützte, wurde nun die Parole für einen nationalen Streik ausgegeben, der mit einem

elenden Fiasko endete. Die Gewerkschaftsbeamten der großen Hafenstädte weigerten sich die Torheiten der Londoner Führer mitzumachen. Was soll man überhaupt von Arbeiterführern denken, die sich über den Bruch von Tarifverträgen beschwerten und im selben Atemzug verwandte Gewerkschaften aufordern ihrerseits bestehende Tarifverträge zu brechen? Denn nur durch Bruch der in Liverpool, Hull, Glasgow und anderswo bestehenden Verträge wäre ein nationaler Streik möglich gewesen. Zum Glück war der Einfluß der Gewerkschaftsbeamten in diesen Städten stark genug, um ein solches Unheil abzuwenden. Doch nicht zufrieden mit diesen Mißerfolgen machte Ben Tillet den Versuch auch die Eisenbahner in den Kampf hineinzuzerren, ein Versuch, der mit dem gleichen Ergebnis endete, da die Eisenbahner ja ebenfalls an Tarifverträge gebunden sind. Nach diesem schweren Fiasko blieb der Regierung nichts anderes übrig als ihre Vermittlungsversuche aufzugeben, und so blieb der Kampf auf London und auf die direkte Aktion beschränkt. Jedoch nicht für lange.

Nachdem schon alles verloren war, wandte man sich an die Arbeiterfraktion. Was sollte diese aber tun, da es doch klar war, daß der Kampf mit einem gewaltigen Sieg der Unternehmer enden mußte? An den Docks herrschten furchtbare Zustände. Durch den Streik erreichte das Elend dort einen unbeschreiblichen Grad. Zwar bildeten sich Komitees aus bürgerlichen Kreisen, um Hilfsmittel zu sammeln, doch waren diese lange nicht ausreichend. Zudem gewann der ganze Kampf dadurch einen eigenartigen Anstrich. In den Streikversammlungen sprach man von *Sieg oder Tod*, von *Klassenkampf* und dergleichen, und in der Presse appellierten die Führer der Bewegung an die Mildtätigkeit der Bemittelten zugunsten der Opfer dieses *Klassenkampfes*.

Am 1. Juli gelang es endlich der Arbeiterfraktion folgenden Antrag im Parlament zur Verhandlung zu bringen:

»Das Haus gibt der Ansicht Ausdruck, daß die Zeit gekommen ist die an dem gegenwärtigen Kampf im Londoner Hafen beteiligten Unternehmer- und Arbeiterorganisationen zu einer Konferenz aufzufordern, um eine Lösung des Streits herbeizuführen.«

Dieser Antrag wurde mit 254 gegen 188 Stimmen angenommen. Für die Organisation der Arbeiter bildet die Frage der Wiedereinstellung den wichtigsten Punkt. Tausende stehen bereits in Arbeit, und die Hafenbehörde hat schon vor einiger Zeit die Order ausgegeben, daß diejenigen Arbeiter, die vor dem Streik den ständigen Arbeiterkategorien angehörten, nunmehr nur noch als Gelegenheitsarbeiter wiederingestellt werden können. Ist die Hafenbehörde von diesem Vorhaben nicht abzubringen, so verlieren Hunderte das Recht auf Krankenunterstützung, Alterspension und andere Begünstigungen. Um ähnliche unselige Ereignisse wie diesen Streik in Zukunft zu vermeiden, ist es notwendig, daß im Londoner Hafen geordnete Lohn- und Arbeiterverhältnisse geschaffen werden. Hier entsteht für die Arbeiterfraktion eine wichtige Aufgabe. Leider hat die Regierung ihren Standpunkt, den sie zu Beginn des Streiks einnahm, aufgegeben. Es bleibt nun zunächst abzuwarten, was der vor einiger Zeit geschaffene *Industrial Council* tun wird.

In diesem so unglücklichen Kampf hat es sich gezeigt, daß der Marxsche Satz, die Arbeiter hätten nichts zu verlieren als ihre Ketten, auch ein zweischneidiges Schwert sein kann. Dieser Kampf hat klar und deutlich dargetan, daß die Arbeiter doch gar viel zu verlieren haben. Aufgabe des Arbeiterführers ist es nun heute dafür zu sorgen, daß das, was die Arbeiter haben, nicht mutwillig

Tendenz der Konsumvereine nicht betonen. Daß die Konsumvereine allein den Kapitalismus überwinden würden, hat selbstverständlich Dr. Müller nicht gesagt; es ist auch noch von keinem ernsthaften Vertreter der Genossenschaftsbewegung behauptet worden. Der Pseudomarxist des *Vorwärts* will aber überhaupt nicht gelten lassen, daß die Wesensart der Konsumvereine sozialistisch sei; denn wenn er den sozialistischen Charakter der Konsumvereine anerkennen würde, müßte er auch die Hoffnung teilen, daß der sozialistische Konsumverein gegenüber dem Kapitalismus siegen werde. Nur weil er den Konsumvereinen jede sozialistische, antikapitalistische Tendenz abspricht, kann der *Vorwärts* dazu kommen die sozialistischen Ansichten von Dr. Müller als »Utopieen« und »phantastische Träume« zu bezeichnen. Und seine Aufforderung an die Arbeiter »dafür einzutreten, daß die Genossenschaftsbewegung mit sozialistischem Geist erfüllt werde«, hat daher nur Sinn, wenn sie so gemeint ist: die Arbeiter sollten dafür eintreten, daß den Konsumvereinen jedes sozialistische Streben und Hoffen verwehrt werde, weil dieses lediglich Sache des politischen Kampfes sein könne, daß also eigentlich der sozialistische Geist aus den Konsumvereinen verbannt werden müßte. Daraus ist zu ersehen, daß es weniger notwendig erscheint die Genossenschaftsbewegung mit sozialistischem Geist zu erfüllen (an dem es ihr nie gefehlt hat) als die Pseudomarxisten, denen es an einem sozialistischen Denk- und Vorstellungsvermögen mangelt, und die deshalb den sozialistischen Gehalt in den modernen Genossenschaften noch nicht erkannt haben.

Paul Göhre hat nun zwar in seinem Buch über die deutschen Arbeiterkonsumvereine bereits dargelegt und ausführlich begründet, daß wenigstens die modernen Genossenschaften der Arbeiter erste Anfänge von sozialistischen Gebilden seien, ein sozialistisches Werden also in ihnen zum Ausdruck komme. Aber er hat trotzdem nur noch mehr Verwirrung gestiftet. Zunächst (und das ist das Bedenklichste in seinem Buch) ist er in den Fehler verfallen mit dem Schlagwort *Klassenkampf* den selben Mißbrauch zu treiben wie die Pseudomarxisten. Göhre hat dabei nicht einmal die Logik, die man den *Radikalen* nicht absprechen kann, auf seiner Seite. Denn nach der marxistischen Doktrin kann in der kapitalistischen Gesellschaft nicht von einem sozialistischen Werden, auch nicht in seinen ersten Anfängen oder in einzelnen Teilen die Rede sein. Wer aber wie Göhre sieht, daß sich die Arbeiterkonsumvereine zu antikapitalistischen, sozialistischen Einrichtungen entwickeln, der kann, so sollte man meinen, in den modernen Genossenschaften unmöglich Klassenkampforganisationen sehen. Sodann aber krankt die ganze Methode Göhres vor allem daran, daß er den sozialistischen Charakter der Arbeiterkonsumvereine auf Grund der Marx'schen Werttheorie zu beweisen sucht, anstatt ihn im genossenschaftlichen Wesen selbst begründet zu sehen. Nach ihm produzieren die Eigenproduktionsbetriebe der Arbeiterkonsumgenossenschaften keine Waren mehr sondern nur Gebrauchsgüter. Die Mehrwert-erzeugung sei zwar noch nicht ausgemerzt, aber das zeige nur den »Übergangscharakter dieser ganzen Bewegung«. Und dieser noch sehr unerfreuliche Zug »im Gesicht der heutigen Arbeiterkonsumvereine« werde von den »in den Vereinen lebendigen un- und antikapitalistischen proletarisch-genossenschaftlichen Tendenzen« sicher mit der Zeit beseitigt werden.¹⁾ Dann also wird nicht mehr daran zu zweifeln sein, daß die Arbeiterkonsumvereine sozialistische Einrichtungen sind.

¹⁾ Siehe Göhre *Die deutschen Arbeiterkonsumvereine* / Berlin 1910/, pag. 553 ff.

Göhre zeigt mit diesen Deduktionen nur wieder, daß mit den metaphysischen Begriffen solcher marxistischen Werttheorie in der Praxis absolut nichts anzufangen ist, wenn man sich nicht auch die Marxsche Logik zu eigen macht und den Marxismus zu Ende denkt. Ohne Mehrwerterzeugung gibt es keine Anhäufung von Kapital, und ohne Akkumulation keine Vergrößerung der Betriebe, keine Neuanlagen, also keine Weiterentwicklung. Es kann daher nicht als Charakteristikum der sozialistischen Produktionsweise gelten, daß kein Mehrwert mehr erzeugt wird, sondern daß dieser statt dem einzelnen Kapitalisten der Gesamtheit zufällt, wie es ja im genossenschaftlichen Betrieb geschieht. Nicht anders ist es mit der Warenproduktion. Wenn die Konsumgenossenschaften keine Waren sondern *Gebrauchsgüter* produzieren, dann trifft dies bei den kartellierten Betrieben auch zu. Damit soll aber nur gezeigt werden, daß man mit solchen Argumentationen sozialistische von nichtsozialistischen Genossenschaften nicht unterscheiden und auch nicht zu einer richtigen Würdigung des Wesens der Genossenschaften gelangen kann. Es steht jedoch fest, daß Göhre in den modernen Arbeitergenossenschaften Anfänge sozialistischer Einrichtungen sieht. Nach ihm haben sich die »Arbeiterkonsumvereine als fähig erwiesen Ziele nicht nur zu erstreben sondern auch teilweise zu verwirklichen, die durchaus in der Richtung der Entwicklung auf eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft hin liegen; sie unterdrücken schon in bemerkenswertem Umfang eine Hauptform der modernen Ausbeutung, diejenige von Konsumenten, insbesondere von Arbeiterkonsumenten, durch das Händlerkapital; sie haben begonnen eine Regelung eines Teils des Konsums größerer Bevölkerungsmassen durchzuführen; sie gehen immer mehr daran auch die Produktion zu regeln, durch Erzeugung von Gebrauchsgütern für den direkten Bedarf dieser Konsumentenmassen, und sie haben schließlich zum erstenmal schon beträchtliche Werte von Produktionsmitteln (Kapital, Boden, Grundstücke, Maschinen) in gemeinschaftliches Eigentum übergeführt.« Die heutige, zu einer immer festern organischen Einheit zusammenwachsende deutsche Arbeiterkonsumbewegung sei aber auch mindestens auf dem besten Weg zum Sozialismus.²⁾ Göhre sieht also in den Genossenschaften ein Aufbauen des Sozialismus und nicht etwa, wie die Marxisten, nur eine Art von Unterstützungsvereinen, die den Arbeiter für den politischen und gewerkschaftlichen Kampf stärken.

Trotzdem oder vielmehr gerade deshalb erscheinen ihm die Arbeiterkonsumvereine aber auch als Klassenkampforganisationen, ist ihm die Genossenschaft, wenigstens die Arbeiterkonsumgenossenschaft, »Kampf und Krieg, Klassenkampf und Klassenkrieg sogar.«³⁾ Die Logik Göhres ist hier aber ebenso anfechtbar wie bei seiner übrigen Beweisführung. Die Arbeiter führen den Klassenkampf nach allgemeiner Auffassung doch wohl gegen die Kapitalistenklasse. Nach der Göhreschen Ansicht müßte also der Klassenkampfcharakter der Konsumvereine darin liegen, daß sie an der Überwindung des Kapitalismus arbeiten. Die Feinde der Arbeiterkonsumvereine sind nun aber gar nicht die Kapitalisten sondern in der Regel nur die kleinsten und ärmsten Krämer, zum Teil sogar Arbeiter, die nebenbei einen kleinen Verkaufsladen haben, während die Fabrikbesitzer meistens die Arbeiterkonsumvereine noch förderten, wie auch eine ganze Anzahl der Regierungen. Der sonst so reaktionäre sächsische Minister von Metzsch war ein warmer Verteidiger der Konsumvereine.

¹⁾ Siehe Göhre, loc. cit., pag. 567 ff.

²⁾ Siehe Göhre, loc. cit., pag. 654.

Die Gegner der Konsumvereine richten sich aber auch mit den ganz gleichen Argumenten gegen die kapitalistischen Warenhäuser, und diese würden dann also auch einen *Klassenkampf* gegen die Krämer zu führen haben wie die Konsumvereine. Aber selbst wenn es zutreffen sollte, daß sich die Kapitalisten gegen die Genossenschaften wenden, weil diese auch zur Eigenproduktion übergehen, dann wäre das so wenig ein Klassenkampf, wie irgend ein anderer *Konkurrenzkampf*. Denn es ist einfach nicht wahr, daß nur die Arbeiterkonsumvereine von den Krämern und denjenigen Parteien, die auf die Stimmen dieser Konsumvereinsgegner rechnen, angefeindet, bekämpft werden. Die Angriffe richten sich ebenso gegen die Konsumvereine der Beamten und Offiziere, und die Wut über die Arbeiterkonsumvereine tritt nur deshalb deutlicher in die Erscheinung, weil einmal die großen Massen der Arbeiter als Konsumenten am schwersten für viele Verkäufer und gerade für die kleinen Krämer in Betracht kommen, ferner weil sich mit der Denunziation als *sozialdemokratische Organisationen* auch leicht arbeiten läßt. Es zeugt aber auch für eine völlige Verkennung der menschlichen Natur, wenn man annehmen wollte, die Kapitalisten würden als Klasse und aus Klasseninteressen den Kampf gegen die Genossenschaften führen. Kein Kapitalist zögert mit den Arbeitergenossenschaften in Geschäftsverbindung zu treten, wenn er sich davon einen Vorteil verspricht. Fabrikbesitzer unterstützen und fördern Arbeiterbaugenossenschaften, deren Mitglieder lauter Sozialdemokraten sind, auch wenn die Baukapitalisten davon geschädigt werden. Dem Maschinenfabrikanten fällt es nicht im Traum ein sich darüber aufzuregen, wenn Genossenschaften eine Seifenfabrik gründen, und er freut sich noch, wenn er mit ihr Geschäfte machen, ihr Maschinen liefern kann. Englische Kapitalisten legen ihr Geld sogar gern in Arbeitergenossenschaften an, weil die reichen und gut fundierten englischen Konsumvereine eine sichere Kapitalanlage garantieren. Wo ist da der Klassenkampf?

Wenn die Arbeiterkonsumvereine einen *Klassenkampf* führten, weil sie durch sozialistischen Aufbau an der Überwindung des Kapitalismus arbeiten, dann müßten auch die kommunalen und staatlichen Betriebe Klassenkampforganisationen sein. Denn wie in den Genossenschaften so entwickelt sich auch in den kommunalen und staatlichen Betrieben ein Stück Sozialismus, auch diese liegen auf dem Weg zur sozialistischen Gesellschaft. Gegen die kommunale und staatliche Produktion gehen die Kapitalisten übrigens auch geschlossener vor als gegen die Genossenschaften. Ein so tiefgehendes Klasseninteresse gibt es aber auch gar nicht, daß die Kapitalistenklasse etwa deshalb die genossenschaftliche Entwicklung zu unterbinden suchen würde, weil sie befürchtet, daß diese Entwicklung einmal, in Generationen, zur Überwindung der kapitalistischen Produktion führen könnte. Wenn die sozialistischen Arbeiter ihr ganzes Leben für den Sozialismus wirken, obwohl sie wissen, daß sie ihn nicht mehr erleben, so tun sie das nicht aus Klasseninteresse, sondern aus ihrem sozialistischen Ideal heraus, das sie beseelt, wie viele andere Sozialisten, die keine Arbeiter sind.

Der *Klassenkampf*, den die Genossenschaften führen sollen, läßt sich nicht anders vorstellen, als ihn ein bekannter russischer Genosse vor Jahren einmal in einer Broschüre geschildert hat: Nach ihm sollen nicht nur die Kassen der Genossenschaften sondern auch die Kranken- und Versicherungskassen nur »Kriegskassen für die soziale Revolution« sein, die am Tag der Revolution erst ihren wahren Zweck erfüllen. Was Göhre unter dem *Klassenkampf* versteht,

den zu führen die Arbeiterkonsumvereine gezwungen seien, ist nichts anderes als ein geschäftlicher Kampf, den auch der Warenhausbesitzer gegen die Umsatzsteuer und andere Krämerschikanen zu führen hat. Die englischen Genossenschaften haben ein nicht minder antikapitalistisches Gepräge als die deutschen Konsumvereine. Aber wo ist etwas von einem Klassenkampf zu sehen, den die englischen Genossenschaften führen?

Bewußt oder unbewußt entstehen aber auch alle größeren Genossenschaften aus einem sozialistischen Geist heraus. Und der Bauer, der seine landwirtschaftlichen Produkte an seine Genossenschaftszentrale liefert, arbeitet ebenso an dem Aufbau des Sozialismus wie der Arbeiter, der seine Nahrungsmittel und Bedarfsartikel im Konsumverein kauft. Deshalb war es auch selbstverständlich, daß der theoretische Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaften eine Einladung zum Genossenschaftstag erhalten hat (worüber sich der *Vorwärts* besonders aufregte). Keinem Menschen fällt es ein in der Entwicklung der Genossenschaften den einzigen Weg zum Sozialismus zu erblicken. Aber der politische Kampf schafft überhaupt keine sozialistische Produktion, er kann der sozialistischen Entwicklung nur die Wege ebnen. Sich den Sozialismus als einen einzigen großen Staatsbetrieb oder eine Reihe unter einer Zentralleitung stehender Staatsbetriebe vorstellen zu wollen, wäre natürlich hirnverbrannt. Die sozialistische Produktion entwickelt sich in Form von staatlichen und kommunalen Betrieben und Genossenschaften. Und die Genossenschaften bilden sich nicht nach einer Schablone sondern ebenso vielgestaltig wie die Genossenschaften der frühern Zeit. Diese Genossenschaften zu fördern, sie zur höchsten Entfaltung zu bringen ist eine der vielen sozialistischen Aufgaben. Entwicklung der genossenschaftlichen Produktion ist aber ein friedliches Aufbauen. Dieses Aufbauen als *Klassenkampf* zu bezeichnen bedeutet eine mißbräuchliche Anwendung dieses Wortes, womit nichts anderes erreicht werden kann als eine Schädigung der genossenschaftlichen Bewegung. Gerade dadurch, daß die Leiter der deutschen Arbeitergenossenschaften die strengste parteipolitische Neutralität wahren, bekunden sie, daß sie gewillt sind an der Weiterentwicklung der Genossenschaften im wahren sozialistischen Geist zu arbeiten.

XX

MAX SCHIPPEL · DIE PARTEIZERSETZUNG IN AMERIKA

NUNMEHR ist der vielleicht erbittertste Parteistreit, der in der neuen Welt seit dem großen Bürgerkrieg ausgefochten wurde, in seinem ersten Abschnitt zu Ende. Er hinterläßt die republikanische Partei, die seit der Mitte der neunziger Jahre bis zu den letzten allgemeinen Wahlen ununterbrochen im Washingtoner Repräsentantenhaus herrschte, in rettungsloser, vollkommener Auflösung. Der in Chicago vorläufig unterlegene fortschrittliche (*progressive*) Flügel schickt sich an eine neue, vollständig abgesonderte dritte Partei unter der Führung Roosevelts zu bilden.

Bei den Demokraten erhoben sich gleich darauf in Baltimore die selben Gegensätze zwischen konservativer alter *Maschine* und vorwärts drängenden reformistischen Bestandteilen. *Sieg oder Sezession!*: diese Losung wurde zwar kaum, wie von Anfang an in Chicago, laut verkündet; indes mit der Möglichkeit

einer Spaltung mußte man gleichfalls rechnen. Nur war die lange zurückgedrängte zweite große Partei mehr vom Glück begünstigt, vielleicht auch durch die Erfahrungen der Republikaner mehr als sonst gewitzigt. Nachdem schier zahllose Wahlgänge die reformistischen Delegierten in stetem Zählen Vorstoß gezeigt hatten, kam der erlösende Umschwung. Die *standfesten* Drahtzieher machten gute Miene zum unwillkommenen bösen Spiel; fast einstimmig hob man Dr. Woodrow Wilson, den einstigen politischen Schriftsteller und Historiker, den spätern Gouverneur von New Jersey, dem Nachbarstaat New Yorks, auf den Schild.

Wenn bis zum November nicht noch Wunder geschehen, so ist nach der Abspaltung der Rooseveltianer und bei der wütenden Verfeindung der beiden Richtungen ein Sieg des konservativen Republikanismus, der in Taft sein Haupt erblickt, ganz undenkbar geworden. Zugleich jedoch haben sich die Aussichten des in Chicago zunächst erfolglosen Roosevelt dadurch nochmals verschlechtert, daß der neue demokratische Gegenkandidat von der bisher vorherrschenden Bundes- und Kongreßpolitik ungefähr gleich weit nach links abgerückt ist wie der ehemalige Rauhreiter und Bundespräsident selber, daß er also dem Ziel nach den Wählermassen etwa das selbe verspricht, aber zur Erreichung des Ziels über die Mittel einer ungebrochenen anerkannten Organisation verfügt, während die neue dritte Partei vorläufig noch in den Wolken schwebt und sich ihren innern Ausbau und ihr Ansehen nach außen hin erst langsam und mühsam selber noch schaffen muß. Höchstens die agitatorische Überlegenheit und der unverblühene Namensglanz Roosevelts gewährt einigermaßen ein Gegengewicht. Jedenfalls wird bis zum entscheidenden Herbstmonat überall noch weniger als sonst Ruhe und Frieden walten.



IE älteren Kämpfe und Schicksale des Jungrepublikanismus sind in dieser Zeitschrift bereits kurz dargestellt worden.¹⁾ Durch die Primärwahlen zum Nationalparteitag, diese eigenartige Zurückdrängung des Einflusses der lokalen Parteikonventionen und damit der örtlich allmächtigen Bosse zugunsten der in Urwahlen selbst entscheidenden Parteimitglieder, hatte die Strömung für die Aufstellung Roosevelts einen plötzlichen ungeahnten Aufschwung erhalten, nachdem der meistgenannte *Progressive* und *Insurgent*, Senator La Follette-Wisconsin, offensichtlich nicht die nötige robuste Anziehungs- und Werbekraft zu entfalten vermochte, um den alten geriebenen und skrupellosen *Maschinenleitern* besonders gefährlich zu werden. Je stärker jedoch der Wellenschlag der neuen aufstrebenden Bewegung, desto hartnäckiger der Widerstand seitens der Nutznießer der bisherigen Zustände. Schließlich war man angesichts Chicagos auf beiden Seiten so weit, daß der Ausgang der maßgebendsten Abstimmungen im wesentlichen von der Anerkennung oder Ungültigerklärung der 72 *bestrittenen*, zweifelhaften Mandate abhing.

Nach den Anschuldigungen der Rooseveltianer hätten die Bosse, mit Senator Root an der Spitze, hierbei jede Rücksicht auf Wahrheit und Gerechtigkeit und selbst nur auf Wahrung des äußern Scheines fallen lassen, um sich die bedrohte Mehrheit um jeden Preis zu sichern. Jede natur- und sachgemäße Entscheidung sei durch die empörendsten Tricks in ihr Gegenteil verdreht und

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Der Parteiumschwung in den Vereinigten Staaten* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 3. Band, pag. 1541 ff.

verzerrt worden. Gerade die, für das republikanische Gesamtparteileben gleichgültigeren und gleichgültigsten Reichsteile hätten infolgedessen in ganz widersinniger Weise in Chicago das ausschlaggebende Übergewicht erlangt; ihr schwächer entwickeltes inneres Parteileben hätte gerade diese Landstriche zum gefügigen Spielball des Boßabsolutismus gemacht. So fiel nach dem *Outlook*, als die Zulassung zweier kalifornischer Delegierten in Frage stand, die Abstimmung folgendermaßen aus:

Herkunft der Delegierten	Stimmen für	
	Taft	Roosevelt
Aus den südlichen demokratischen ²⁾ Staaten	234	95
„ „ westlichen „ „	16	20
„ „ östlichen „ „	14	—
„ „ westlichen republikanischen „ „	142	268
„ „ östlichen „ „	128	140
„ „ Territorien	8	6
insgesamt	542	529

»Man sieht aus dieser Aufstellung, daß beinahe die Hälfte der Taftstimmen in diesem Fall aus Staaten herrührte, die bei den Wahlmännerwahlen für die Präsidentschaft kaum für die republikanische Partei in Betracht zu ziehen sind. Für Taft erklärten sich: der *solide Süden*, der, wie man sagen kann, für die Wahl eines republikanischen Präsidenten überhaupt keine Stimme und keine Bedeutung hat, ferner einige zersplitterte Stimmen aus nominell demokratischen nichtsüdlichen Staaten, eine verhältnismäßig große Zahl von Delegierten jener östlichen Staaten, die als ultrakonservativ gelten, und eine unleugbar kleine Gruppe aus den großen zuverlässig republikanischen Staaten des Ostens und Westens. Andererseits kamen fast vier Fünftel der Rooseveltstimmen in diesem Fall aus Staaten, die bei den Wahlmännerwahlen sicher oder so gut wie sicher republikanisch entscheiden. Roosevelt erhielt 408 Stimmen aus zweifellos republikanischen Staaten, Taft nur 270 Stimmen aus den gleichen Reichsteilen.«

So reifte denn bei der nach ihrer Meinung widerrechtlich unterdrückten Richtung der Entschluß heran sich bei den letzten großen Abstimmungen überhaupt nicht mehr zu beteiligen und dadurch dem Kongreß den Anschein einer Gesamtparteivertretung und seinen Beschlüssen den Charakter von bindenden Entscheidungen der Gesamtpartei abzuerkennen. Es ist bisher wohl noch niemals Ähnliches dagewesen, daß auf einem Konvent von gegen 1100 Delegierten bei der Aufstellung der Präsidentschaftskandidatur 344 Vertreter die Stimmabgabe verweigerten (weitere 107 Delegierte stimmten für Roosevelt), und zwar in festem Zusammenhalt gerade die Abgesandten großer republikanischer Staaten wie Pennsylvania, Ohio, New Jersey, Minnesota, Kansas, Kalifornien. Auch hier sei die dramatische Schilderung Ernest H. Abbots im *Outlook* wieder gegeben:

»In der Halle des *Coliseums* saßen wie eine feste Masse beinahe 1100 Delegierte, und hinter ihnen eine gleiche Zahl von Stellvertretern aus allen Staaten, Territorien und überseeischen Besitzungen der Union, in weitem Umkreis umlagert von einem Riesensring von mehr als 10000 Zuhörern. Jenes unbeschreibliche Raunen und Rascheln, das sich stets bei solchem Andrang bemerkbar macht, füllte den Raum. Auf der Plattform, die sich vor den Delegiertensitzen erhebt, löst sich von der Gruppe im Hintergrund ein Schriftführer. Vorwärts schreitend, ruft er auf: »Alabama.« Der Lärm

²⁾ Jeder Staat sendet zur *National Convention* doppelt so viel Delegierte, wie er im Kongreß Repräsentanten und Senatoren sitzen hat. Jeder dieser insgesamt etwa 1100 Delegierten wird noch von einem Stellvertreter (*alternate*) begleitet, der bei Abwesenheit oder Krankheit für ihn einspringt. Demokratisch wählten bei der letzten Taftwahl / 1908 / die Staaten: Alabama, Arkansas, Colorado, Florida, Georgia, Kentucky, Louisiana, Maryland, Mississippi, Nebraska, Nevada, Nordkarolina, Oklahoma, Südkarolina, Tennessee, Texas, Virginia; auch diese Staaten entsenden aber, der Zahl ihrer Kongreßvertreter entsprechend, Delegierte zum republikanischen Parteitag.

läßt etwas nach. Ein Mann in der Nähe des Banners, das den Namen des Staates trägt, steht auf und ruft zurück: »Alabama stimmt mit 22 für Taft, 2 enthalten sich.« »Arizona.« Ein Mann neben dem Arizonabanner steht auf und ruft: »6 für Taft.« »Arkansas.« »17 für Taft, 1 Stimmenthaltung.« »Kalifornien?« Das Summen der Riesenumenge schwoll zur brüllenden Woge an und sank dann in sich zusammen. Der Mann neben dem Kalifornienbanner wartete, bis die Unruhe sich gelegt hatte, und dann, mit erhobener Hand und vorgestrecktem Finger verkündete er mit verächtlich schneidendem Nachdruck: »Kalifornien weigert sich zu stimmen.« Mit einemmal ein förmlicher Aufruhr. Bevor der zufällige flüchtige Beobachter noch wußte, was geschah, dröhnte es durch das Sprachrohr des Schriftführers zurück: »Kalifornien 2 Stimmen [die bestrittenen] für Taft, 24 Stimmenthaltungen.« So wurde die Liste weiter aufgerufen, Staat nach Staat; und kam man zu einem der großen republikanischen Staaten, zu Staaten, die für die Partei und die Präsidentschaftswahlen von jeher ausschlaggebend waren, so erfolgte stets die Antwort: die Hälfte oder mehr als die Hälfte der Delegierten beteiligt sich nicht an der Abstimmung, oder der Staat verweigert überhaupt jede Mitwirkung. Zuweilen erging der Aufruf an die Einzelpersonen, und dann hatte der Betreffende Gelegenheit seine Antwort in einer Weise abzugeben, daß über seine Entrüstung und Verwahrung kein Zweifel blieb. »Ich gebe mich nicht dazu her zu stimmen«, erklang es aus dem alterproben Massachusetts. »Ich verweigere die Beteiligung, weil Ihre Karten falsch gemischt sind«, entgegnete heftig ein Delegierter aus dem jugendlich aufstrebenden Oregon. In ähnlicher Weise antworteten einzeln oder in Gruppen, zur Hälfte bis zur Einmütigkeit, die Vertreter großer Staaten, wie Kalifornien, Kansas, Maine, Massachusetts, Minnesota, Missouri, Nebraska, New Jersey, Nordkarolina, Ohio, Pennsylvania, Westvirginien. An diesen Protest schlossen sich unabhängige Delegierte aus anderen Staaten an, nicht nur aus den demokratischen Staaten Alabama, Arkansas, Mississippi, Neumexiko, Oklohomia, Südkarolina, Texas, Virginien sondern ebenso aus den immer oder doch neuerdings republikanischen Staaten Illinois, Indiana, Maryland, Michigan, New York, Oregon und Vermont. Kurzum, die großen republikanischen Staaten der Union, vertreten auf einer republikanischen Konvention, lehnten es durch die überwältigende Mehrheit ihrer Delegierten ab an der Nomination eines Mannes für die Präsidentschaft teilzunehmen, den sie nicht wünschten, den man ihnen aber aufzuzwingen suchte.«

Noch am selben 22. Juni beschloß eine Konferenz dieser *Progressiven*, unter dem Vorsitz des Gouverneurs Johnson von Kalifornien, die Gründung einer Sonderpartei und die Sonderkandidatur Roosevelts. Hält die Stimmung von Chicago bis zu den Novemberwahlen an, so sind die Konsequenzen für das amerikanische Partei- und Verfassungsleben gar nicht abzusehen.

Möglich, daß alsdann auch die Arbeiterklasse zu einer stärkern Einflußnahme auf den Gang der Wahlentscheidungen berufen ist. Demokraten und Rooseveltianer werden sicherlich alles aufbieten die Arbeiterstimmen zu sich herüberzuziehen. Vielleicht stärkt der Kampf unter den bürgerlichen Parteien auch die selbständige Arbeiterpolitik. Am 17. Mai bereits hat der sozialistische Parteitag in Indianapolis Eugene V. Debs und Emil Seidel, den bisherigen Bürgermeister von Milwaukee, zu Kandidaten für die Präsidentschaft und den Vizepräsidentenposten ernannt. Unter günstigeren Vorbedingungen hätte ihre Wahlagitation kaum beginnen können.

XX
AUGUST ERDMANN · DER KATHOLISCHE GEWERKSCHAFTSSTREIT UND DAS ZENTRUM



Bei einer frühern Gelegenheit habe ich an dieser Stelle die Frage gestellt, ob die Kirche, die in Italien die christliche Demokratie und in Frankreich den Sillonismus verboten habe und auch sonst das offensichtliche Bestreben zeige ihre Gläubigen von der Berührung mit der unchristlichen Welt fernzuhalten, ob sie Deutschland verschonen und hier zusehen könne, wie die katholischen Massen durch die christliche Ar-

beiterbewegung tief und tiefer in die sozialen Kämpfe verstrickt und den Wünschen und Bestrebungen der modernen Kulturwelt überliefert werden. »Wenn es auf die Kirche allein ankäme«, schrieb ich, »wäre sicher diese Frage schon entschieden, und das Schicksal der München-Gladbacherei, der christlichen Gewerkschaftsbewegung in erster Linie, besiegelt. Aber die Kirche hat in Deutschland Rücksicht auf das Zentrum zu nehmen, dem die Kirche ebensoviel verdankt wie der Kirche das Zentrum. Und von diesem Zentrum steht ein einflußreicher Teil auf seiten der christlichen Gewerkschaften, die es als wertvolle politische Schutztruppe schätzt. Ein anderer Teil des Zentrums hält es mit den Fachabteilungen und wendet sich gegen die christlichen Gewerkschaften. Für das Schicksal der christlichen Gewerkschaften wird es darauf ankommen, welche Richtung im Zentrum die Oberhand behält...«¹⁾ Und kurz darauf faßte ich die grundsätzliche Auffassung Roms in Sachen der Arbeiterbewegung in die Forderung *Katholische Organisation und deren Unterordnung unter die kirchliche Autorität!* zusammen. »Die christlichen Gewerkschaften müssen dankbar sein, daß Rom sie wenigstens als Ausnahme und auf Widerruf duldet, weil die Zentrumspartei doch ihrer bedarf. Im Programm und in Resolutionen betonen sie ihre Selbständigkeit, und doch müssen sie gestatten, daß ihre grundsätzliche und praktische Haltung von der Kirche bestimmt wird. Und bei alledem sind sie ihres Daseins nicht sicher; sie genießen ihr Leben als eine Galgenfrist. Kundige Leute wußten nach Kardinal Fischers Romreise zu melden, daß beim Papst eine Enzyklika mit dem Verbot der christlichen Gewerkschaften bereits fertig gelegen habe, und daß nur, weil von einflußreicher Stelle auf die Reichstagswahlen und die Lage des Zentrums hingewiesen wurde, ein Hinausschub der Maßregel erreicht worden sei. Wie dem auch sei, das Schicksal der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist völlig in die Hände Roms gegeben...«²⁾

Unterdes ist manches geschehen, was diese Auffassung bestätigt hat. Im März 1912 sind die Fuldaer Beschlüsse vom 14. Dezember 1910 bekannt geworden, jene von den Vertretern der christlichen Gewerkschaften und der Fachabteilungen anerkannten Bedingungen der Bischöfe, durch die die christlichen Gewerkschaftsführer ihre Organisationen an Rom auslieferten. Durch diese Beschlüsse wird den christlichen Gewerkschaften die Verpflichtung auferlegt, »daß die katholischen Mitglieder in allen das religiöse und sittliche Gebiet berührenden Angelegenheiten des privaten, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens nicht zu einer Stellungnahme oder Handlungsweise veranlaßt werden, die mit den religiösen und sittlichen Pflichten des katholischen Christen nach dem Urteil des kirchlichen Hirtenamts unvereinbar ist«. Und weiter wird durch diese Beschlüsse anerkannt, daß das Urteil darüber, »ob Gestaltung oder Wirksamkeit einer gewerkschaftlichen Organisation den kirchlichen Grundsätzen entsprechen«, allein dem »kirchlichen Hirtenamt«, also Papst und Bischöfen, zustehe. Damit ist das Dasein und die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften widerspruchlos in die Hände Roms gegeben. Dieser Vorgang kann nach dem, was bereits geschehen war, nicht weiter überraschen, aber als unerhört in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung darf es bezeichnet werden, daß die christlichen Gewerkschaftsführer diese Verpflichtungen hinter dem Rücken der Mitglieder eingingen und geheim hielten.

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Die Bischöfe und die christlichen Gewerkschaften* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 3. Band, pag. 163f.

²⁾ Siehe meinen Artikel *Rom und die christlichen Gewerkschaften* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 1. Band, pag. 263-264.

Die Pfingsttage 1912 brachten dann die Antwort des Papstes auf die Ansprache des Vertreters der katholischen Arbeitervereine Berliner Richtung, deren Grundsätze und Tätigkeit der Papst bis in den Himmel hob, um die »anderen«, das heißt die christlichen Gewerkschaften desto tiefer in die Verdammnis zu stoßen. Pius X. hat die christlichen Gewerkschaften zwar noch nicht verboten, aber er hat sie verurteilt, indem er ihr Programm, ihre Grundsätze für falsch erklärte. Das Tatsächliche dieses Vorgangs ist hier von Genossen Severing bereits geschildert worden.³⁾ Wenn Genosse Severing dabei meint, daß die christlichen Gewerkschaften die Autorität des Papstes bestreiten und zu ihrer Nichtachtung auffordern würden, so steht der Verwirklichung dieser Annahme freilich im Weg, daß diese Gewerkschaften sich dieser Autorität durch die Anerkennung der Fuldaer Beschlüsse bereits in aller Form unterworfen haben. Der christliche *Bergknappe* hat sich freilich sehr mannhaft und kampfeslustig benommen; aber nach bisheriger Erfahrung bleiben Führer und Blätter der christlichen Gewerkschaften nur so lange mannhaft, wie es der kirchlichen Autorität gefällt. Der Papst hat durch den Münchener Nuntius den streitenden Brüdern im Christenlager Ruhe gebieten und sie wissen lassen, daß »der heilige Stuhl im Einverständnis mit den Bischöfen die Sache prüfen« und dann »angemessene Verhaltensmaßregeln« geben werde. Darauf hat der *Bergknappe* den Degen eingesteckt, und in aller Ergebenheit warten nun 350 000 deutsche Arbeiter, was die das Oberhaupt der Kirche regierenden Jesuiten in Rom über die christlichen Gewerkschaften zu beschließen geruhen.

Wenn die christlichen Gewerkschaften das wären, was sie sein wollen: nach der politischen wie nach der kirchlichen Seite hin unabhängige und selbständige Organisationen, dann wäre der nunmehr 12jährige Kampf, den sie mit den Übergläubigen im katholischen Lager, mit der Berliner Richtung und den hinter diesen stehenden Klerikalen zu führen haben, gar nicht entstanden, dann hätten sie gleich bei dem ersten Angriff auf ihre Selbständigkeit, bei dem Fuldaer Pastoralen im Jahr 1900, sich nicht auf Unterhandlungen, Entschuldigungen und Rechtfertigungsversuche eingelassen, sondern sich mit genügender Deutlichkeit und nachhaltiger Wirkung alles und jedes von außerhalb kommende Hineinreden in ihre Organisationsangelegenheiten verboten. Gewiß ist es für einen Katholiken eine schwere Zumutung den Bischöfen oder gar dem Papst, wenn auch in rein weltlichen und wirtschaftlichen Dingen, den Gehorsam zu verweigern. Im geheimen haben die christlichen Gewerkschaftsführer einmal dazu den Mut gefunden: auf ihrer internationalen Konferenz in Zürich im Jahr 1908. Aber es scheint über ihre Kraft zu gehen die Rechte ihrer Organisation nun auch vor aller Welt und der kirchlichen Autorität ins Gesicht hinein zu verteidigen. Würde wirklich, wenn die christlichen Gewerkschaften gleich von vornherein jeden Eingriff von außen mit der nötigen Entschiedenheit zurückgewiesen hätten, die Kirche mit den schwersten und äußersten Zuchtmitteln gegen sie vorgehen? Aller Wahrscheinlichkeit nach nicht. In den sozialistischen Verbänden sind Hunderttausende von katholischen Arbeitern organisiert; sie wissen, daß das der Kirche nicht recht ist, und der Herr Pfarrer wird gewiß manchen von ihnen an die Sündhaftigkeit seines Tuns erinnern und zum Verlassen seiner Organisation aufgefordert haben: aber sie blieben im Bewußtsein dessen, was sie sich, ihrer Familie und ihrer Klasse schuldig sind, standhaft, und die Kirche hat sich wohl gehütet sie von sich

³⁾ Siehe Severing *Der Streit in den katholischen Arbeitervereinigungen in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte*, pag. 733 ff.

zu stoßen und auf ihre Steuern zu verzichten. Man darf sicher sein, daß die Kirche gegen die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, wenn diese auf der Selbständigkeit ihrer Organisationen bestanden hätten, nicht weniger nachsichtig gewesen wäre.

Nun kettet allerdings die christlichen Gewerkschaften an die Kirche nicht nur ein religiöses sondern auch ein materielles Band. Sie sind, wenn sie leben und gedeihen wollen, auf die Gunst der Kirche angewiesen; der Bischof, der sich gegen sie entscheidet, kann ihnen in seinem Gebiet das Dasein derart schwer machen, daß ihnen die Luft ausgeht; sie bedürfen der Hilfe der Geistlichen, die ihnen Anhänger verschaffen und für die Schulung ihres agitatorischen Nachwuchses sorgen (München-Gladbach). Wenn der Klerus sie im Stich ließe oder gar gegen sie arbeitete, wäre es mit ihrem Dasein aus. Der Trieb der Selbsterhaltung nötigt die christlichen Gewerkschaften sich die Gunst der Kirche zu erhalten und manches zu ertragen, wozu die Gehorsamspflicht des gläubigen Katholiken allein sie nicht zu veranlassen brauchte. Dazu kommt noch als ausschlaggebender Umstand die Rücksicht, die die Mitglieder, fast ausnahmslos Zentrumsleute, und namentlich die Führer, zum guten Teil Zentrumsabgeordnete, auf ihre politische Partei zu nehmen haben. Das Zentrum befindet sich in bedrängter Lage. Ein Teil von ihm, und zwar derjenige, der es mit den christlichen Gewerkschaften hält, ist in Rom des Modernismus, der Irrgläubigkeit verdächtig und hat also alle Ursache der Kirche gegenüber auf den Ausweis guter Gesinnung bedacht zu sein und die christlichen Gewerkschaften von Schritten abzuhalten, die als Ungehorsam gegen die kirchliche Autorität angesehen und schließlich dem Zentrum oder doch derjenigen Richtung, die es mit den christlichen Gewerkschaften hält, zur Last gelegt werden könnten. Dessen sind sich die christlichen Arbeiterführer bewußt, und die Rücksicht auf ihre Partei veranlaßt sie wohl oder übel ihre Organisationen zum Gehorsam gegen die Kirche anzuhalten. Man macht das freilich nicht öffentlich sondern, wie bei den Fuldaer Beschlüssen, im geheimen, so daß nach außen hin die Selbständigkeit und Unabhängigkeit gewahrt scheint.

Das Zentrum hat an den christlichen Gewerkschaften wenig Freude erlebt. Von vornherein als ein Übel angesehen, wenn auch als das kleinere gegenüber dem größern, der Sozialdemokratie, sind sie bald von einem Teil des Zentrums als ein vollendetes Übel erkannt und bekämpft worden, um mit dem Freiburger Oberhirten zu reden: als eine Bewegung, für die »das Wort *christlich* nur ein leerer Schall und Aushängeschild ist,« und die »mit unausbleiblicher Konsequenz nur der Sozialdemokratie zugute kommt, für die sie jene Kreise organisiert und vorbereitet, die einstweilen noch auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bleiben wollen«. Das Wachstum der Sozialdemokratie haben sie nicht aufzuhalten vermocht, und von ihrem Jugendtraum dereinst als starke Macht der deutschen Arbeiterbewegung Richtung und Ziel zu weisen sind sie für immer geheilt. Sie versprachen dem Ausgleich der Interessen zu dienen und Frieden in das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter zu bringen; statt dessen trieb sie die harte Wirklichkeit auf den Weg des Klassenkampfes, und die ängstlichen Gemüter im ultramontanen Lager lehnten sich wider sie auf. Sie waren bestimmt, alles was christlich und national in der Arbeiterwelt denkt, unter der Fahne von Ordnung, Sitte und Religion zu sammeln, aber die evangelischen Arbeiter blieben ihnen bis auf ein kleines Grüppchen fern, und in die Reihen der nächsten Gesinnungsgenossen

brachten sie einen Krieg, der mit allen Mitteln der Gehässigkeit und Gewalttätigkeit nunmehr seit 12 Jahren geführt wird. Gar kein Zweifel: Wenn die christlichen Gewerkschaften nicht da wären, das Zentrum würde sie heute nicht mehr gründen. Der Enttäuschungen und der Widerwärtigkeiten, die das Unternehmen im Gefolge hatte, sind zu viele. Und doch können ihre Gründer und Gönner sie nicht aufgeben. Das hieße 300 000 Arbeiter, die heute noch dem Zentrum folgen, ins rote Lager treiben. Und das erträgt das Zentrum im Westen und Süden nicht, weil es hier nur noch mit Not seine städtischen Mandate gegen den Ansturm der Sozialdemokratie verteidigt. Man sollte sagen, diesen Erwägungen müßte sich einhellig das gesamte Zentrum anschließen, und wenn ein Teil der Partei die christlichen Gewerkschaften auch nicht mag, so müßte er sie doch aus Rücksicht auf den andern Teil dulden, der ihrer um so dringender bedarf. Aber nein: die Übergläubigen im ultramontanen Lager sehen in dem Dasein der christlichen Gewerkschaften eine dauernde Gefahr, die in ihren Folgen viel schlimmer ist als der augenblickliche Schaden, den Partei und Kirche durch den Verlust einiger Hunderttausend ohnehin schon, um mit Kardinal Kopp zu reden, mehr oder weniger *verseuchter* Anhänger erleiden könnten. Nicht die Zahl tut es in diesen Kreisen sondern die Gesinnung. Die Richtung Bachem will wirtschaftliche und politische Macht, mehr Zentrumsabgeordnete und katholische Kommerzienräte, auf die Kirchlichkeit kommt es dabei nicht so sehr an. Die Richtung Roeren will vor allen Dingen gute Katholiken, die, vom Herrn Pfarrer geleitet, als brave Bürger und Bauern die patriarchalischen Wege der Väterzeiten wandeln. Arbeiterorganisationen mit Klassenkampfsitten und einem *neutralen* Christentum müssen den Übergläubigen im ultramontanen Lager verhaßt sein. Darum hinweg mit ihnen, je eher und je gründlicher, desto besser!

Von den Berlinern ist das Verbot der christlichen Gewerkschaften in Aussicht gestellt worden, wenn diese sich nicht auf die rein konfessionelle Grundlage stellen und in aller Form und in aller Öffentlichkeit ihre Wirksamkeit der kirchlichen Autorität unterordnen würden. Das wäre, nachdem die christlichen Gewerkschaftsführer die Fuldaer Beschlüsse anerkannt und damit ihre Organisationen der kirchlichen Vormundschaft unterstellt haben, nur noch eine Nebensache, auf die die Kirche verzichten könnte, nachdem sie die Hauptsache erreicht hat. Aber die Übergläubigen wollen von den christlichen Gewerkschaften nicht nur die Unterordnung sondern auch das klare und öffentliche Bekenntnis zu dieser Unterordnung. Und darum wird sich der weitere Streit drehen. An der Sache selbst ist damit nichts geändert. Das Verbot der christlichen Gewerkschaften wird nicht kommen, weil sie aller Voraussicht nach durch ihre Führer (die Mitglieder werden nicht gefragt) sich der Entscheidung, die der heilige Stuhl im Einverständnis mit den Bischöfen vorbereitet, fügen werden, wie sie sich bislang gefügt haben, um Rom von der gutkatholischen Gesinnung des Zentrums zu überzeugen. Ob Rom eine Entscheidung trifft, die der Kirche die Herrschaft über die christlichen Gewerkschaften sichert, im übrigen aber deutbar genug ist, um den christlichen Gewerkschaften wenigstens den Schein von Selbständigkeit zu lassen, das hängt davon ab, ob Kardinal Fischer, der Beauftragte der Kölner Richtung, bessere Gründe hat als die Herren Kopp und Korum, die im Sinne der Berliner die christlichen Gewerkschaften ans Messer liefern wollen. Bei alledem vergesse man nicht, daß im ultramontanen Lager nicht mit offenen Karten gespielt wird, und daß, wie die Fuldaer Beschlüsse beweisen, die entscheidenden Abmachungen vielleicht gar nicht, oder erst später

durch eine Indiskretion (die in der Geschichte der christlichen Gewerkschaften eine gar bedeutungsvolle Rolle spielt) ans Licht kommen.

Vielleicht aber tut die deutsche Regierung ein übriges, um das Schlimmste von den christlichen Gewerkschaften abzuwenden. Die Zentrums Presse sowie die christlichen Führer und Blätter haben in letzter Zeit sich nicht umsonst bemüht, die *nationale Notwendigkeit* der christlichen Gewerkschaften gebührend ins Licht zu stellen. »Die christliche Gewerkschaftsbewegung«, heißt es zum Beispiel in einer jüngst erlassenen Erklärung des Gesamtverbandes dieser Organisationen, »ist gegenüber dem Gesinnungsterrorismus der Sozialdemokratie und ihrem klassenkämpferischen Mißbrauch der Gewerkschaften eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Deutschland bedarf der geschlossenen Zusammenarbeit aller national denkenden Volksgruppen . . . Die christlichen Gewerkschaften fallen mit der nationalen Zukunftsentwicklung unseres Vaterlandes.« Und was sie für die Sache der *Ordnung* bedeuten, das haben die christlichen Gewerkschaften ja durch ihr Verhalten beim jüngsten Bergarbeiterausstand bewiesen. Es hat seine Gründe, daß fast schlimmer noch als die Blätter der Kölner Richtung die Presse der Scharfmacher über das Leid jammerte, das zu Pfingsten 1912 den christlichen Gewerkschaften angetan worden sei. Die *Post* gab zu erwägen, »ob es nicht an der Zeit sei, daß die Regierung versuche hier irgendwie an der Lösung dieses schweren Zentrumskonflikts mitzuarbeiten«. Das Blatt riet der Regierung sich zu diesem Zweck direkt mit dem Vatikan in Verbindung zu setzen; man dürfe überzeugt sein, daß eine »freundschaftliche Aussprache zwischen dem deutschen Gesandten und dem Kardinalstaatssekretär viel zu einer Lösung der Frage beitragen würde, wie sie im Interesse des ganzen Volkes erwartet und angestrebt werden muß«. Ob die Regierung diesem Wink gefolgt ist, steht dahin, man weiß nur aus der Antwort der Reichskanzlei, die einer *führenden Persönlichkeit im evangelisch-sozialen Lager* auf eine Eingabe in Sachen des Gewerkschaftsstreits zunging, daß Herr von Bethmann Hollweg die erwähnten Vorgänge »mit ernster Aufmerksamkeit verfolgt, wie dies der zunehmenden Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen für unsere soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung entspricht«. Ob diese Aufmerksamkeit sich zu Taten verdichtet, ist schwer zu sagen, abgesehen davon, daß es der Regierung einige Sorge machen dürfte, welcher Richtung im Zentrum sie folgen soll. Die Meldung eines Blattes, Herr von Bethmann Hollweg habe dem Vatikan mitgeteilt, daß ein Verbot der christlichen Gewerkschaften die sofortige Aufhebung der preußischen Gesandtschaft beim heiligen Stuhl zur Folge haben würde, setzt ein Maß von Entschiedenheit voraus, gegen das sich der Leiter der deutschen Politik mit Recht verwahren darf.

Merkwürdig ist bei der ganzen Angelegenheit das Verhalten der evangelischen Kreise. Groß ist die Zahl der in den christlichen Gewerkschaften organisierten evangelischen Arbeiter ja nicht. Ein Teil davon steht unter der Führung der christlichsozialen Herren Mumm und Behrens, die sich politisch dem Zentrum verwandt und verpflichtet genug fühlen, daß sie die Unterwerfung der christlichen Gewerkschaften und also auch der in ihnen vorhandenen evangelischen Arbeiter unter die Botmäßigkeit Roms gelassen hinnehmen. Die evangelischen Arbeiter sind nicht regsam genug, um sich zu einer Stellungnahme aufzuschwingen, und die evangelische Kirche verharret in der ihr eigentümlichen Regungslosigkeit. Dagegen hat die *Deutsch-evangelische Korrespondenz* aufgenickt; sie nennt die durch Roms Übergriffe in die christliche Gewerkschafts-

bewegung geschaffene Lage für die evangelischen Arbeiter »unerträglich« und »unwürdig« und fordert das »protestantische Ehrgefühl« auf gegen die Auslieferung evangelischer Volksgenossen an römische Herrschsucht Verwahrung einzulegen. Dem Verlangen der genannten Korrespondenz, daß die christlichen Gewerkschaften die Eingriffe Roms in ihre Organisation zurückweisen sollen, entgegnet die *Kölnische Volkszeitung*, die Sache sei in erster Linie eine innerkirchliche, katholische Angelegenheit, und die christlichen Gewerkschaften seien nicht befugt sich mit der kirchlichen Autorität in religiös-sittliche Erörterungen einzulassen. Die evangelischen Arbeiter in den christlichen Organisationen sollen also ruhig hinnehmen, was Papst und Bischöfe über die grundsätzliche Haltung und die praktische Tätigkeit der angeblich interkonfessionellen Gewerkschaften zu bestimmen für gut halten. Man darf gespannt sein, ob es bei diesem einen Protest aus dem evangelischen Volksteil bleibt, oder ob das »protestantische Ehrgefühl« sich doch noch etwas allgemeiner und entschiedener äußert.

XX

ADOLF HEPNER · ALKOHOLPROHIBITION UND SOZIALISMUS



U Beginn dieses Jahres veröffentlichte ich hier einen Artikel, in dem ich an der Hand von Belegen und Statistiken die meiner Ansicht nach äußerst ungünstige Wirkung der Prohibition, wie sie in verschiedenen Staaten Nordamerikas eingeführt ist, besprach.¹⁾ Anlaß zu jenen Ausführungen gab mir die im September 1911 vorgenommene Volksabstimmung im Staat Maine, und ich verhehlte nicht, daß mir das Vorgehen europäischer abstinenten Sozialisten, die an die Bevölkerung dieses Staates eine Kundgebung erlassen und zu nachdrücklicher Fortsetzung des Kampfes für den *status quo* aufgefordert hatten, inopportun erschien. Da Professor August Forel, einer der Unterzeichner jener Kundgebung, gegen meine Darstellung hier einen polemischen Artikel erscheinen ließ²⁾, möchte ich ihn nicht ohne Replik lassen.

Da wäre gleich Forels erster Einwand:

»Zu beanstanden hätte ich zunächst, daß Hepner seine Beispiele Zeitungsausschnitten entnimmt, eine, besonders in Amerika, wenig zuverlässige Quelle. Die Richtigstellung der Zahlen und der Tatsachen verdanke ich dem *Schweizerischen Abstinenzsekretariat* (Professor Herod, Lausanne).«

Auf Zeitungsziffern, amerikanische speziell, soll man allerdings nicht schwören. Allein, die von mir wiedergegebenen Berichte beruhen auf offiziellen ortspolizeilichen Statistiken, auf Mitteilungen von Gefängnisdirektoren und auf den Publikationen der Inlandsteuerbehörden. Von allen meinen »Zahlen« und »Tatsachen« widerlegt Forel auch nur eine einzige, und die nur gelegentlich einer Schlußfolgerung bei einer Vergleichsstatistik. In nur einem einzigen Punkt ist also eine Richtigstellung durch Forel erfolgt, die indes der Kraft des in meinem Artikel aufgefahrenen schweren Geschützes keinen Abbruch tut.

Dann bemängelt Forel, daß ich mich »vornehmlich auf die Vorgänge in Bangor« beziehe:

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Die amerikanische Prohibition und die abstinenten Sozialisten* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 1. Band, pag. 37 ff.

²⁾ Siehe Forel *Alkoholprohibition und Sozialismus* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 1. Band pag. 160 ff.

»Nun ist aber gerade Bangor die Stadt, in der das Prohibitions-gesetz offen und mit Wissen und Wollen der Behörden angegriffen und verletzt wurde. Es geht sogar so weit, daß das Einvernehmen zwischen Polizei und Gesetzesumgehern heute kurz *Bangorsystem* genannt wird: ein schlagender Beweis dafür, daß man die Zustände dieser Stadt nicht so verallgemeinern darf.«

Dieser Beschwerde, daß ich oder richtiger die von mir zitierten Berichte der *New Yorker Volkszeitung* vornehmlich Bangor heranziehen, läßt sich nun leicht abhelfen. Das statistische Amt der Vereinigten Staaten hat 1910 eine Statistik der Städte über 30 000 Einwohner erscheinen lassen. Darin ist der Staat Maine nur mit einer einzigen Stadt, mit Portland, vertreten, da alle anderen Orte des Staates weniger als 30 000 Seelen zählen. In diesem Portland nun gab es nach der amtlichen Statistik unter 4459 Verhaftungen 3221 oder 72,2 % wegen Trunkenheit. In meinem Artikel hatte ich diesen Prozentanteil Portlands auf 71,8, den von Bangor auf 85,6, von Biddeford auf 74,2 und von Augusta auf 77,9 angegeben. Da die offizielle Statistik für Portland eine noch höhere Ziffer ergibt als die von mir gebrachte, und da mir die Ähnlichkeit der Zustände von Bangor mit denen im übrigen Maine durch die amtliche statistische Feststellung über die Verhältnisse in Portland ziemlich klar bewiesen erscheint, wenn ich auch leider bei dem Mangel einer Statistik für Städte unter 30 000 Einwohnern meine Zahlen nicht durch offizielle Autorität zu stützen vermag, so darf ich wohl diese Beanstandung Forels als erledigt abtun.

Weiter schreibt Forel:

»Als gänzlich falsch muß ich die Statistiken, die Hepner gibt, bezeichnen. In Wirklichkeit haben die anständigen Behörden seit 4 Jahren energische Anstrengungen gemacht, um die Zahl der geheimen Schankstellen zu reduzieren. Daß dies auch erreicht wurde, weiß man, weil die Zentralregierung selbst den geheimen Schankstellen in den Prohibitionsstaaten die Patente erteilt, kraft deren jenen von ihrer Seite aus Straffreiheit zugesichert, und es ihnen überlassen wird sich mit den Behörden ihres Staates auseinanderzusetzen. So gab es zum Beispiel im Prohibitionsstaat Kansas auf je 10 000 Einwohner in den Jahren 1907 20, 1909 15 und 1910 5 auf diese Weise von der Zentralregierung bewilligte Patente, die indes nicht nur für geheime Schankstellen sondern auch für Drogerieen und Apotheken, denen der Verkauf alkoholischer Getränke [für medizinische Zwecke] gestattet ist, ausgestellt waren.«

Was Forel hier *Zusicherung von Straffreiheit* nennt, ist geeignet den Leser irre zu führen. Ich möchte daher manches Unverständliche vorerst erklären: Die Generalregierung war bisher in Friedenszeiten auf Einnahmen aus den Zöllen und einigen indirekten Inlandsteuern angewiesen, bei letzteren hauptsächlich auf Tabak und Spirituosen. Zur bessern Kontrolle der mit namhafter Abgabe belegten Fabrikation haben auch die Kleinhändler dieser Branchen eine geringe Gebühr für ihre Verkaufslizenz an die Generalregierung zu zahlen. Die Rechte der Generalregierung können durch die Einzelstaaten niemals beschränkt werden, und so erteilt sie nach wie vor auch Applikanten aus Prohibitionsbezirken die Spirituosenlizenz, ohne zu fragen, ob der Gesuchsteller sie zu medizinischen oder anderen Zwecken benutzen will. Das hat Forel unrichtig dargestellt. Die Generalregierung bewilligt mit ihrer Bundeslizenz dem Applikanten nicht das Recht ein den Ausschank verbietendes Staatsgesetz zu übertreten sondern nur die Freiheit innerhalb der vom Einzelstaat gesetzten Grenzen Spirituosen zu verwenden. Den Behörden des Prohibitionsstaats ist es überlassen zu ermitteln, was der Lizenzinhaber mit seinem Erlaubnisschein beginnt; denn das Schankverbot ist als ein Teil der Polizei- und Sittengesetzgebung ein konstitutionelles Recht des Bundesstaats.

Eine durchaus unrichtige Vorstellung bekundet Forel von der durch steigende

Wachsamkeit der Lokalbehörden erfolgten Verminderung der Bundeslizenzen in Prohibitionsgebieten. Wenn es auch wahr sein mag, daß in Kansas die Bundeslizenzen auf 25 % herabgegangen sind, so beweist das immer noch nichts, da es gleichgültig ist, ob 4 Apotheker je 100 Schnäpse als *Medizin* verkaufen, oder ob nur einer die Bundeslizenz hat und 400 Schnäpse absetzt. Der Rückgang der Bundeslizenzen in den Prohibitionsdistrikten erklärt sich meines Wissens durch Betriebseinstellung der polizeilich leichter verfolgbareren Bier schänken und des Flaschenbierverkaufs, während Schnaps nicht nur aus der Apotheke bezogen sondern auch in verschiedener Weise eingeschmuggelt werden kann, was bei dem an bestimmte Temperatur gebundenen Bier und bei dem Volumen seiner Fässer seine großen Schwierigkeiten hat, ja schier unmöglich gemacht wird. In seiner ganzen Polemik übersieht Forel das Hauptargument meines Artikels, daß durch die leichtere Verfolgbarkeit des Biervertriebs das heimliche Schnaps geschäft in die Höhe geht. Daher haben, wie ich seit Jahr und Tag in der amerikanischen Presse gelesen, Schnapsbrenner, die großen Absatz nach Maine haben, die Prohibitionsbewegung unterstützt, weil bei Aufhebung des Ausschankverbots und legitimer Etablierung von Bierschänken der Schnaps genuß abnehmen würde. Der Schnaps flüchtet sich nicht nur, wie in meinem Artikel schon gesagt ist, in Zuckerwaren sondern weit mehr noch in sogenannte *Patentmedizinen*, in deren Form er auch den Bewohnern der Prohibitionsgebiete am leichtesten zugänglich wird. Es steht notorisch fest, daß viele Patentmedizinen, selbst wenn sie unter harmlosen Namen wie *Kubanischer Ingwer* (zumal Ginger Ale ein beliebtes alkoholfreies Getränk ist), *Influenzaspezificum* oder *Harter Hustenzucker* in den Handel kommen, nichts anderes als Liköre sind. *Peruna* enthält 28 % Alkohol, *Paines Celery Compound* 21 %. Durch Denunziation seitens der Konkurrenz beim Inlandsteuercommissär wurden die Fabrikanten der vorgenannten 5 Patentmedizinen zur Zahlung der Spirituosensteuer herangezogen.

Durch keinen Beweis erhärtet Forel, daß meine Statistiken »als gänzlich falsch« zu bezeichnen seien. Dennoch sagt er unmittelbar nach dem obigen Zitat:

»Ganz hinfällig ist in meinen Augen die Verhaftungsstatistik, die Hepner bringt. Da der Begriff *Trunkenbold* in Amerika von einem Staat zum andern wechselt, ist es tatsächlich unmöglich derartige statistische Vergleiche anzustellen. In einem Brief an das *Schweizerische Abstinenzsekretariat* hat auch das bundesstatistische Amt der Vereinigten Staaten gegen derartige Vergleiche Protest erhoben. Es hat dabei hinzugefügt, daß man eben im allgemeinen in den Prohibitionsstaaten bei Verhaftungen wegen Trunkenheit mit größerer Strenge verfährt. Nach einer offiziellen Gefängnisstatistik gab es im Jahr 1904 auf je 1 Million Einwohner in den gesamten Vereinigten Staaten 1006, in den nordatlantischen Staaten einschließlich Maines 1216, im Staat New York 1267, im Staat Maine 700 Gefangene. Somit steht Maine unbedingt recht günstig.«

Halten wir daran fest, daß in Amerika, wie wohl auch in Europa, die Praxis der Verhaftung wegen Trunkenheit von Ort zu Ort verschieden ist, so daß eine genaue Vergleichsstatistik erst möglich wäre, wenn die kommunalen Polizeibehörden ein einheitliches System für die Eintragung solcher Verhaftungen annehmen würden. Daß unter diesen Umständen die von mir wieder gegebene Parallele zwischen dem Prozentanteil der Verhaftungen wegen Trunkenheit in 4 gleich großen Städten Maines und New Yorks (dort 72 bis 85 %, hier 19 bis 43 %) unsicher wird, gebe ich zu, dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß in den größten Städten Maines drei Viertel aller Verhafteten Betrunkene sind, und daß bei nur ¼ Millionen Einwohnern im Jahr 1909 zirka 500 Gewohnheitssäufer dem Staatsgefängnis überwiesen wurden. Im

übrigen ist es mir unerklärlich, woher Forel seine Statistik über den »recht günstigen« Kriminalstatus Maines genommen hat. Nach einer Publikation des statistischen Amts der Vereinigten Staaten vom Jahr 1907 waren im Jahr 1904 in den gesamten Staaten der Union 148, in den nordatlantischen Staaten 338, im Staat New York 383 und in Maine 254 pro 100 000 der Bevölkerung Strafanstalten überwiesen worden.³⁾ Mit seinen 254 Sträflingen pro 100 000 Einwohner steht Maine an 39. Stelle unter den 48 Staaten der Union; auch kann man das Verhältnis Maines zur Durchschnittsziffer der Gesamtstaaten nicht als ein günstiges bezeichnen. Aber auch nordatlantischen Staaten und speziell New York gegenüber bleibt das Verhältnis keineswegs günstig, wenn man bedenkt, daß Maine im Gegensatz zu den eben genannten Staaten gleich viel Land- wie Stadtbewohner und fast nur kleine Städte hat. Das macht es erklärlich, daß die Kriminalziffern jener Staaten die von Maine erheblich übersteigen, denn das komplizierte Netz der sozialen, industriellen und kommerziellen Vielfältigkeiten in den Großstädten gibt eher zu Verfehlungen Anlaß oder Gelegenheit, die sich auf dem Lande oder in der Kleinstadt doch nur wenig finden. Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß Maine unter seiner Bevölkerung nur etwa 2 % Neger hat, während in Staaten mit starker Negerbevölkerung unmäßig hohe Kriminalziffern schon durch diesen Umstand erklärt werden; die Schwarzen liefern auch den höchsten Prozentsatz der wegen Trunkenheit Verhafteten. Für Maine fällt diese Entschuldigung ganz weg: Es ist die Prohibition, mit der Heuchelei in ihrem Gefolge, die dort so ungünstig auf die moralischen Zustände eingewirkt hat.

Da Forel über jenes von ihm erwähnte Schreiben des bundesstatistischen Amts an Professor Hercod ungenau referiert, und dieser, auf Forels und mein Ersuchen, mir freundlichst eine Abschrift überlassen hat, sei mir gestattet es hier wiederzugeben:

»Es gibt keine Statistik, die erweist, daß in Prohibitionsstaaten die Verbrechenproportion die größere ist, oder daß die Kriminalität mit der Schärfe der Spirituosen-gesetzgebung zunimmt. Es ist vielleicht wahr, daß die Gesetze über Verhaftung Trunkener in Staaten mit strenger Spirituosen-gesetzgebung strikter durchgeführt werden als in den Staaten mit weniger strengen Spirituosen-gesetzen, und daß daher in ersteren weniger Trunkene der Verhaftung entgehen. Dieses [das Zensus-]Bureau veröffentlicht alle 2 Jahre soziale Statistiken über die größeren Städte der Vereinigten Staaten. Darin wird für jede dieser Städte die Zahl der Verhaftungen und die Ursache der Verhaftungen angegeben. Nun haben manchmal Leute, um die Vor- oder Nachteile der Prohibition zu zeigen, eine Stadt im Prohibitionsgebiet heraus-gegriffen und ihre zur Einwohnerzahl proportionell berechnete Verhaftungsziffer mit der geringern einer Stadt außerhalb des Prohibitionsgebietes verglichen; oder das Gegenteil geschah: man verglich die geringere Verhaftungsproportionsziffer einer Prohibitionsstadt mit der größeren einer nassen Stadt. Ich lege zu Ihrer Information die gedruckte Kopie eines Briefes bei, den das Zensusbureau an eine Zeitung gerichtet hat, die die Statistik in erstgedachter Richtung mißbraucht hat. Schlüsse über Vor- oder Nachteile der Prohibition würden irreführen, wenn sie ganz allein auf den Verhaftungsstatistiken in unseren Berichten über die Städte beruhen, da in den verschiedenen Staaten und Territorien die Gesetze von einander abweichen und ebenso die Methoden zur Ausführung der Gesetze, demnach die Verhaftungsursachen verschieden sind.«

Weiter schreibt Forel:

»Richtig ist, daß der Alkoholkonsum in den Vereinigten Staaten, nach einer vorübergehenden Abnahme im Jahr 1908, wieder steigt. Aber Hepner macht nicht darauf aufmerksam, daß auf die Prohibitionsstaaten nur ein ganz kleiner Teil des Alkohol-

³⁾ Siehe die amtliche Denkschrift *Prisoners and Juvenile Delinquents in Institutions* / Washington 1907/, pag. 29.

konsums entfällt. Eine Bundeskommission, die beauftragt war die Höhe der Alkoholsendungen in den Prohibitionsstaaten festzustellen, mußte anerkennen, daß dort dieser Konsum pro Kopf der Bevölkerung nur etwa ein Zwanzigstel von dem in den anderen Staaten beträgt.»

Wenn jener Bericht nichts weiter besagt, ist er wertlos; denn nicht bloß die »Sendungen« von Staat zu Staat (auf deren Untersuchung allein eine Bundeskommission sich zu beschränken hat) müssen wir zur Feststellung des Alkoholismus kennen sondern die heimliche Erzeugung von Alkohol im Prohibitionsstaat selbst. Aber auch die Sendungen kann keine Kommission genau ermitteln, wenn, wie hier naturnotwendig, der Transport in der Hauptsache mit allen Mitteln und Listen des raffiniertesten Schmuggelsystems erfolgen muß.

»Was Hepner ganz vergißt, ist, daß die von ihm erwähnte Abstimmung in Maine vom September 1911 nur infolge der ungeheuren Anstrengungen des Alkoholkapitals zustande kam. Er vergißt, daß dies Kapital in den Vereinigten Staaten eine ganz mächtige Organisation besitzt, die über den politischen Parteien steht, sie korrumpiert, in der Wahlkampagne zur Abschaffung der Prohibition eine verzweifelte Tätigkeit entfaltete, das Geld mit vollen Händen ausstreute, die Stimmen und Zeitungen kaufte usw. Er vergißt, daß dieses gleiche Kapital in Texas bei einem ähnlichen Vorgang die Stimmen der Neger *en gros* kaufte. Hepner muß doch ehrlich gestehen, daß die Alkoholkapitalisten gegen die Prohibition nicht solche Anstrengungen machen würden, wenn die Prohibition den Alkoholkonsum steigerte statt ihn zu vermindern.«

Es berührt etwas komisch, wenn hier die langjährige Antiprohibitionsbewegung von Maine quasi als ein Produkt des Alkoholkapitals hingestellt wird. Gewiß sind die Bierbrauer an der Beseitigung der Prohibition interessiert, nicht aber die Schnapshändler und -fabrikanten, was ich immer wieder betone. Der Weizen dieser Leute blüht unter der Prohibition, was die Zunahme der Trunkenheit in Prohibitionsgebieten beweist. Brauer und Brenner sind also förmliche Antipoden, ihre verschiedenartigen Interessen heben einander auf. Daß es das Alkoholkapital für besonders notwendig erachtet sich für die Antiprohibitionsstimmen der Neger in besondere Unkosten zu stürzen, halte ich für unwahrscheinlich; weiß ich doch, daß man Stimmen vieler Neger für den demokratischen oder republikanischen Wahlkandidaten bloß mit einem Schnaps kaufen kann. Aus einer großen Anzahl von anständigen Organen der öffentlichen Meinung, die über jedem Verdacht stehen vom Alkoholkapital beeinflußt zu sein, kann man in Wahrheit erkennen, daß ein namhafter Teil des Volkes die unglücklichen Resultate des Schankverbots bedauert und es darum beseitigt wissen möchte. Auch die aus dem europäischen Kontinent und aus Irland Zugewanderten und deren Nachkommenschaft brauchen zum Votum oder zur Agitation gegen Prohibition sicherlich nicht erst *gekauft* zu werden. Für die Beseitigung der Prohibition stimmen manche abstinenten Bürger auch aus Rücksicht auf den kommunalen Steuersäckel; denn die meisten prohibitionsfreien Städte besteuern die Schanklizenz mit 500 bis 1000 Dollar jährlich. Andere sind für Aufhebung des Verbots, weil sie mit Recht durch die Prohibition für ihren Ort verminderte Zuwanderung und geringeren Fremdenverkehr befürchten. Es gibt also außer der Einsicht, daß die Prohibition allgemeine Korruption erzeugt und die Schnapsvöllerei begünstigt, noch eine Anzahl von Gründen, die zur Aufhebungsbewegung führten, ohne daß ihre Anhänger vom Alkoholkapital *gekauft* zu werden brauchten.

Nun ein weiterer Einwand Forels:

»Es scheint mir sogar, daß Hepner in seiner Abneigung gegen die Muckerei die Höhe der kapitalistischen Korruption unterschätzt. . . Ist es aber gerecht diese

von der Herrschaft des Geldes herrührende Korruption der Prohibition in die Schuhe zu schieben? Nicht die Prohibition ist an der Heuchelei, an der Übertretung der Gesetze und an der Korruption schuld, sondern umgekehrt das Korruptionssystem, die Käuflichkeit, die Mißachtung der Gesetze und die schändliche Gewinnsucht des Alkoholkapitals vereiteln zu einem großen Teil den Erfolg der Prohibition.«

Der Prohibitionismus geht von der Voraussetzung aus, daß jeder Alkoholgenuß verboten werden müsse, weil ein Teil der Menschheit bisher dem Alkoholismus verfallen ist, und weil auch geringere Alkoholmengen in vielen Fällen sehr schädlich seien. Wenn durch die Abstinenzpropaganda wirklich eine alkoholfeindliche Generation heranwächst, wird niemand ihr unfreiwillige Fortsetzung der alten Trinksitte zumuten. Prohibition bedeutet aber zwangsweises, plötzliches Aufgeben einer liebgewordenen Gewohnheit in einem Alter, in dem der Mensch nur ungern seine Lebensart ändert. Die amerikanische Prohibition scheitert nicht an den von Forel vermuteten Umständen sondern an ihrem kompromißlosen Hyperradikalismus, der kein Übergangsstadium kennt. Das Verbot wird übertreten, weil es zu harte Zumutungen an die Menschen stellt, die bisher in mäßiger Weise alkoholische Getränke zu sich nahmen: sie übertreten es, auch ohne sonst von politischer oder kapitalistischer Korruption angesteckt zu sein. Wenn sozialistische Abstinenten dem Alkohol als Genußmittel den Garaus bereiten wollen, müssen sie andere Wege gehen als die der amerikanischen Prohibitionisten mit ihrer brutalen Methode gesetzmäßiger Minoritätsunterdrückung durch die Majorität. Zunächst sollten sie sich mit der Munizipalisierung des Getränkeausschanks begnügen; es müßte dabei gleichzeitig das Höchstquantum festgesetzt werden, das einem Individuum gewissen Alters oder dessen Familie verabfolgt werden darf, und die Verabreichung von Spirituosen an Personen unter einem bestimmten Alter müßte mit Strafe belegt werden. Für die Munizipalisierung des Getränkeausschanks versuchte ich bereits vor 20 Jahren in der amerikanischen Partei Propaganda zu machen. Im Herbst 1892 veröffentlichte ich (in dem von mir redigierten *Saint Louis Tageblatt*) *Grundzüge zu einem strategischen Plan für die Sozialisten in Amerika*, in denen ich auch ein lokales Programm entwickelte und in einem der Punkte die Übernahme des Getränkeausschanks als Monopol seitens der Stadt forderte. Bei Munizipalisierung, das heißt Monopolisierung des Ausschanks durch die Kommune, ist natürlich auf die Unterscheidung von leichten und schweren Spirituosen genau zu achten, der Konsum von letzteren tunlichst zu beschränken. Damit wäre dem schlimmsten Übel vorgebeugt, ein rationeller Übergang zur Abstinenz ermöglicht, ohne dem größten Teil der erwachsenen männlichen Bevölkerung das Leben durch Verbot eines ihr zum Bedürfnis gewordenen Genußmittels und durch Störung ihrer bisherigen Geselligkeitsart zu verbittern, ohne unzählige Menschen zur Gesetzesverletzung und Heuchelei und aller damit zusammenhängenden Korruption zu verleiten. An den Alten ist nicht viel zu reformieren: Wer erziehen will, muß sich mit der Jugend befassen. Wächst in einer der nächsten Generationen eine Jugend heran, der nicht nur aller Alkohol systematisch ferngehalten bleibt sondern auch die Überzeugung von den Vorzügen der Abstinenz eingepflanzt ist, dann löst sich das Problem ohne jede Schwierigkeit, ohne die Wirren der amerikanischen Prohibition.

Forels Auslegung, ich schriebe, »daß besonders die *Klubs* das Gesetz durch Privatverkauf in ihren Lokalen umgehen«, beruht auf einem Mißverständnis. Ich sprach nur von *Klubs* an den Orten, wo keine Prohibition existiert, zur

Umgehung des Sonntagsgesetzes, das den Ausschank am *Tag des Herrn* verbietet. Forel fährt dann fort:

»Die Abstinenten haben schon längst erkannt, daß Wandel in der ganzen Sache geschaffen werden müsse, daß das Gemeindebestimmungsrecht viel besser zum Ziel führt als die Staatsprohibition, und daß die Staaten das Recht zum Verbot des Imports haben müßten.«

Forel ist in diesem Fall irriger Ansicht. Die Staaten haben dies Recht, und ihre Prohibitionsvorschriften drücken das auch deutlich aus. Allein, wie ich schon sagte, es läßt sich nur gegen Bier, nicht aber gegen Schnaps erfolgreich durchführen. Und da die Prohibitionsstaaten den Transitverkehr von Spirituosen nicht verbieten dürfen, weil er der Jurisdiktion des Bundeskongresses untersteht, so läßt sich der Schnapsschmuggel sehr leicht bewerkstelligen, wenn ein Prohibitionsstaat nicht völlig von anderen derartigen Staaten eingeschlossen ist. Das nämliche gilt natürlich von den Einzelgemeinden und Counties, die mittels Mehrheitsbeschlusses der Einwohnerschaft den Ausschank untersagen. Es gibt in ganz Amerika kaum einen Prohibitionsort, an dem man nicht bei einem Hotelier oder dessen Portier einen Schluck im geheimen bekommen kann, falls der Apotheker dem Fremden mißtraut und ihn für einen Spitzel hält. Gerade das von Forel belobte Gemeindebestimmungssystem (*Local Option*) ist das allerunglücklichste, weil es in kleinen Orten die Bewohner auf einander hetzt, ein scheußliches Denunziationswesen fördert, den Frieden aus der Gemeinde scheucht. Für Sozialisten sollte ein für allemal die Regel gelten, daß ein undurchführbares Gesetz, wie das seit 60 Jahren bestehende Mainer Schankverbot, beseitigt, eventuell durch eine vernünftigere Vorschrift ersetzt werden muß.

Auch folgender Einwand Forels verdient eine Entgegnung:

»Hepner hat unrecht, wenn er die Begriffe *Prohibition* und *Muckerei* derart zusammenwirft; das läuft, ohne seinen Willen, darauf hinaus, daß man die Begriffe *Freidenkertum* und *Sozialismus* mit den Interessen des Alkoholkapitals in Zusammenhang bringt. Das wünscht doch Hepner sicherlich nicht, aber das ist eine Folge seiner Ausführungen. Statt die europäische Abstinenzbewegung als Gegensatz zur amerikanischen hinzustellen, sollte er jene Begriffe auseinanderhalten, dann käme er zu einem total andern Schluß.«

Die amerikanischen Verhältnisse sind eben von den hiesigen so grundverschieden, daß man vieles, was sich in den Vereinigten Staaten vollzieht oder ereignet, hier nicht richtig beurteilen kann, wenn man nicht entweder längere Zeit dort gelebt oder mindestens von hier aus durch systematisches Studium der amerikanischen Presse aller Richtungen in das dortige Leben genügende Einsicht gewonnen hat. Kirchlichkeit ist in Amerika Modesache, und die Prohibition dort ist ein Kirchenanhängsel: von diesen Erklärungen in meinem Artikel kann ich nichts zurücknehmen. Selbstverständlich gibt es auch sehr viele, bei denen Kirchlichkeit und Prohibition reine, unantastbare Gewissenssache ist, wie ich das bei Horace Greeley zum Beispiel ausdrücklich hervorzuheben habe. Die Begriffe *amerikanische Prohibition* und *Muckerei* auseinanderzuhalten, wie Forel es wünscht, ist nach Lage der Dinge rein unmöglich, daher war es unerläßlich den Gegensatz zwischen der amerikanischen und europäischen Abstinenzbewegung hervorzuheben. Forels Besorgnis, daß meine Behandlung des Themas (in der ich mich übrigens von keinem der mir bekannten nichtabstinenten amerikanischen Sozialisten unterscheide) Freidenker und Sozialisten der Gefahr aussetzt mit dem Alkoholkapital zusammengeworfen zu werden, erscheint mir belanglos. Im übrigen stehe ich nicht an zu erklären, daß es mir als eine politisch-ökonomische Fahrlässigkeit erschiene,

HANS BETHGE · ÜBER RODIN DEN ZEICHNER



WENN man von Paris nach Versailles hinausfährt, sieht man bei Meudon oben auf einer vorspringenden Höhe die weithinragende Sandsteinfront eines kleinen Schlosses winken. Dort oben wohnt Rodin. Er wohnt nicht in dem Schloß, nein, dieses Gebäude ist gar nicht bewohnbar, es ist nur eine Fassade, es ist der Teil eines alten, schönen Schlosses, das früher in Issy stand und das Rodin abbrechen und auf seinem Gartengrundstück neu errichten ließ. Er plant dieses schöne Haus noch einmal völlig auf- und auszubauen, aber vorläufig kann er nicht darin wohnen; denn der Wind streicht über die Grundmauern hin: Er wohnt vielmehr in einem einfachen, roten Landhaus, in der *Villa des Brillants*, die er hier an diesem, die üppige Gegend wundervoll beherrschenden, vorgeschobenen Punkt vorfand und erwarb, und die architektonisch sicherlich nicht nach seinem Sinn ist. Der Blick von hier oben ist weit und außerordentlich. Man sieht in die anmutige *Vallée des fleurs* hinab, man blickt über die grünbewaldeten, ruhig hingedehten Hügel des Seinetals, das blitzende Band des Flusses taucht auf, man sieht, wie es sich unter der alten, massiven Steinbrücke von Sèvres hinzieht, über die Rodin oftmals hingeschritten ist, als er in jungen Jahren in der Porzellanmanufaktur eine Zeit der Lehre durchzumachen hatte. Drüben steht der tafelförmige Mont Valérien, die höchste Erhebung in der Umgegend von Paris. Und weiter rechts, in einen feinen, silbernen Dunst gehüllt, sieht dann das Auge Paris, überragt von dem Eiffelturm und erfüllt von einem ewig brausenden Leben, von dem man freilich auf dieser stillen Höhe von Meudon nichts spürt, das man aber als etwas Ungeheures, Beglückendes und Zermalmen-des ahnt.

Eine schmale Allee von gekappten Kastanien führt wie eine lange Laube auf Rodins rotes Landhaus zu. Lilafarbene Iris flankieren die Allee, sie blühten gerade, zwei lange Ketten lilafarbener Flammen im Sonnenlicht, als ich durch diese Allee hinschritt, und von den Kastanien grüßten noch die letzten weißen Blüten. In der Nähe der Gartentür stand Rodin, der große, kleine Mann, eine gedrungene Gestalt, das breite und gefurchte Gesicht von einem langen, grauen Bart umflutet. Er nimmt den Zwicker, der ein paar grauen, meist zusammengekniffenen Augen dient, von der breiten Nase und führt den Gast plaudernd durch den Garten in das geräumige *Musée Rodin*, wo viele seiner Skulpturen zu bequemer Betrachtung bei einander sind, und wo an den Wänden in schmalen, weißen Rahmen jene zahlreichen Handzeichnungen lehnen, die das Entzücken der Kenner bilden.

Das *Musée Rodin* ist ein sehr geräumiger, von einem weiten Glasdach überwölbter Atelierbau. Dieser Bau kam mir merkwürdig bekannt vor. Natürlich, in diesem Raum stand ich schon einmal, aber damals war es nicht in diesem blühenden Garten auf der Höhe von Meudon sondern in Paris auf der Place de l'Alma, im Jahr 1900, als die Weltausstellung stattfand. Damals umfaßte er alles Wichtige von Rodins Werk, für die internationalen Besucher in glücklicher Weise zusammengebracht. Rodin möchte sich von dem ihm lieb gewordenen Gebäude nicht mehr trennen, so ließ er es neben seinem Wohnhaus errichten, um es in Zukunft zugleich als Atelier zu benutzen. Aber nur im Winter ist es als Arbeitsstätte verwendbar; im Sommer glüht die Sonne mit solcher Macht durch das immer unbeschattete Glasdach, daß an eine Tätigkeit

in dieser Atmosphäre nicht zu denken ist. Rodin hat verschiedene Ateliers in Paris.

Rodins Skulpturen erheben sich schweigend und doch so heftig überredend in dem weiten Raum: Impressionen, geworden durch einen mächtigen bildnerischen Instinkt, durch eine tiefe künstlerische Einfalt; Skulpturen, die von der Antike nicht die äußere Form, wohl aber das innere Leben und das beseelte rhythmische Spiel ihrer Flächen ererbt haben, beides gebeugt unter die Energie und das leidenschaftliche Empfinden eines modernen Menschen. Hier stehen die großen, noch nicht vollendeten Marksteine Rodinscher Arbeit, die vermutlich niemals ganz vollendet sein werden: die *Pforte der Hölle* und der *Turm der Arbeit*. Hier steht auch der Balzac, der von seinen törichten Bestellern zurückgewiesene, hochmütige Balzac, ein Werk, wie eine von der Natur geformte Wurzel, ein aus tiefer Erregung und aus der konzentrierten Arbeit von Jahren erwachsenes Bildwerk, das alle Qual und alle Verzüekung des Genies zu atmen scheint; ein Rumpf, dunkel rhythmisch wie eine schwere, vorzeitliche Welle, und damit eng verwachsen ein erschreckender Schädel, eine glühende Grimasse, auf der zugleich ein göttliches Ahnen und die Zerrissenheit der Erde geschrieben stehen. Und an den Wänden, ich sagte es schon, lehnen die Handzeichnungen, viele Hunderte, von denen ich hier etwas ausführlicher sprechen möchte, da sie mich innerlich nicht mehr verlassen haben, seitdem ich sie kenne.

Rodins früheste Handzeichnungen sind Notizen in einem Stil, der stark an Michelangelo erinnert. Es sind durchaus die Handzeichnungen eines Bildhauers, nur im Zusammenhang mit ersehnten Skulpturen, als Vorbereitungen zu solchen sind sie zu denken. Später begann dann Rodin Akte zu zeichnen, lediglich um der Blätter selbst willen, die ihm unter der Hand entstanden. Es wurden nicht mehr Studien zu Skulpturen, sondern hingezeichnete Eindrücke, die ein eigenes, selbständiges Leben führten. Zwischen den michelangelesken Studien und den vielfach angetuschten, neueren, blumigen Blättern breitet sich eine lange Zeit der Entwicklung. Rodin hatte die Japaner in sich aufgenommen, und er wußte von ihnen zu lernen, zumal was den Rhythmus des Umrisses und die Abstraktion auf das Wesentliche der Linie anlangt. Aber auch die Motive auf griechischen Vasen hatten es ihm angetan, und er ahnte, daß die primitiv einfältige Art ägyptischer und etruskischer Malereien etwas in sich barg, was seiner Sehnsucht nach einer letzten Vereinfachung der Linien entsprach. Er zeichnete, und immer mehr vereinfachten sich ihm unter seiner, wie von der Natur selbst geleiteten Hand die Bewegungen seiner Figuren zu statuarischen Umrissen, immer mehr kam er dazu uns nicht nur Bewegungen sondern die Essenzen von Bewegungen zu übermitteln.

Was zeichnet Rodin?

Er zeichnet Akte, immer wieder Akte, und fast immer weibliche, einzelne und solche, die sich in einander wühlen, an einander lehnen oder umarmen. Leiber, liebend in einander verkrallt; man meint, so taumeln sie hin durch den Kosmos, mit den kreisenden Sternen um die Wette. Es gibt Akte von ihm, die hingeduckt sind wie Frösche, andere, die hinauflodern wie Flammen, wieder andere, die wie kleine Blumen zu blühen scheinen, manche, in denen man alle Wonnen des Frühlings vermutet, manche, die zittern und manche, die kriechen, ganz von der Schwere der Erde belastet, und manche, die sich strahlend in die

Lüfte zu heben scheinen, als hätten sie Flügel; aber in allen ist der verklärende Rhythmus des Genius, ein rätselhafter Rhythmus, der mit Worten nicht zu umschreiben ist. Es ist der alles beherrschende rhythmische Kontur, der uns hinhimmt. Er wurde immer kostbarer und sicherer, je älter Rodin wurde. Zu einer neuen Schönheit entwickelte er sich auf jenen holden, braunen Blättern, die eine Huldigung an den Tanz des Orients darstellen; auf jenen Blättern, die die Tänzerinnen des Königs von Kambodscha in den heroischen Reizen ihrer östlichen Gebärden zeigen. Diese Tänzerinnen, die Rodin in Paris sah und denen er bei ihrer Abreise bis nach Marseille und auf ihr Schiff folgte, um sie immer wieder zu zeichnen, wurden dem Meister zu einem besonders erregenden Erlebnis. Die geliebte Formenwelt des Orients blühte ihm aus den großen Bewegungen dieser schlanken, mongolischen Mädchen so verlockend entgegen, daß es wie ein Rausch über ihn kam, daß er nicht Ruhe hatte, bis er aus der Welt dieser schönen Gesten heraus die Formensprache seiner Kunst um eine neue Grazie bereichert hatte.

Einfacher und großzügiger waren Rodins Konturen wohl nie als in diesen Tanzzeichnungen. Man sieht die Grazie der gelbhäutigen Kambodschanerinnen auf ganz primitive, ruhige Formen zurückgeführt, die die Formen der Natur mit Bewußtsein übertreiben. Lange, schlanke, eigentümlich geschwungene, tanzende Arme und sehr große, sehr lebhaft tanzende Hände: ja, diese Hände, die sich so seltsam jäh und energisch in den Gelenken aufrichten, müssen eine besonders wichtige Rolle in den östlichen Tänzen spielen. Rodin weiß, daß er die Natur nicht schöner machen kann als sie ist. Er übertreibt daher die Natur, um uns das Charakteristische der Erscheinung sinnfälliger zu machen, aber er bleibt natürlich, indem er übertreibt. Entschleiernde Blicke in die Gefühls- und Formenwelt des Orients tun sich auf. Man spürt den Atem Griechenlands; man spürt ein Wehen aus den etruskischen Gräbern bei Chiusi und Corneto. Die Antike scheint neu zu erstehen, wach geküßt von den verführerischen Lippen des Orients.

So sind die Zeichnungen des Rodin. Sie sind das wunderbare, mystisch verklärte rhythmische Gestammel eines Genius, eines Genius, von dem man fühlt, daß er der gallischen Rasse entsprang. Rodin weiß (und er hat es auch einmal ausgesprochen), daß in jeder natürlichen Bewegung ein latenter Heroismus schlummert. Diesen Heroismus versteht er deutlich zu erwecken und durch die blühenden Konturen seiner Zeichnung unserem Bewußtsein zu übermitteln. In den Zeichnungen Rodins schwingt ein seherisches Wissen um die letzten Dinge. Ja, der Rhythmus des Ewigen schwingt in ihnen; aber zugleich auch die ganze, rauschende, selig-unselige Melodie dieser Welt.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

Italien: Wahlreform — Daß durch auswärtige Konflikte dringende innere Reformen häufig rascher reifen,

weil man zur Anspannung aller Kräfte unbedingt der Anteilnahme und Begeisterung breiterer Bevölkerungsmassen be-

darf: diese Erfahrung wurde schon von Lassalle gern betont, und die preußisch-deutschen Vorgänge nach 1866 und 1870 waren in der Tat der schlagendste Beweis hierfür. Auch in den letzten Monaten wäre die tiefeinschneidende Giolittische Wahlreform kaum so schnell und gründlich erledigt worden, wenn man nicht das Bedürfnis gefühlt hätte den Opfern an

Gut und Blut ein gewisses Gegengewicht in einem erweiterten politischen Mitbestimmungsrecht der bäuerlichen und lohnarbeitenden Massen entgegenzustellen. »Die Kammer«, schreibt man der *Frankfurter Zeitung*, »will möglichst einig, arbeitsam und fortschrittlich sein, um zu zeigen, daß der Krieg die Entwicklung im Innern nicht unterbunden hat, und dann hat sie den Kämpfern, die draußen Gut und Blut für das Vaterland einsetzen, möglichst bald das wichtigste bürgerliche Recht, das Wahlrecht, geben wollen. Es wäre in der Tat ein krasser Widerspruch, wollte man den Bürgern noch ferner die Pflicht auferlegen ihr Leben dem Vaterland zu opfern, während man ihnen die einfachsten Bürgerrechte vorenthielt. Dieser Gegensatz hauptsächlich ist es, der Regierung und Kammer zu rascher und erfolgreicher Arbeit trieb.« Im *Vorwärts* wird diese Entwicklung sogar dahin gekennzeichnet, daß unter den erwähnten Umständen die »Diktatorenfaust« Giolittis ein Volksrecht erzwingen habe, das die Masse selber »bisher noch nicht mit Nachdruck zu fordern wußte«: was bekanntlich 1866 und 1870 gleichermaßen zutraf. Kurz zusammengefaßt sind die wesentlichsten Wahlrechtsfortschritte: Gewährung des Wahlrechts an alle Bürger, die 21 Jahre alt sind, falls sie lesen und schreiben können oder ihrer Militärpflicht genügt haben, während ohne Erfüllung dieser Vorbedingungen das erforderliche Wahlminderalter 30 Jahre beträgt. Die Wahl ist direkt und geheim. Auch die Annahme eines Mandats ist den wirtschaftlich Schwächeren erleichtert; die bisherige Diätenlosigkeit der Abgeordneten hört auf; diese erhalten eine jährliche Vergütung von 6000 Lire, sofern sie nicht als Staatsbeamte das gleiche oder ein höheres Gehalt beziehen. Im ganzen dürfte sich die Wählerzahl von rund 3 Millionen auf nicht weniger als etwa 8 Millionen erhöhen; statt wie bisher 32 % werden in Zukunft gegen 80 % der volljährigen Bürger wahlberechtigt sein. Die kräftelähmenden Jeremiaden unserer politischen Verelendungstheoretiker, nach denen gleichlaufend mit dem Wachstum und der Ausreifung des Proletariats ein großer allgemeiner Entrechtungsprozeß sich vollziehen soll, werden durch diesen gewaltigen Fortschritt abermals wenig bestätigt. Dazu kommt, daß an diesen einen Erfolg notwendigerweise andere grundlegende Reformen sich anschließen müssen. Das italienische Volksschulwesen kann unmöglich bleiben wie bisher, wenn die bürgerlich-liberalen

Klassen und die aufgeklärten Arbeiter die Entfesselung der Analphabeten nicht mit neuen dauernden Siegen des Klerikalismus bezahlen wollen. Der *Feind, den wir am meisten hassen*, hat durch die Giolittische Wahlreform wahrscheinlich einen tödlichen Schlag erhalten, wie er ihn seit langem nirgends davongetragen hat.

×
England: Ein ähnlicher, obwohl weniger ruckweiser Fortschritt bahnt sich in England durch die am 17. Juni zum erstenmal im Unterhaus beratene *Franchise and Registration Bill* an. Die englischen Reformen von 1832, 1867 und 1884-1885 haben zwar die Demokratisierung des Wahlrechts ständig gesteigert. Trotzdem war England auf diesem Gebiet noch immer nicht mit Deutschland oder gar mit der Schweiz zu vergleichen; Besitz- und Steuerbeschränkungen schnürten die Wahlbeteiligung der Massen noch immer wesentlich ein. Keineswegs belanglos ist ferner die Möglichkeit in mehreren Wahlkreisen zu wählen; ein Recht, das naturgemäß hauptsächlich vermögenden Leuten zugute kommt, die in verschiedenen Wahlkreisen Grund und Boden besitzen. Dieses *plural voting* wollte die liberale Regierung bereits 1906 abschaffen; das Oberhaus brachte damals die Vorlage zum Scheitern. Wird jetzt dieses Vorrecht mitbeseitigt, so fallen künftig gegenüber den lohnarbeitenden Massen etwa 525 000 überwiegend konservative Stimmen weniger in die Wagschale. Weiter soll nunmehr, unter Aufhebung der letzten hemmenden Besitz- und Einkommensvorbedingungen, jeder unbescholtene, auf das Armengesetz nicht angewiesene Bürger, nachdem er das 25. Lebensjahr erreicht hat, das aktive und passive Wahlrecht in jenem Wahlkreis erhalten, in dem er während der letzten 6 Monate wohnhaft war. Durch dies alles würden nach dem gegenwärtigen Stand der Bevölkerung zu den knapp 8 Millionen bisher Wahlberechtigten noch 2 bis 2½ Millionen neue Wähler hinzutreten. An die Ungleichheit der letztmals 1885 neuabgegrenzten Wahlkreise wagt sich jedoch der Peasesche Entwurf vorläufig nicht heran, ebenso wenig an die Einführung des Frauenstimmrechts, das wohl in keinem Land so lebhaft von Frauen und Männern gefordert wird wie in England.

×
Frankreich: Dagegen bewegt sich die Wahlreform lange umstrittene, jetzt jedoch unaufhaltsame Wahlreform in Frankreich in durchaus an-

derer Richtung. Sie schafft keine neuen Wähler, wohl aber sucht sie das Parlament und das Parteileben unabhängiger von den Kirchturns- und *Dorfpumpen*-politikern zu machen, indem sie mit den kleinen (Arondissements-) Wahlbezirken durch Listenwahlen für ganze Departements aufräumt. Mit diesem *scrutin de liste*, das früher schon in Frankreich bestand, soll zugleich ein Proportionalwahlverfahren zum Schutz der Departementsminoritäten verbunden werden. Auf je 70 000 Einwohner soll 1 Abgeordneter entfallen.

× **Kurze Chronik** Die belgischen Kammerwahlen am 2. Juni endeten wider Erwarten mit einem unbestrittenen Sieg Broquevilles und der katholischen Partei, deren Mehrheit von 6 auf mindestens 16 Stimmen anwuchs. Ein außerordentlicher sozialistischer Parteitag, Ende Juni in Brüssel, rief vorläufig von dem vielseitig geforderten Generalstreik ab, nahm jedoch nach dem Wiederzusammentritt der Kammern im November die schärfste Massenunterstützung der parlamentarischen Aktion in Aussicht. × Für Österreich-Ungarn ist das neue Wehrgesetz zur Annahme gelangt, das etwa der deutschen Caprivischen Heeresreform von 1893 entspricht. Nur ist die zjährige Dienstzeit noch unbestimmter und eingeschränkter vorgesehen: Kavallerie und reitende Artillerie behalten 3 Jahre Dienstzeit, die Marine (jährlich kommen 6000 Mann zur Marine) 4 Jahre, für die übrigen Truppen gelten »im allgemeinen« 2 Jahre, doch können selbst diejenigen Soldaten, die nicht Unteroffiziere werden, auf ein 3. Jahr zurückbehalten werden. Ähnlich wie unter Caprivi sollen jährlich statt 153 000 Rekruten 215 500 ausgehoben werden. × Vor ihrem letzten Auseinandergehen und angesichts der Neuwahlen bewilligte die russische Duma am 19. Juni mit 228 gegen 71 Stimmen 502 Millionen Rubel für ein umfassendes, auf die Jahre 1912 bis 1917 berechnetes Flottenbauprogramm, neben dem die bisherigen normalen Marineausgaben fortlaufen, so daß die Gesamtausgabe zu Flottenzwecken für 1912 bis 1917 auf 1285 Millionen Rubel angegeben wird.

× **Literatur** In raschem Fortschreiten nähert sich das außerordentlich reichhaltige und gut disponierte *Handbuch der Politik* /Berlin, Rothschild/ seinem Abschluß. Die letzten Lieferungen behandeln besonders

die Wirtschafts- und Sozialpolitik: Wölbung den Tarifvertrag, Stier-Somlo die Sozialversicherung, von Schanz die Arbeitslosenversicherung, Ad. Günther Streik, Aussperrung und Boykott sowie die Organisationen von Arbeitern und Arbeitgebern, Liefmann die Kartelle, Rießer und Breit Banken und Börse, Joh. Fuchs die geschichtlichen Grundlagen der deutschen Wirtschaftspolitik usw. × Ein sehr interessantes Buch der Erinnerungen und Begegnungen veröffentlicht der bekannte Wiener Publizist Siegmund Münz unter dem Titel *Von Bismarck bis Bülow* /Berlin, Stilke/. Rottenburg und Bötticher verdankt Münz viele Mitteilungen, die auf Bismarcks Entlassungsgeschichte, auf das Werden und die Absichten seiner *Sozialreform* manches neue Licht werfen. Die Unterredungen und Plaudereien mit Bülow in Norderney und Venedig lassen viele feine Züge in Bülows Charakter und Geistesleben günstig hervortreten. × Das *Handbuch für Heer und Flotte* /Berlin, Bong/ setzt in seiner 45. bis 47. Lieferung, unter Beigabe eines umfassenden Kartenmaterials, die Geschichte der Kriege von den französischen Revolutionskämpfen und den ersten napoleonischen Waffentaten bis zum chinesisch-japanischen Krieg von 1894-1895 fort. × Der politischen Orientierung, namentlich der jungen Leute vor Eintritt der Wahlmündigkeit, soll ein 385 Seiten starkes Buch *Der deutsche Staatsbürger*, herausgegeben von Arthur Schröter /Leipzig, Poeschel/ dienen, dessen einzelne Abschnitte von Fachleuten, zum Teil verschiedener Richtung, bearbeitet sind. Ein Personen- und Sachregister erleichtert die Benutzung des Werkes, das aber, wie der Herausgeber im Vorwort betont, »nicht in erster Linie ein Nachschlagewerk sein« sondern »gelesen werden« und »anregen« will, und das als ein erster Versuch auf dem neuen Gebiet der staatsbürgerlichen Erziehung anzuerkennen ist. × Auf Grund amtlicher Materialien hat Cl. von Stumpf-Brentano die neueste Reichstagswahlkarte des Deutschen Reichs bearbeitet /Frankfurt, Ravenstein/. Ein klares Kolorit läßt die Parteien erkennen, denen die (zum erstenmal genau gegen einander abgegrenzten) Wahlkreise gehören.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Deutsche Konsumvereinszentrale Dem vom Generalsekretär Heinrich Kaufmann als Beilage zur *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau* gegebenen

Bericht über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahr 1911 sind folgende Einzelheiten zu entnehmen:

Art der Organisation	Jahr	Anzahl	Anzahl der bereichenden Vereine	Anzahl der Mitglieder	Umsatz in Mark	Eigenproduktion in Mark	Reinüberschub in Mark
Konsumvereine	1910	1109	1103	1 171 763	334 287 245	53 716 905	20 209 854 1)
Arbeits- und andere Genossenschaften	1910	114	1134	1 313 432	385 402 112	62 891 990	21 979 675 2)
Großhandels-Gesellschaft	1910	40	38	8 918	8 236 668	8 236 668	254 022
Verlagsanstalt des Zentralverbandes	1911	39	30	10 590	8 780 479	8 780 479	244 868
	1910	1	1	675	88 669 649	2 896 732	1 015 757
	1911	1	1	706	109 005 460	7 556 513	1 108 729
	1910	1	1	4	1 573 140	1 211 610	115 666
	1911	1	1	4	2 217 227	1 755 440	98 024
insgesamt	1910	1151	1143	1 181 360	432 866 402	65 061 921	21 295 299
unter Hinzurechnung des fassen und des Lieferantenerabatts von 28 292 276 Mark	1911	1183	1175	1 334 732	500 011 287	80 090 422	23 430 746
					32 240 524		

Die bedeutendste Gruppe im Zentralverband ist selbstverständlich die der Konsumvereine. Ihr Gesamtumsatz in Höhe von 385 402 112 Mark setzt sich aus einem Umsatz von 355 503 974 Mark im eigenen und 29 898 138 Mark im Lieferantengeschäft zusammen. Zu dem erzielten Reingewinn sind noch die Summen zu rechnen, die den Vereinen von den im Lieferantenverhältnis stehenden Kaufleuten, und die von ihnen selbst aus steuertechnischen Gründen den Mitgliedern als fester Rabatt gewährt werden. Der Reingewinn erhöht sich dann, wie aus der Anmerkung ersichtlich. Eine höchst erfreuliche Steigerung hat die Eigenproduktion erfahren. Sie stieg von

16,5 % des Gesamtumsatzes im eigenen Geschäft im Jahr 1910 auf 17,7 % im Berichtsjahr und betrug pro Mitglied durchschnittlich 47 (46) Mark. Die Zahl der in den Produktivbetrieben beschäftigten Personen war 3176, wozu 15 897 in der Warenverteilung tätige kommen. Der Grundbesitz der Konsumvereine stand mit 65 565 000 Mark gegen 59 029 654 Mark im Vorjahr zu Buch.

Die zweite Gruppe der Arbeits- und anderen Genossenschaften (Druckereien, Bäckereien, Schneidereien, Zuckerwarenfabriken usw.), 8 Konsumentenproduktivgenossenschaften, das heißt Organisationen von Konsumenten zum alleinigen Betrieb eines Produktivunternehmens, darunter 6 Bäckereien und 2 Druckereien, 3 Bau- und Wohnungsgenossenschaften und endlich 7 Vereinshäusern. Diese Genossenschaften beschäftigten zusammen 1187 Personen, darunter 549 Nichtmitglieder. Von dem erzielten Überschub in Höhe von 244 268 Mark wurden 21 858 Mark als Kapitaldividende, 5491 Mark als Rückvergütung an die Bezieher der Waren und 18 927 Mark als Gewinnanteil an die Arbeiter verteilt, 88 866 Mark dem Reservefonds und 33 425 Mark gemeinnützigen Zwecken überwiesen.

Die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine als selbständiges Unternehmen angeschlossene Verlagsanstalt hat im Berichtsjahr ihren Umsatz und ihre Eigenproduktion nicht unwesentlich vergrößert. In der eigenen Druckerei der Anstalt wurden am Jahreschluss die Konsumgenossenschaftliche Rundschau in einer Auflage von 11 000 Exemplaren und das Konsumgenossenschaftliche Volksblatt in einer solchen von 357 000 Exemplaren hergestellt; außerdem erscheinen hier auch die vom Verband herausgegebenen Broschüren und Flugblätter. Die Papierwarenfabrik hat ihren Umsatz von 1,4 auf 1,9 Millionen Mark erhöht; der Prämienumsatz der von der Anstalt betriebenen Versicherungsabteilung für die Konsumvereine erhöhte sich von 171 000 Mark im Vorjahr auf 324 000. Alles in allem gibt der vorliegende Jahresbericht des Zentralverbandes ein glänzendes Zeugnis für die Entwicklung des deutschen Konsumgenossenschaftswesens.

Deutscher Genossenschaftstag 1912

Unsere Genossenschaftstage nähern sich in ihrer äußeren Gestaltung immer mehr den englischen: eine Riesenzahl von

Delegierten, denen eine Reihe sorgfältig vorbereiteter Referate und Vorschläge vorgelegt wird, die dann von dem Kongreß meist einstimmig akzeptiert werden. Der vom 17. bis zum 19. Juni in den Berliner *Concordiafestsälen* abgehaltene 9. ordentliche Genossenschaftstag des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* war von über 1000 Delegierten und einer großen Zahl von Gästen besucht. Daß eine solche Versammlung als Demonstration einen gewaltigen Eindruck macht, ist selbstverständlich. Auf der andern Seite kann freilich von einem wirklich debattierfähigem Körper keine Rede mehr sein: ein Übelstand, der übrigens durch eine vom Kongreß selbst beschlossene Neuorganisation des Verbandes behoben werden soll.

Eröffnet wurde der Kongreß am Abend des 17. Juni durch den 2. Vorsitzenden des *Zentralverbandes* Barth-München, der an Stelle des erkrankten 1. Vorsitzenden Radestock-Dresden die Verhandlungen leitete. Er teilte unter anderm mit, daß von den eingeladenen staatlichen Behörden einige überhaupt nicht geantwortet, die anderen ihr Nichtvertretensein mit Zeitmangel entschuldigt hätten. Nachdem der Vertreter der Berliner Konsumgenossenschaft den Genossenschaftstag herzlich willkommen geheißen hatte, erhielten die auswärtigen Delegierten zu ihren teilweise in fremder Sprache gehaltenen und dann übersetzten Ansprachen das Wort. Es waren diesmal Delegierte aus England, Frankreich, Österreich, der Schweiz, Rußland, Italien, Dänemark, Schweden und Finnland erschienen. Den besondern Beifall des Genossenschaftstags erhielten die Ausführungen des österreichischen Delegierten Dr. Renner. Der namens der deutschen Gewerkschaften sprechende Abgeordnete Bauer betonte in seiner sehr sympathisch aufgenommenen Rede besonders stark die gemeinsamen Ziele und das daraus sich ergebende Zusammenarbeiten der beiden mächtigen Organisationen.

Die eigentlichen Verhandlungen wurden am 18. Juni durch den Bericht des Vorstands eingeleitet, der von Barth-München erstattet wurde. Er enthielt gegenüber dem gedruckten Bericht keine wesentlich neuen Tatsachen. Hierauf sprach der Generalsekretär Heinrich Kaufmann, der ebenfalls auf den schriftlichen Bericht hinwies und dann die wichtigen, den weitem Ausbau der Organisation des Verbandes bezweckenden Vorschläge des Vorstands und Ausschusses eingehend begründete. Es han-

delt sich dabei um folgende Punkte: Die Revisionsverbände sollen durch Anstellung eines zweiten Sekretariatsbeamten erweitert werden, wodurch eine intensivere Ausübung der Revisions-tätigkeit ermöglicht werden wird. Die Verbandsrevisoren sollen eine Körperschaft bilden, die nach Bedarf zusammentritt, um ihre Erfahrungen auszutauschen. Die Deckung der Unkosten soll durch Zuschüsse der Bankabteilung der Groß-einkaufsgesellschaft geschehen. Ferner sollen die Revisionsverbände ihre Verfassung dahin abändern, daß sie zwischen den Vorstand und den Verbandstag eine aufsichtsführende Körperschaft einsetzen, die den Verbandsvorstand und das Sekretariat in ihrer organisatorischen und propagandistischen Tätigkeit nach Möglichkeit zu unterstützen hat. Der bedeutungsvollste Vorschlag betrifft die Einschubung eines Zwischengliedes im Zentralverband zwischen Leitung und Genossenschaftstag, das bei der wachsenden Verhandlungsunfähigkeit dieser riesigen Körperschaft wichtige Fragen vorbereiten und über weniger wichtige selbständig beschließen soll. Dieser Generalrat soll aus den Vorstandsmitgliedern, Aufsichtsratsmitgliedern und Sekretären der Revisionsverbände, den Geschäftsführern und Aufsichtsratsmitgliedern der Groß-einkaufsgesellschaft bestehen. Weiter wird vorgeschlagen, daß der bisherige Ausschuß des *Zentralverbandes* die Funktionen eines Aufsichtsrats übernimmt. Das Sekretariat hört auf ein selbständiges Organ des Verbandes zu sein; die Funktionen des Generalsekretärs gehen auf den Verbandsvorstand über. Dieser Vorstand soll in Zukunft aus 3 hauptberuflich und 4 ehrenamtlich tätigen Personen bestehen, von denen die ersteren die laufenden Geschäfte führen, die letzteren zu wichtigen Beschlußfassungen hinzugezogen werden. Endlich soll noch die juristische Form der Verlagsanstalt geändert werden; aus einer offenen Handelsgesellschaft soll sie in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit einem Stammkapital von 1 bis 2 Millionen Mark übergeführt werden. Der Vorstand des *Zentralverbandes* bildet die Geschäftsführung, der Ausschuß den Aufsichtsrat der Verlagsanstalt. Zuletzt beantragte der Referent noch Vorstand und Ausschuß des *Zentralverbandes* mit der Ausarbeitung der hierdurch nötig werdenden neuen Satzungen des *Zentralverbandes* und des Gesellschaftsvertrages der Verlagsanstalt zu betrauen sowie Ende des Jahres einen außerordentlichen

Genossenschaftstag zur Beschlußfassung über diese Punkte einzuberufen. In der Diskussion wendeten sich einige Redner gegen diese Umwandlung der Verlagsanstalt. Es wurde unter anderm vorgeschlagen die Verlagsanstalt mit der Großeinkaufsgesellschaft zu verschmelzen; auch wurde die Höhe des Gesellschaftskapitals bemängelt und betont, daß die Konsumvereine doch gezwungen seien ihre örtlichen Druckereien zu unterstützen. Bei der Abstimmung zeigte es sich jedoch, daß der Genossenschaftstag fast einstimmig die ihm von der Leitung vorgelegten Anträge billigte.

A. von Elm berichtete sodann über die Errichtung der vorigen Jahr bereits auf dem letzten Genossenschaftstag in Leipzig im Prinzip beschlossenen gewerkschaftlich-genossenschaftlichen *Versicherungsgesellschaft*, die den Namen *Volksfürsorge* tragen wird. Er beleuchtete noch einmal mit einem reichen Zahlenmaterial die Ausbeutung, der das versicherte Publikum durch die großen Versicherungsgesellschaften besonders durch den Verfall der Prämien ausgesetzt ist. Die *Volksfürsorge* ist demgegenüber auf einer Grundlage aufgebaut, die zwar der Form nach eine kapitalistische, die der Aktiengesellschaft ist, die aber dem Wesen nach durchaus demokratisch ist, und bei der den Versicherten kein Pfennig des eingezahlten Kapitals verloren gehen kann. Die Zeichnung des Grundkapitals von 1 Million Mark ist gesichert; die eine Hälfte wird durch die Gewerkschaften, die andere durch die Genossenschaften aufgebracht. Die Vorarbeiten zur Gründung sind abgeschlossen, und der Referent hofft, daß die Wirksamkeit der *Volksfürsorge* am 1. Januar 1913 beginnen wird. Bauer-Berlin wies noch darauf hin, daß im Rheinland die Regierung versucht habe die Krankenkassen gegen die Versicherung mobil zu machen.

Hierauf berichtete noch Schmidchen über das neue Musterstatut für Konsumvereine, das nach kurzer Debatte angenommen wurde.

Der nächste Verhandlungstag brachte zunächst ein Referat Dr. Müllers-Hamburg über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kleinhandels. Der Referent wies auf den Mangel eines brauchbaren wissenschaftlichen Materials über die Lage des Kleinhandels hin, einen Mangel, dem vielleicht durch die in Aussicht stehende Erhebung des *Vereins für Sozialpolitik* über die Preisgestaltung, zum Teil wenigstens, abgeholfen werden

wird. Nachdem er die Notwendigkeit des Bestehens des Handels in einer arbeitsteilig gegliederten, noch nicht genossenschaftlich organisierten Gesellschaft anerkannt hatte, ging er dazu über nachzuweisen, in welchem erheblichem Maß der Handel das ihm zustehende Recht überschritten habe. So hatte sich 1907 gegen 1883 die Zahl der Handelsbetriebe um 76 %, die der darin beschäftigten Personen sogar um 146 % vermehrt, bei einer Bevölkerungsvermehrung von nur 46 %. Heute müssen je 34 Familien ein Lebensmittelgeschäft erhalten. Müller zeigte sodann, wie der Konsumverein in der Lage ist die hierdurch erzeugte wirtschaftliche Schädigung und Ausbeutung der großen Konsumentenmassen zu beseitigen, indem er an Stelle der kapitalistischen Betriebsform die sozialistische setze. Er betonte dann noch, daß neben der Genossenschaftsbewegung andere Organisationen mit anderen Methoden für die Erreichung des gleichen Zieles kämpfen, wodurch sich unsere Siegesgewißheit erhöhe. Wir halten es für notwendig diese Tatsache hier ausdrücklich zu konstatieren, da der *Vorwärts* in einem dem Genossenschaftstag gewidmeten Nachwort, im Widerspruch zu seiner eigenen ganz korrekten Berichterstattung, den Versuch macht den Referenten die Meinung zu unterstellen, daß die Genossenschaftsbewegung »allein« den Kapitalismus besiegen könne. Solche »Illusionäre« gibt es glücklicherweise in der Genossenschaftsbewegung nicht, während allerdings auf der andern Seite die entgegengesetzte Illusion, daß das Kapital allein auf politischem Weg überwunden werden könne, in manchen Parteikreisen noch gar nicht so lange überwunden ist.

Sodann erstattete der Sekretär der *Fortbildungskommission* Rupprecht den Bericht über diese erst seit kurzem bestehende Organisation. Die Kurse haben gut gewirkt; doch hatte es sich gezeigt, daß es wünschenswert wäre sie von 4 auf 8 Wochen zu verlängern. Um das ganze Land zu bearbeiten, wären etwa 17 Kurse notwendig, deren Abhaltung 4 Jahre erfordern dürfte. Von den 8000 bis 11000 Mark betragenden Kosten der bisher abgehaltenen Kurse haben die Schüler die Hälfte getragen. Für die Zukunft wäre eine stärkere Dotierung des Bildungsfonds notwendig. Von der Unterstützungskasse des *Zentralverbandes* teilte Kaufmann mit, daß der Kasse jetzt 208 Vereine mit 5883 Mitgliedern angehören. Die 1000

noch nicht angeschlossenen Vereine sind durchweg solche von geringerem Umfang. Das jetzige Vermögen der Kasse beträgt 2,1 Millionen Mark. Eine Unterstellung der Kasse unter das neue Angestelltengesetz empfiehlt sich aus verschiedenen Gründen nicht; die unter dieses Gesetz fallenden Mitglieder sollen mit halbem Gehalt weiter versichert werden. Über diese und andere Fragen wird die Generalversammlung der Kasse im September in Magdeburg entscheiden.

Rieger-Hamburg erstattete den Bericht des Tarifamts. Er teilte mit, daß das Amt im letzten Jahr für 78 Orte Erhöhungen des Grundlohns vorgenommen hat, zu denen vom 1. Oktober 1913 ab weitere 20 Orte treten. Er begründete sodann einen Antrag des Vorstands und Aufsichtsrats, durch den der Genossenschaftstag sich im Prinzip damit einverstanden erklärt, daß die von den einzelnen Konsumgenossenschaften oder größeren Organisationen mit vorläufig noch nicht dem Tarifamt angeschlossenen Gewerkschaften vereinbarten Tarifverträge der Rechtsprechung des Tarifamts unterstellt werden sollen, unter der Bedingung, daß beide Teile erklären sich den Entscheidungen des Tarifamts zu fügen. Der Antrag wurde angenommen. Zu Mitgliedern des Tarifamts wurden einstimmig Rieger, von Elm, Postelt und Lorenz, zu deren Stellvertretern Berger und Everling, sämtlich in Hamburg, gewählt.

Namens des Ausschusses beantragte von Elm Entlastung des Vorstandes und machte Vorschläge für die Überweisung der von der Großeinkaufsgesellschaft für allgemein genossenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellten 15 000 Mark an die einzelnen Revisionsverbände. Der Genossenschaftstag beschloß dementsprechend. Bei den Wahlen wurden das ausscheidende Vorstandsmitglied Barth-München, sowie die Aufsichtsratsmitglieder von Elm, Staudinger und Pöbbig einstimmig wiedergewählt. Der nächste Genossenschaftstag wird voraussichtlich in Dresden stattfinden.

An Vergnügungen wurde den Delegierten ein schön verlaufenes Fest in der Lichtenberger Zentrale der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, bei der sie Gelegenheit hatten die muster-gültigen Anlagen dieses Vereins zu besichtigen sowie ein Dampferausflug nach dem Müggelsee geboten. Auch der Berliner Genossenschaftstag darf für sich in Anspruch nehmen die Bewegung wieder

um ein gut Teil vorwärts gebracht zu haben.

X **Deutsche Großeinkaufsgesellschaft** Dem Verbandstag folgte am 20. Juni die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft. Der Geschäftsbericht, dessen Zahlen hier bereits wiedergegeben wurden (in diesem Band, pag. 689 ff.), wurde von den beiden Geschäftsführern Scherling und Lorenz erstattet. Er wurde ohne Debatte entgegengenommen und der Geschäftsführung Entlastung erteilt. Ebenso wurde die Jahresrechnung genehmigt. Der Reingewinn von 1 108 779 Mark wurde entsprechend dem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat verteilt. Die Reserven werden dadurch um über 400 000 Mark gestärkt.

Seifert und Lorenz-Hamburg begründeten einen Antrag der Verwaltung der Gesellschaft ihr 10 bis 12 Millionen Mark für die Errichtung neuer und Erweiterung bestehender Produktionsbetriebe und Lager zu bewilligen. Es handelte sich um die Errichtung einer neuen Seifenfabrik in Neuß bei Köln, einer Teigwarenfabrik, eines Neubaus der Zigarrenfabrik in Hamburg, eines neuen Lagers in Breslau und den Ausbau der Zigarrenfabriken in Hockenheim und Frankenberg in Sachsen, des Lagers in Erfurt und der Seifenfabrik in Gröba-Riesa. Die Generalversammlung stimmte ohne Diskussion dem Vorschlag zu, durch den der in ein etwas langsames Tempo gekommene Ausbau der Eigenproduktion der Gesellschaft eine starke Beschleunigung erfahren wird. Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Abmann-Braunschweig, Bästlein-Heinrichs, Braun-Gmünd, Fischer-München, Kaufmann-Hamburg und Klötzel-Nürnberg wurden wieder, Banse-Köln neugewählt.

X **Ausstellung** Zum erstenmal haben die deutschen Konsumgenossenschaften durch eine Ausstellung der Welt gezeigt, was sie praktisch leisten können. Die mit früheren Genossenschaftstagen verbundenen Warenausstellungen waren meist nur von Privatfirmen besichtigt und vertraten deren Interesse, und auch die auf dem vorigen Genossenschaftstag veranstaltete Ausstellung, an der hauptsächlich Genossenschaften beteiligt waren, trug mehr ein internes Gepräge. Diesmal war die Öffentlichkeit geladen, die leider lange nicht in genügendem Maß von dieser Aufforderung Gebrauch machte.

Als Ausstellungsgebäude war die große frühere Markt-, jetzige Konzerthalle *Clou* benutzt worden, die von den Ausstellungsgegenständen der Konsumvereine vollständig gefüllt wurde. Größe, Entwicklung und Leistungsfähigkeit der deutschen Konsumvereine wurden hier lebendig vor Augen geführt, einmal durch graphische Darstellungen sodann durch Photographien und plastische Darstellungen und endlich an der Hand der mannigfaltigen Erzeugnisse der deutschen Genossenschaftsbewegung. Eine ganze Abteilung des Saales gehörte der Großeinkaufsgesellschaft, die neben der imponierenden Fülle ihrer sonstigen Ausstellungsobjekte zugleich eine Darstellung ihrer Seifenfabrikation *in praxi* gab. Sehr schöne Modelle ihrer Betriebe hatten die Berliner, die Hamburger und die Mainzer Konsumgenossenschaft ausgestellt. Aufsehen erregte ein von der letztgenannten Genossenschaft aufgeführter Turm, der die Größe ihrer täglichen Brödenproduktion veranschaulichte. Erzeugnisse der Eigenproduktion hatten außer der Großeinkaufsgesellschaft vor allem eine Anzahl Produktivgenossenschaften der Möbel-, Schneider-, Schuhwaren-, Korbwaren-, Zuckerbäckereibranche und andere ausgestellt. Die einzigen privaten Aussteller waren zwei Firmen für die Herstellung von Backöfen und sonstigen Maschinen zur Brotherbeitung. Man konnte hier den appetitlichen Prozeß verfolgen, durch den heute allgemein in den Konsumvereinen das tägliche Brot erzeugt wird. Als abschreckendes Beispiel war daneben eine alte Berliner Kellerbäckerei aufgeführt, die nur so von echtem Schmutz strotzte.

Die Ausstellung wird sowohl den sie besuchenden Genossenschaftlern reiche Anregungen gegeben haben, wie sie hoffentlich auch dazu beigetragen hat die Öffentlichkeit, insbesondere Behörden und Sozialpolitiker, über die Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung für die Volksgesundheit und Volkswohlfahrt aufzuklären.

X **Kurze Chronik** Am 21. und 22. Mai fand in Baden-Baden der 3. internationale Bundestag der landwirtschaftlichen Genossenschaften statt. Auf der Tagesordnung standen unter anderem das genossenschaftliche Unterrichtswesen, die Bedeutung der Pachtgenossenschaften in der Landwirtschaft, die Versorgung des platten Landes mit Elektrizität unter ge-

nossenschaftlicher Mitwirkung und die Entschuldung des Landbesitzes durch Mithilfe der Genossenschaften. Der deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag wird vom 11. bis zum 13. Juli in Dresden abgehalten werden. X Die englische Großeinkaufsgesellschaft hatte im letzten Jahr einen Warenverkehr mit anderen Ländern in Gesamthöhe von 340 000 Mark. Davon entfielen auf Belgien 60 000 Mark, auf Kanada 54 600, auf Italien 48 440, auf die Schweiz 48 240, auf Frankreich 34 020, auf Südafrika 22 800, auf Deutschland 17 560 Mark. X Präsident Taft hatte vor einiger Zeit alle Konsulate der Vereinigten Staaten beauftragt über das Genossenschaftswesen und die Unterhaltungskosten in den verschiedenen europäischen Ländern Erhebungen anzustellen. Die Berichte, die sich im allgemeinen sehr günstig über das Genossenschaftswesen aussprechen, wurden von Taft dem Kongreß vorgelegt.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Teleologische Betrachtungsweise Der Zweck in der Volkswirtschaft benennt sich ein stärker, in der national-ökonomischen Fachpresse vielfach besprochener Band von Rudolf Stolzmann /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/, der, wie es im Nebentitel heißt, den Versuch einer sozialorganischen Begründung der Volkswirtschaftslehre darstellen soll. Nach dem Titel müßte man eine Untersuchung über die leitenden Gesichtspunkte und Methoden der ökonomischen Theorie erwarten, die auch nach Stolzmann ihren eigentlichen Gegenstand in dem modernen volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß hat, und eine Untersuchung über die Bedeutung, die einer teleologisch-organischen Betrachtungsweise, die auf den Zusammenhang der funktionell notwendigen Bestimmungen dieses Prozesses gerichtet ist, für die Aufgaben einer solchen Theorie zukommt. Indessen ist der Ertrag in dieser Hinsicht äußerst mager. Statt eines methodisch systematischen Eindringens in den Kern der Sache, statt eines Nachweises, wie eine derartige Betrachtungsweise die Unzulänglichkeiten und Widersprüche, in denen sich die Theorie bisher verstrickt hatte, etwa überwinden könne, erhält man eine sich nach allen möglichen Richtungen zersplitternde, durch endlose Wiederholungen ermüdende Polemik, die sich,

wie die Polemik gegen Marx, vielfach in monstrose Mißdeutungen verläuft und, wo sie recht behält, über Selbstverständlichkeiten kaum hinauskommt. Die Unfruchtbarkeit und Verwirrung wird noch dadurch gesteigert, daß Stolzmann die organisch-teleologische Betrachtung, die den Prozeß im Hinblick auf die in ihm grundlegend charakterisierenden Zweckbeziehungen untersucht, mit der Hervorkehrung allerhand *ethischer* Erklärungsgründe kritiklos konfundiert. Daß in das wirtschaftliche Handeln der Agenten dieses Prozesses mancherlei Rücksichten auf eingebürgerte Sitte und Sittlichkeit mit hineinspielen, wird sich schwerlich bestreiten lassen. Es mag auch Fälle geben, wo diese Einwirkungen sich derart summieren, daß dadurch gewisse Tendenzen des Marktverkehrs, die theoretisch aus dem Wesen der modernen Volkswirtschaft bei Unterstellung eines rein vom Eigennutz geleiteten Verhaltens der Agenten folgen, irgend welchen Modifikationen unterliegen. Aber was hat das mit der Methodenfrage der ökonomischen Theorie, was mit »sozialorganischer Betrachtung«, sofern man wie Herr Stolzmann für diese im Prinzip ein deduktiv-systematisches Vorgehen verlangt, zu tun? Um überhaupt zu kontrollieren, ob und inwieweit in diesem wirklichen Prozeß Modifikationen solcher Art eine Rolle spielen, muß selbstverständlich doch zuerst das Grundschema, das dadurch etwa modifiziert wird: die unabhängig von allen *ethischen* Momenten verständliche Struktur und Selbsterhaltungsweise des Prozesses bei Unterstellung freier Konkurrenz, entwickelt und begriffen sein. Hierzu, um diese Einsicht zu erlangen, bedarf es einer Theorie. Erst wenn man durch sie, durch ihr abstrahierendes, isolierendes und deduktives Verfahren einen vereinfachenden Grundriß des allgemeinsten Gesamtzusammenhangs jenes modernen Wirtschaftsprozesses gewonnen hat, kann man die Einwirkung modifizierender Umstände, zum Beispiel die Einwirkung einer partiellen Ausschaltung der freien Konkurrenz durch die Kartelle oder unter anderm auch die Einwirkung von sogenannten *ethischen Momenten* im Rahmen dieses so gewonnenen Grundrisses mit in Rechnung stellen. Wird das übersehen, macht man den Klassikern der bürgerlichen Ökonomie und Marx den Vorwurf, daß sie die Aktion der wirtschaftlichen Funktionäre in der kapitalistischen Volkswirtschaft, einheitlich aus dem wirtschaftlichen Eigeninteresse ohne abschweifende

psychologische Betrachtung zu verstehen suchen, so zeigt sich darin nur das Fehlen eines deutlichen Begriffs von dem, was ökonomische Theorie, der Natur der Sache nach, für unser Begreifenwollen der ökonomischen Zusammenhänge leisten soll und kann.

Wenn aber Stolzmann mit seiner ewig wiederkehrenden Betonung des *Ethischen* vielleicht nur sagen wollte, daß jenes wirtschaftliche Eigeninteresse, mit dem die Theorie moderner Volkswirtschaft als ausschlaggebendem psychologischen Agens operiert, kein unabänderlich naturgegebener Trieb sondern eine in der wissenschaftlichen Entwicklung erst allmählich herausgebildete Geistes- und Willensdisposition und in diesem Sinn ein die gegebene Durchschnittsmoral dieser Wirtschaft historisch charakterisierendes Moment sei, so würde er in zweideutig schillernden Worten ja nur die Auffassung, die Marx in seinen Bemerkungen über Genesis und Wesen kapitalistischen Geistes so klar und treffend ausgeführt hat, umschreiben. Es wäre dann erst recht nicht abzusehen, was er gegen eine Theorie, die die Tendenzen jenes spezifisch ausgeprägten Erwerbstriebes unter dem Titel *Eigeninteresse* zusammenfaßt und als Prinzip für die Erklärung nutzt, einzuwenden hat.

Stolzmann erklärt programmatisch: »Die Wirtschaftstheorie behandelt den selben Stoff, den die Wirtschaftsgeschichte in seiner genetischen Entstehung betrachtet, systematisch. . . . Die logische Erklärung fällt mit der genetischen nicht zusammen. . . . Hat die historische Methode die Volkswirtschaft in ihrer genetischen Entwicklung vorzuführen, so hat unsere Methode das heutige Wirtschaftssystem der Kulturvölker in ihrer typisch systematischen Zuständigkeit als fertig gegebenes organisches Gebilde in seiner eigenartigen funktionellen Gliederung zum Verständnis zu bringen.« Auch erkennt er mitten unter allerhand Entgleisungen seiner Marxkritik an, daß gerade Marx in seiner überall den spezifisch historischen Charakter der modernen Volkswirtschaft hervorkehrenden Untersuchung sich dieser Art wissenschaftlichen Verfahrens am meisten nähert. Nur habe er dabei die fundamentale Inkonsequenz begangen, daß er zur Basis seiner theoretischen Erklärung eine unbewiesene und unbeweisbare, dem historisch-relativistischen Charakter seiner sonstigen Denkart im Grund zuwiderlaufende These angenommen habe: die These, daß in einer Gesellschaft von entwickelter Warenproduktion, welche

Züge sie im übrigen trage, das Austauschverhältnis der Waren durch ihren Arbeitswert, das Quantum der zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bestimmt sein müsse. Angenommen auch, es ließen sich wirtschaftliche Verhältnisse konstruieren, unter denen das interessierte Verhalten der für den Austausch Produzierenden bei freier Konkurrenz der Tendenz nach zu einer solchen Regelung der Austauschverhältnisse führt, so sei damit natürlich keineswegs erwiesen, daß unter den besonderen Produktions- und sonstigen Verhältnissen, die den modernen wirtschaftlichen Prozeß spezifisch charakterisieren, die gleiche Regulierungsweise der Austauschverhältnisse oder Preise notwendig sei. Eine sozialorganische Betrachtung, die aus dem Einblick in die spezifische Struktur und die damit gegebenen funktionell notwendigen Bestimmungen der modernen Prozesse den ganzen Modus seines Geregeltseins (also auch das Geregeltsein der Warenpreise in ihm) begreifen will, schließt vielmehr (darin ist Stolzmann beizupflichten) die aprioristische Hypostasierung eines solchen Arbeitswertgesetzes im Prinzip aus. Es geht nicht an bei der Nachforschung nach den funktionell notwendigen Bestimmungen dieses Prozesses ein Gesetz, von dem man im voraus unmöglich wissen kann, ob es in diesem Prozeß ein wirkliches Gesetz, eine wirklich funktionell notwendige Bestimmung ist, zum Leitfaden der Deduktion zu machen. Und dieser Einwand wird dadurch bestätigt, daß Marx im Fortgang seiner auf jenes Wertgesetz fundierten theoretischen Entwicklung schließlich auf einen Punkt stößt, an dem sich die Unvereinbarkeit jenes angeblichen Gesetzes mit einer schlechthin evidenten funktionell notwendigen Bestimmung des Prozesses: nämlich mit der Tendenz zur Ausgleichung der Profitraten bei freier kapitalistischer Konkurrenz, unwiderlegbar herausstellt.

Die Marxkritik, zum Beispiel die Böhm-Bawerks, hat ja diese Diskrepanz zwischen dem Wertgesetz (dem Obersatz, den Marx in seiner Analyse als letztes, in sich gewisses Deduktionsprinzip benutzt) und den Resultaten, zu denen er am Ende seiner Analyse gelangt, schon lange dargelegt. Indessen kommt auch Stolzmann über das Negative einer solchen Kritik nicht hinaus. Auf die Frage, welcher Art von Analyse und Deduktion sich die von ihm verlangte »sozialorganische Betrachtung des Prozesses« als

eines in sich zusammenhängenden »Zweckgebildes« denn zu bedienen habe, wenn auf die Stütze des Arbeitsgesetzes verzichtet werden muß, bleibt er jedwede Antwort schuldig. Denn daß, wie er sagt, »der Wert nicht an dem rein ökonomischen Produktionseffekt eines noch so wichtigen Produktionsfaktors, der Arbeit, in dem Prozeß gemessen werde«, daß er vielmehr das »Richtmaß der Verteilung darstelle«, daß »Arbeitslohn und Kapitalgewinn als sozialnotwendige Abfindungen« aufzufassen seien: solche vagen und schiefen Allgemeinheiten helfen doch keinen Schritt vorwärts, geben nicht die geringste Vorstellung davon, wie die verlangte »sozialorganische Betrachtung« fruchtbar werden und mit ihren Mitteln eine grundlegende, systematisch-einheitlich durchgeführte Begriffsbestimmung des Prozesses liefern soll.

Ein positiver theoretischer Versuch nach dieser Richtung hätte, wie es auch Marx tut, mit der allerallgemeinsten Bestimmung des modernen Wirtschaftsprozesses, daß nämlich in ihm die Produktion durchgängig allgemein als Produktion für den Austausch, als Produktion von Waren betrieben wird, zu beginnen und zunächst zu fragen: welche näheren Bestimmungen des Prozesses ergeben sich aus dieser seiner allerallgemeinsten Bestimmung unter Gesichtspunkten teleologischer Betrachtung als funktionell notwendig? Ein Nachweis, daß das Marxsche Wertgesetz faktisch eine für jede Gesellschaft mit entwickelter Warenproduktion bei Unterstellung freier Konkurrenz funktionell notwendige Bestimmung darstelle, würde den Nachweis voraussetzen, daß das interessierte Verhalten der Warenproduzenten, die ihre für den Austausch produzierten Waren im Austauschverkehr für sich nutzbringend, so nutzbringend wie möglich, veräußern wollen, durch dieses im Wesen des Prozesses unabtrennbar begründete Zweckstreben eine dem Wertgesetz entsprechende Austauschregulierung der Regel und Tendenz nach allgemein notwendig durchsetzt und gelegentliche Abweichungen immer wieder korrigiert. Ein solcher Nachweis des Wertgesetzes als eine im Wesen jedes derartigen Prozesses und dem durch dieses Wesen determinierten Zweckhandelns der Agenten teleologisch begründeten Notwendigkeit ist jedoch *a priori* schlechterdings nicht zu erbringen. Wohl aber läßt sich in stringenter Weise und ohne Hypostasierung jenes Wertgesetzes zeigen, daß ein Prozeß, in dem die Produktion durch-

gänglich oder auch nur in weiterem Umfang als Produktion für den Austausch getrieben wird, notwendigerweise zugleich ein Prozeß sein muß, in dem das gemeinsame Verhalten der Agenten einer der für den Austausch produzierten Güterarten die Rolle einer allgemein im Austauschverkehr als Gegengabe begehrten Güterart, das heißt Geldfunktion, aufträgt und damit der Produktion für den Austausch den Charakter einer Produktion von Waren für den Verkauf, den Waren aber den Charakter im Marktverkehr der Anbietenden und Nachfragenden jeweils preisbestimmter Waren verleiht. Diese Formbestimmtheit des Prozesses ist im Gegensatz zum Wertgesetz eine aus jener allerallgemeinsten Bestimmung des Prozesses wirklich direkt ableitbare Bestimmung, eine teleologische Notwendigkeit. Denn ein Austauschverkehr der für den Austausch Produzierenden und Aneignung des Produzierten nach Bedarfswahl, damit auch der ganze Prozeß selbst, wären ohne solche Formbestimmtheit offenbar unmöglich.

Weiter aber: Auf Grundlage dieser so deduzierten **allgemeinsten** Formbestimmtheit des Prozesses läßt sich dann, gleichfalls völlig unabhängig vom Wertgesetz, seine spezifische Formbestimmtheit fixieren. Man weiß: Er ist Prozeß, in dem die Veranstalter der Arbeitsprozesse, in denen die Produktion der jeweils preisbestimmten Waren sich vollzieht, die zu produzierenden Waren durch im Taglohn von ihnen gemietete kooperierende Arbeitskräfte nach jeweils bestimmten technischen Methoden (für die sie, die Veranstalter, die respektiven Produktionsmittel im Marktverkehr als jeweils preisbestimmte Waren kaufen und nach Verbrauch immer wieder von neuem kaufen müssen) produzieren lassen. Und es ergibt sich, daß ein Prozeß von dieser spezifischen Formbestimmtheit, welches immer die im Marktverkehr jeweils bestimmten Warenpreise, welches der Geldbetrag des durchschnittlichen Tagelohns, die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit und der den Quotienten dieser beiden Größen bildende durchschnittliche Lohnsatz der Arbeit (Stundenlohn) seien, funktionell notwendig zugleich ein Prozeß sein muß, in dem die von den Lohnarbeitern technisch-normal (mit dem durchschnittlichen Arbeitsaufwand) produzierten Waren zu den jeweils im Marktverkehr bestimmten Preisen, der Regel und Tendenz nach, **nutzbringend** (für die den Lohn und die Produktionsmittelpreise zahlenden Veran-

stalter nutzbringend), das heißt mit Geldgewinn, veräußert werden können; daß ferner, welches immer die Warenpreise, Taglohn, tägliche Arbeitszeit und Lohnsatz seien, die Ausübung der Veranstalterfunktion in den verschiedenen Branchen bei freier Konkurrenz, der Regel- und Tendenz nach gleichmäßig **lohnend** sein muß; und daß, welches immer die Warenpreise, Taglohn, tägliche Arbeitszeit und Lohnsatz seien, der durchschnittliche Taglohn, der Regel und Tendenz nach, ausreichen muß, um zu den jeweils im Marktverkehr bestimmten Warenpreisen, die für den Lebensunterhalt und Fortpflanzung der Arbeiter notwendigen Unterhaltsmittel zu kaufen.

Es sind das allesamt nichts anderes als organisch-teleologische, im Wesen eines Prozesses von dieser spezifischen Formbestimmtheit untrennbar begründete Momente, durch deren Aufhebung die Möglichkeit eines Prozesses von jener spezifischen Formbestimmtheit selbst aufgehoben werden würde. Und diese Bestimmungen liefern, wie sich weiter zeigen ließe, dann zugleich auch eine sichere Handhabe, um in systematischem Fortgang den weiteren Komplex notwendiger Bestimmungen, denen der Prozeß in dieser seiner spezifischen Formbestimmtheit unterliegt, ganz ohne Anleihe beim Marx-schen Wertgesetz zu deduzieren. Es ergeben sich dabei Gesetze für das Verhältnis der Warenpreise zum Lohnsatz, nach denen die Waren produzierende Arbeit jeweils im Durchschnitt bezahlt wird, Gesetze, auf deren Grundlage dann zugleich die Frage, ob der Prozeß die Notwendigkeit einer dem Wertgesetz konformen oder einer prinzipiell davon abweichenden Preisregulierung in sich schließt, mit Sicherheit entschieden werden kann. Das Resultat der Untersuchung kann mit der Deduktion dann selbstverständlich auch nicht mehr in Widerspruch geraten, wie das der Marx-schen Analyse passiert, die aus dem Wertgesetz deduziert und schließlich seine Geltung in dem zu untersuchenden Prozeß im Kern negieren muß, so aber dem ganzen Aufbau des Systems nachträglich das Fundament entzieht.

Will die Theorie sich von beweislosen Antizipationen und von Widersprüchen befreien, so kann sie ihre Untersuchung des Wesens der modernen Volkswirtschaft nicht anders als durch systematische Entwicklung der in der spezifischen Formbestimmtheit dieser Volkswirtschaft funktionell notwendig mit erhaltenen Bestimmungen durchführen, in-

dem sie unter teleologischen Gesichtspunkten auf das allgemeine Wesen und den Selbsterhaltungsmodus des Prozesses reflektierend die *Gesetze* des Prozesses als notwendige Momente seiner Selbsterhaltung darlegt, aber die Substituierung eines *Wertgesetzes*, das sich auf diesem Weg nicht beweisen läßt, als Leitfaden der Deduktion von vornherein grundsätzlich ablehnt. Das ist der Weg, auf den Stolzmanns Postulat einer »sozialorganischen« und zugleich systematisch deduktiven Theorie der modernen kapitalistischen Volkswirtschaft, wofür die Forderung mehr als leeres Wortetikett sein soll, der Sache nach, wenn auch vielleicht sehr gegen den Willen des Autors selbst, hinweist.

✕ **Dietzgen** ✕
 In 3 handlichen, hübsch ausgestatteten Bänden hat Eugen Dietzgen die Schriften seines Vaters, auf dessen Bedeutung die Begründer des modernen Sozialismus Marx und Engels so nachdrücklich hingewiesen haben, publiziert: Josef Dietzgens *Sämtliche Schriften* /Wiesbaden, Verlag der Dietzgen'schen Philosophie/. Eine Skizze des Herausgebers entwirft in knappen Zügen ein Bild von dem wechselvollen Lebensgang und dem menschlich sympathischen Charakter des einfachen Gerbersohns, der, unbeirrt durch alle Schicksalsnöte, dem innern Trieb philosophischer Selbstverständigung folgte. Feuerbach und Karl Marx, dessen *Kapital* bald nach dem Erscheinen ein verständnisvoller Aufsatz Dietzgens als bahnbrechende, die Köpfe weit über das Gebiet der bloßen Ökonomie hinaus revolutionisierende Geistestat begrüßte, haben vor allem befruchtend auf sein Denken eingewirkt. »Mich verfolgte«, schreibt er 1880, am Ausgang der vierziger Lebensjahre seinem Sohn, »seit früher Jugend ein logisches Problem: die letzten Fragen alles Wissens. Das sitzt mir wie ein Stein im Kopf . . ., mein Sinnen geht überall dahin den Kopf leer zu halten, damit ich dem Problem nachjagen kann. Seit den letzten Jahren bin ich gar übel daran, es steht mit mir auf und geht mit mir schlafen, und die leiblichen Sorgen gestatten mir doch keine Ruhe, um viel daran zu tun.« Er starb im Frühling 1888 in Chicago und liegt dort auf dem Friedhof neben den von der Chicagoer Klassenjustiz gemordeten Anarchisten, für die er in mutigem Gerechtigkeitsinn trotz aller Gegensätzlichkeit der politischen Überzeugungen eingetreten war. Der 1. Band enthält neben einigen

kleineren Essays Dietzgens relativ bekanntestes, Ende der sechziger Jahre in Rußland geschriebenes Erstlingswerk *Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit*, in dem das Wesentliche seiner Grundanschauungen über den durchgängigen Zusammenhang alles Seienden und die dadurch bedingte Relativität alles menschlichen Erkennens schon klar herausgebildet ist. Der 2. Band bringt die ungemein frischen, anschaulichen *Briefe über Logik*, die *Streifsüge eines Sozialisten in das Gebiet der Erkenntnistheorie* und das *Akquisit der Philosophie*, der 3. eine Nachlese von Briefen und Artikeln. Alles trägt das Gepräge einer ursprünglichen, von einer einheitlichen, selbsterarbeiteten Auffassungsart durchdrungenen Persönlichkeit. Auch wenn man in dem Standpunkt, den Dietzgen vertritt, nicht eine wirkliche Lösung letzter erkenntnistheoretischer Probleme sehen kann und gegen Übertreibungen, wie sie in dem hier früher besprochenen Dietzgenbuch des Amerikaners Untermann mitlaufen, protestieren muß, bleibt die Bekanntschaft mit dem Mann und seiner Denkart ein dauernder Gewinn. Er hat in seiner Art etwas Sokratisches.

✕ **KurzeChronik** ✕
 Der Verlag Werner Klinkhardt in Leipzig hat eine billige Volksausgabe des inhalt- und umfangreichen Buches des verstorbenen Gottlieb Schnapper-Arndt *Sozialstatistik. Vorlesungen über Bevölkerungstheorie, Wirtschafts- und Moralstatistik* veranstaltet. ✕ Der österreichische Professor der Nationalökonomie Friedrich von Kleinwächter publiziert in Ergänzung zu seinem *Lehrbuch der Nationalökonomie ein Lehrbuch der Volkswirtschaftspolitik* /Leipzig, Hirschfeld/, das auf 250 Seiten in übersichtlicher Gruppierung die Hauptfragen der Agrar-, der Gewerbe-, sowie der Handels- und der Verkehrspolitik erörtert (siehe die Rubrik *Landwirtschaft*, in diesem Band, pag. 887-888).

✕ **Literatur** ✕
 In einer, an seine Artikel in der *Dresdener Volkszeitung* sich anschließenden, durchweg lichtvoll prägnanten Broschüre *Die großen Utopisten* /Berlin, Vorwärts/ skizziert Dr. Wilhelm Hausenstein die Leistungen Fouriers, Saint-Simons und Owens. ✕ Von Robert von Pöhlmanns namentlich im 1. Band sehr interessantem Buch *Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in der antiken Welt* /München, Beck/ ist eine

2., vermehrte Auflage erschienen. Fatal berührt dabei das mit der Objektivität historischer Darstellung kraß kontrastierende, neu hinzugefügte Vorwort, das in abstrusen Scharfmacherwendungen vor einer »verwilderten Ochlokratie« warnt, der die moderne Sozialdemokratie wie ihre antiken Vorläufer zustrebe.

Geschichte / Paul Kampfmeyer

Lassalle Ferdinand Lassalle enthält scheinbar in seinem Wesen so viel Gegensätzliches, Widerspruchvolles, daß es leicht fällt ein wahrhaftes Schreckbild von seinem Charakter zu entwerfen. Auch der geistige Aufwand, den die Entdeckung der fremden, nicht auf Lassalles Boden erwachsenen Ideen erfordert, ist wahrhaft nicht groß. Dagegen ist es schwer all das Hohe und minder Hohe in Lassalle zu einer Charaktereinheit zu bringen, die fremden geistigen Momente im Denken des großen Agitators zu einer eigenartigen Welt- und Lebensanschauung zu verschmelzen. Das ist nun dem letzten namhaften Biographen Lassalles, Hermann Oncken, in wahrhaft bewundernswerter Weise gelungen.

Das geistige Wesen Lassalles hat schon der alte Böckh am tiefsten mit dem Wort ergründet: »Lassalle der Denker und Kämpfer.« Alle Wissenschaft in Lassalle ist schaffendes, kämpfendes Wissen. Mit Recht hat Oncken den sozialistischen Agitator als den großen Geistesverwandten Fichtes dargestellt. Er prägt einmal über den Denker Lassalle das geistvolle Wort: »Der eigentliche Wert aller theoretischen Arbeit Lassalles liegt darin . . ., daß sie politisch fortwirkende Tat ist.« Das Werk Hermann Onckens *Lassalle* / Stuttgart, Frommann/ gehört zu den wenigen wissenschaftlichen Werken, die man mehrmals lesen und aus denen man immer wieder neue Anregungen schöpfen kann. Nach der Lektüre des Onckenschen *Lassalle* schätzt man erst das Offene, Aufrichtige, Unverschleierte in seinem Wesen. Man versteht dann erst richtig das hohe Lassallesche Selbstbewußtsein, in dem sich viele objektive Ideen behaupteten und in ihm und mit ihm nach Verkörperung rangen. Selbst das Allzumenschliche in Lassalle tritt uns nun in verklärter Form entgegen. Wir lesen dann mit gespanntem Interesse die *Intimen Briefe Ferdinand Lassalles an Eltern und Schwester*, die Eduard Bernstein im Verlag des *Vorwärts* 1905 herausgegeben hat.

In der Onckenschen Arbeit steht wohl am höchsten die prächtige Würdigung des Lassalleschen *Arbeiterprogramms*; denn Onckens Kritik an den theoretisch politischen Gedanken dieses Programms ist wegen ihrer ruhigen Sachlichkeit tiefüberzeugend. Und dennoch strahlt aus dieser Kritik, die mit dem Sterblichen, Vergänglichen in den Ideen Lassalles abrechnet, doch das wirklich Unvergängliche, Welthistorische des *Arbeiterprogramms* gewaltig heraus. Oncken weist die Unhaltbarkeit der Lassalleschen *Grundlegung* vom historischen, nationalökonomischen und philosophischen Standpunkt aus nach, und »trotzdem«, so betont er, »ist das *Arbeiterprogramm* ein eminent historisches Ereignis, denn nicht in der Einsicht und Theorie, sondern in der Absicht, in der Tat des politischen Kopfes liegt sein Schwergewicht. Eine große und unbestreitbare Tendenz des neueren Geschichtsverlaufs der europäischen Kulturvölker hatte er richtig erkannt: das war die Wahrheit, die hinter seiner schiefen und gewaltigen Ansicht der Geschichte verborgen war. Und daß er diese Erkenntnis der geschichtsphilosophischen und ökonomischen Studien nun der preußischen Arbeiterschaft in schärfster Formulierung zu vermitteln begann, um ihr das Bewußtsein einer sozialen Klasse und einer politischen Macht zu erwecken, darin lag das Ereignis.« Sehr fein versteht Oncken die große ethisch-ideale Seite des Programms, die besonders umwälzend auf die Köpfe der damaligen Generation einwirken mußte. Lothar Bucher hatte einst zu Lassalle im Hinblick auf Mazzinis Schlachtruf *Dio e popolo!* gesagt: »Es fehlt dem *popolo*, der *Dio* und uns das, wofür man mit Ehren untergehen kann.« Diesen *Dio* brachte nun nach Oncken der große Agitator dem *popolo*. Er schreibt von Lassalle: »Klug genug verstand er das agitatorische Ziel zu idealisieren, indem er nicht etwa die massive Begehrlichkeit der Nichtbesitzenden aufstachelte oder das alte Spiel mit republikanischen Veileititäten wieder anhub, sondern auf dem Hintergrund großer geschichtlicher Zusammenhänge die Notwendigkeit der neuen Klasse mit eigenen hohen Idealen und tiefer ethischer Berechtigung, im innerlichsten Zusammenhang mit dem Staat der Zukunft zeigte. Das war der *Dio*, den Bucher von ihm verlangte. . .«

Und das allgemein menschliche, sozial-ethische Ziel der Befreiung aller Arbeitenden, das sich hoch über dem Boden

eines nur proletarischen Programms emporhob und die Sache der Arbeiterklasse zur Sache der ganzen Menschheit machte, mußte der jungen sozialdemokratischen Bewegung einen mächtigen Impuls geben und ihr zahlreiche nicht proletarische Elemente zuführen. Wenn man aus den Schilderungen Vahlteichs das geistige Milieu der deutschen Arbeiterschaft der Lassalleschen Zeit kennen gelernt hat, so versteht man wohl das heiße Bemühen Lassalles möglichst viel geistig hochstehende Elemente, namentlich ideologische, an seine Fahne zu ketten. Das Gefühl, das die Arbeiter noch nicht recht auf eigenen Füßen gehen könnten, war eben damals noch weit verbreitet. Niemals aber ließ sich Lassalle von diesem Gefühl derart in Besitz nehmen, daß er die staatlich autoritären Reformwege eines Rodbertus beschritt. Lassalle glaubte eben, daß die Arbeiter für ihr eigenes Befreiungswerk reif seien. Sein *Arbeiterprogramm* war ja eine politische Mündigkeitserklärung des Proletariats.

Das praktische Programm Lassalles beweist übrigens dessen ganze politisch-agitatorische Genialität. Marx rechnete ihm wohl als Versündigung an, daß er gegen den *Zwerg* Schulze-Delitzsch zu Felde zog und das allgemeine Wahlrecht zu dem Schlachtruf der Arbeiterklasse erhob. Aber der kleine Schulze mit seinen engbrüstigen Selbsthilfegedanken war noch in den sechziger Jahren des verflorenen Jahrhunderts ein *Riese*, ein *König im sozialen Reich*. Gerade Lassalles Eingehen auf den Schulzeschen Genossenschaftsgedanken war ein genialer taktischer Griff. Noch genialer allerdings war die ebenfalls von Marx heftig gescholtene Lassallesche Wahlrechtspropaganda. Sie ist ja noch heute im höchsten Grad aktuell. Von jedem sektenhaften Zug ist die Lassallesche Agitation so lange durchaus frei gewesen als sie der Verfasser des weitsichtigen *Arbeiterprogramms* selbst steuerte. Der Weltwirtschaftler und Weltpolitiker in Marx war der Politik eines Landes zu fern gerückt, das sich erst eine nationale Volkswirtschaft und einen nationalen Staat gründen wollte. Das, was in dem Politiker Lassalle von weltgeschichtlicher Größe war, das offenbart am besten sein *Arbeiterprogramm*.

× Renaissance Eine Programmschrift des aufsteigenden absoluten Fürstenstandes der Renaissance ist Niccolò Machiavellis Buch

Il Principe, die unter dem Titel *Fürstenspiegel* zusammen mit dem *Anfömachia-vell* Friedrichs II. jetzt bei Diedrichs erschienen ist. Machiavelli arbeitet in seinem *Fürstenspiegel* gedanklich mit großer Schärfe das Prinzip der Staatssouveränität heraus. Und im Interesse dieser Souveränität bricht er kühn mit dem ganzen bestehenden Moralsystem. Der Träger der Souveränität, der Fürst, hat das Recht, ja die Pflicht sich zur Aufrechterhaltung seiner staatlichen Herrschaft über alle kirchlich geheiligten und menschlich anerkannten Moralgrundsätze hinwegzusetzen. In Machiavellis Schrift lag ein revolutionärer Einbruch in das bestehende Lehrgebäude der katholischen Kirche vor; und man versteht sehr wohl, daß diese Schrift später auf den Index gesetzt wurde. Wenn auch Machiavelli vor den *geistlichen Herrschaften* einige recht unverbindliche Komplimente macht und so oben hin von den *höheren Ursachen* redet, von denen diese *abhängen* sollen, so behandelt er doch den Papst vor allen als weltlichen Herrscher, und er entwickelt die machtpolitischen Gründe, die das Papsttum emporsteigen ließen. Er gedenkt mit einem gewissen Wohlgefallen Alexanders VI., der »besser als seine Vorgänger« bewies, »was ein Papst mit Geld und Gewalt auszurichten vermag.« Leo X., so urteilt er, hat ein mächtiges Papsttum vorgefunden, und zwar haben es seine Vorgänger »durch Waffen groß gemacht«. Machiavelli feiert direkt den Wortbruch als ein Mittel, durch das die Fürsten »Großes geleistet« haben. Und zur Begründung dieses Satzes fügt er hinzu: »Man muß wissen, daß es zwei Arten zu kämpfen gibt, die eine durch die Gesetze, die andere durch Gewalt; die erste ist die Sitte der Menschen, die andere die der Tiere. Da jedoch die erste oft nicht ausreicht, so muß man seine Zuflucht zur zweiten nehmen. Ein Fürst muß daher sowohl den Menschen wie die Bestie zu spielen wissen.« Gegenüber der Staatssouveränität, die ihre Verkörperung in dem Fürsten findet, sinkt die Moral zu einer Größe zweiten Ranges herab. Machiavelli wird der Schöpfer des sogenannten *Machiavellismus*, das heißt des Staatssystems, das die moralischen Grundsätze in die völlige Abhängigkeit von der fürstlichen Staatspolitik setzt. Der Fürst darf vor keiner Gewalttat zurückschrecken, wenn dieses der Staatszweck fordert. Ein echter machiavellischer Fürst, der zur Aufrechterhaltung seiner Staatsmacht

keine Hinterlist, keine Mordtat scheute, ist der König von Neapel Ferrante I., dessen eherne Charakterzüge und skrupellose Machtpolitik uns Camillo Porzio in seiner Schrift von der Verschönerung der Barone des Königreichs Neapel gegen König Ferrante lebensvoll schildert (*Alfonso I. und Ferrante I von Neapel*, Schriften von Antonio Beccadelli, Tristano Caracciolo, Camillo Porzio, übersetzt und eingeleitet von Hermann Hefele, in der Sammlung *Zeitalter der Renaissance* /Jena, Diederichs/). Die Festigung des Thrones war das mit eiserner Festigkeit verfolgte Ziel der Politik Ferrantes, und jedes Mittel für diesen Zweck, mochte es auch noch so heißbluttriefend oder kalt niederträchtig sein, war ihm recht. Von der lebenswürdigen Heiterkeit seines Vaters Alfonso, eines humanistisch gebildeten Renaissancemenschen, hat er nichts geerbt. Der gewandte Beccadelli, dessen zotiger *Hermaphroditus* in den Humanistenkreisen förmlich einschlug, hat zahlreiche, unterhaltende Anekdoten aus dem Leben Alfonso aneinander gereiht, der in feiner Pflege der antiken Literatur und in schönheitsvollem Lebensgenuß seine Tage dahinbringt. Der humanistische Schmeichler Beccadelli macht aus dem jungen Alfonso schon einen weisen Salomo, er legt ein gut erfundenes Urteil in seinen Mund. Alfonso ist auch ein humanistischer Verspötter der Ehe, dem sein Geschichtsschreiber das Wort andichtet: »Die Ehe lasse sich nur dann ruhig und ohne Ärger durchführen, wenn die Frau blind, der Mann taub sei.« Die Tragik in den Schicksalen lebensgieriger, kühner Abenteurer der Renaissancezeit häuft mächtig und dramatisch wirksam Caracciolo in seinem Werkchen *Vom Wechsel des Schicksals*. Wir erfahren aus diesem Werkchen eine gewaltige Menge Details aus dem Leben seiner zeitgenössischen rücksichtslosen Kämpfer um Ruhm und Macht. Das Wort Salomons *Alles ist eitel* durchbricht häufig seine historischen Schilderungen. Aber wirklicher lebensverneinender Pessimismus ist diesem Zeitalter der Renaissance fremd, und so will denn selbst ein Caracciolo mit seinen tragischen Darstellungen nur den »unersättlichen Durst nach Besitz« löschen und stolze Seelen vor eitlen hinfalligen Gütern warnen, aber er denkt gerade trauernde Seelen zu froher Hoffnung »auf ein besseres Leben aufzurichten«.

X

X

Rousseau Am 28. Juni beging die ganze Welt den 200. Geburtstag des großen Jean Jacques Rousseau festlich. In Paris wurde das von Albert Bartholomé geschaffene Rousseaudenkmal enthüllt. Die Überreste Rousseaus wurden aus der Krypta in die Chorhalle des Panthéon überführt. Einen Einblick in das geniale Schaffen des großen Pädagogen und sozialen Theoretikers Rousseau erhält man durch das Studium des trefflichen Werks *Jean Jacques Rousseaus Kulturideale* /Jena, Diederichs/. In dieser Schrift hat Eduard Springer aus den Werken Rousseaus die Umrisse zu einer Charakteristik des Lebens und Wirkens des Menschen und Sozialphilosophen Rousseau zusammengestellt. Kurz vor der Geburtstagsfeier Rousseaus erschien eine gute, sehr preiswerte deutsche Ausgabe der Rousseauschen *Bekenntnisse* /München, Möricke/. Der Ausgabe ist der Text der ersten beiden deutschen Übersetzungen zugrunde gelegt, für den 1. Teil die bei Johann Friedrich Unger 1782, für den 2. Teil die bei Cotta 1790 erschienene Übersetzung. Nach dem Gemälde von De la Tour bringt die Zeitschrift *Zeiten und Völker* /Stuttgart, Franckh/ ein interessantes Bild des Philosophen und eine Wiedergabe eines charakteristischen Stichts: Inneres von Rousseaus Wohnung auf der Petersinsel. Der menschenscheue Philosoph flüchtet vor lästigem Besuch durch eine Falltür.

X
Kurze Chronik Oswald Frank beurteilt in seiner Schrift *Deutschland und die Modernistenbewegung* /Wiesbaden, Rauch/ diese Bewegung von engherzig ultramontanem Standpunkt aus. Das Interessanteste an dieser Schrift ist das Tatsachenmaterial über den in der protestantischen Landeskirche bestehenden Antimodernisteneid und über seine schwerwiegende Bedeutung für Geistliche und Lehrer. X Man tut gut zu dieser Schrift die Arbeit des Privatdozenten der Theologie H. Mulert *Antimodernisteneid, freie Forschung und theologische Fakultäten* heranzuziehen /Halle, Evangelischer Bund/. Die Aktenstücke über das päpstliche *Motuproprio* vom 1. September 1910, die dieser evangelischen Streitschrift beigelegt sind, haben einen zeitgeschichtlichen Wert. X Die Lebensgeschichte der Louise de la Vallière hat Dora Duncker in die Form eines historischen Romans gebracht, der den Titel *Ein Liebesidyll Ludwigs XIV.* führt /Berlin, Bong/. Der Sonnenkönig ist hier zu einem gar zu

sentimentalen Liebeshelden gestaltet worden. Die ganze Geschichte dieses Liebesverhältnisses ist mehr poetisch idyllisch, als historisch wahr. Die Situation, in der Dora Duncker den König den Ausspruch *L'Etat c'est moi* prägen läßt, ist nicht besonders geschickt erfunden. Die historischen Ereignisse hängen nur lose mit dem *Liebesidyll* zusammen. Die büßende Louise, die als Verfasserin der *Réflexions sur la miséricorde* gilt, scheint eine interessantere Persönlichkeit als Louise, die Maitresse Ludwigs XIV. Das Buch enthält ein reiches, interessantes Bildermaterial, gibt ein charakteristisches Bild der Zeit des Sonnenkönigs und kann als unterhaltende Lektüre empfohlen werden. X Professor B. Heil stellt das Werden der deutschen Städte lebensvoll in seinem Werkchen *Die deutschen Städte und Bürger im Mittelalter* (in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* / Leipzig, Teubner/) dar. Seine objektive Darstellung geht selbstverständlich nicht über die dunklen Schatten auch der hellsten deutschen Städte hinweg; über die entsetzlichen hygienischen Verhältnisse, über die erschreckende Sterblichkeit der Bevölkerung und die mörderische Gewalt der Infektionskrankheiten. Zahlreiche Abbildungen schmücken das anziehende Werkchen.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Berlin: Große Kunstausstellung 1912 Die Große Berliner Kunstausstellung ist nach wie vor für Berlin eine der größten Kalamitäten, und es scheint fast unmöglich sie in irgend einer Weise erträglich zu machen. Es steht einerseits fest, daß ein leidlich hoher Prozentsatz der ausgestellten Bilder einen wirklich künstlerischen Gehalt in sich hat, andererseits steht es aber ebenso fest, daß man angesichts einer solchen Summe von Bildern den guten nicht gerecht werden kann, und daß es ganz mechanisch einfach unmöglich ist die Einstellung, die ein jedes Bild für sich in Anspruch nehmen muß, aufzubringen. Man weiß wirklich nicht, was aus dem Dilemma herausbringen könnte; daß weniger gemalt wird, scheint von vornherein aussichtslos, und wenn man auch im allgemeinen die Existenzberechtigung von Bildern, deren Motiv man lieber in Wirklichkeit sähe, wenig anerkennen wird, so wird doch kein Maler seine Kunst dahin rechnen. Von der Seite ist also nicht auf Rettung zu hoffen, und die Notwendigkeit einer

so umfangreichen Ausstellung muß schließlich als feststehend gelten. Eine derart enge Auslese, wie sie die *Sezession* treibt, ist ein schöner Luxus, aber das Angebot will natürlich auch zu Markt kommen, und daß *Sezession* und die *Große Berliner Kunstausstellung* es nicht deckten, erwiesen ja die Juryfreien, die allenthalben aus der Erde schossen. Die einzige Möglichkeit die große Ausstellung weniger schmerzhaft zu machen liegt darin das Prinzip der Gruppierung, das die Leitung schon vielfach befolgt, noch wesentlich weiter durchzuführen. Es muß jedem auffallen, wie sehr erleichtert sich sofort die Sinne fühlen, wenn sie in einen Raum kommen, dessen Kunstwerke sich ungefähr im gleichen Klang bewegen; der Rhythmus, in den die Sinne versetzt werden, klärt sich, und der Eindruck des einen Bildes steigert sich am andern. Wird das Beste einer solchen Kollektion in einen Massensaal hineingesprengt, so verklingt seine Wirkung sicher in dem durcheinander laufenden Geschwirr vollständig. Solche Gruppierungen können sehr wohl nach verschiedensten Prinzipien zusammengestellt werden; ebenso wie nach den Künstlern, können sie nach Technik oder Zweck gruppiert sein, wie hier die Plakatausstellung, die allein schon aus solchen Gründen wie ein Quell in der Wüste erfrischt.

Von Künstlerkollektionen wäre einmal die von Gari Melchers zu nennen, der allerdings gerade der Vorzug einer solchen Einheitlichkeit abgeht; Melchers Person ist so wandlungsfähig, daß jedes weitere Bild überrascht. Das Können ist fast allemal frappant, aber die wechselnden Anklänge an die verschiedensten Großen wirken fast peinlich. Ein kleiner Saal Thoma: allerdings nicht von seinen besten Bildern. Alles wieder so herzensgut und dabei ein wenig unvermögend. Wo Thoma etwas wirklich innerlich erschaut, sieht er es auch mit aller sinnlichen Kraft. In diesen kleinen Bildern fehlt sie aber durchaus. Am besten schneiden vielleicht die Düsseldorf ab, besonders ihr Akademieleiter, Jansen. Die Anlehnung an die Niederländer spricht zwar sehr stark, aber der Zusammenhang mit ihnen ist so wesentlich, daß es unberechtigt wäre an ihm Anstoß zu nehmen. Das große Bild ist etwas schulhaft, in den kleinen aber ist durchaus viel Freiheit und selbständiges Leben, wenn wir allerdings auch jetzt mit der ganzen Atmosphäre wenig Konnex fühlen. Unter den anderen

Düsseldorfern ist vor allem Schreuer zu nennen (mit dem *Rokokotanzsaal*), fein und geräumig; mit spitz abgezieltem Rhythmus. Die Münchener Kollektion führt sich hier sehr miserabel auf. Königsberg hat eine Reihe von Radierungen hauptsächlich von Wolff ausgestellt. Sie haben sehr lebendigen Sinn, nur scheinen sie mir noch ein wenig roh und nicht geklärt. Von Hammer sind einige gute Blätter. Man könnte natürlich eine ganze Menge von einzelnen Künstlern nennen, vor allem unter den Landschaftern. Da sind wieder Hartig, Lisegang, Kallmorgen, Hellway, Cassiers, Kempe, Eichberg, ten Hell (dessen Bilder an Casper Friedrichs erinnern), von Harten ein schöner Vorfrühling mit hohem dünnen Himmel. Von Figurenbildern ist sehr wenig anzuführen. Allenfalls Pellar mit seinen orientalischen Kokettereien, Pfuhs blaue Madonna und dann vielleicht das Triptychon und die zwei kleinen Bilder von Arnold, dem leider zur Gestaltung dessen, was er will, die Technik fehlt.

Genau so schlimm, fast noch schlimmer als mit der Malerei steht es mit der Plastik. Es ist nicht zu begreifen, wie noch immer das Gros der Produktionen so sehr im alten Geleis steckt, wo rings umher, allerdings wohl meist von der dekorativen Plastik ausgehend, durchaus neues Leben kursiert. Hier ist man mit heilig konservativer Seele bei den Riesenathleten und den idealen Jungfrauen geblieben. Natürlich mit Ausnahmen. Unter ihnen ist wohl am lebendigsten Levin Funke. Seine kleine Tänzerin hat großen Reiz in der Bewegung. Auch Pagel hat Gutes; wenn auch alles recht genrehaft. Technisch sehr interessant ist die Gruppe der Holzplastiken. Die Wärme des Materials wirkt ganz fabelhaft, und sowohl jene Art der Bearbeitung, die den Kerbschnitt stehen läßt und ihre Figuren aus kubischen Formen herausentwickelt, wie zum Beispiel Penz in seinen Statuetten als auch die andere, die die weiche Glätte des Holzes ausnutzt, sind anregend und überaus ausdrucksvoll. Für Kleinstplastik auch für Polychromie, vor allem aber für alles Genrehafte, das den umgebenden Raum und auch die Kleider in der Wirkung als wesentlich mit hereinzieht, ist das Material sicher ausgezeichnet.

× **Berliner Ausstellungen** Die Herwarth Waldenschen Ausstellungen werden bei der Intelligenz und Ausdauer ihrer Leitung sich sicher allmählich

durchsetzen. Besonders in der vorigen Graphikausstellung waren Sachen von ganz einwandfreier Schönheit. Von Picasso kannte ich bisher nur seine gewürfelten Konstruktionen. Hier waren Zeichnungen und Radierungen, in denen manchmal die Linie mit ganz unendlich feinem Sinn gepflegt war, und in denen immense Gefühlskraft sprach. Auch Vallotons Blätter sind gut, nicht alle in der tonigen Holzschnittechnik; zum Beispiel in Röteln ein wunderschöner Mädchenakt. In der letzten Ausstellung überwog das Theoretische und Doktrinäre wieder sehr stark; in Blochs Bildern sehe ich etwas freiere Freude am Schönen.

× **Antike und Moderne** *Animatus* sucht in seinem Büchlein mit dem pompösen Titel *Die Enthronung der antiken Kunst* (Berlin, Oesterheld) die Tatsache, daß wir Modernen zur Antike keine Beziehung mehr finden, mit einer weit ausgeholten Philosophie zu begründen. Er sieht das Wesen des Kunstwerks in einer gewissen absoluten Harmonie, das heißt etwa in der Einheitlichkeit des Individuellen. Die Eigenart soll im Kunstwerk zu einer Harmonie, für die es ein *Zu sehr* nicht geben kann, gesteigert und geklärt sein, je reiner, je transzendenter sie sich auswirkt, um so künstlerischer sein Wert. Und diese rein geistige Harmonie oder Stil war den Griechen fremd. Ihre Kunst diene dem Leben, und ihre Harmonie ist nur die eines Ausgleichs, eines Ausbalancierens. Charakteristisch sei, daß die Griechen eine eigentliche Schilderung der Erotik nicht gekannt haben, weil die Geschlechter nicht als ideale Gegenpole empfunden waren, und die Natur durch keine Verinnerlichung über sich selbst hinaus gesteigert war. Diese »Naturverschmelzung« der griechischen Antike findet sich ebenso in der Kunst der anderen Erdteile vor der Spaltung, die die großen Geistesreligionen zwischen Natur und Geist aufrissen. Die Naturfeindlichkeit des Christentums bildet nun eine Art Filterboden für die sich allmählich entwickelnde neuspirituelle Harmonie, die ganz klar mit der Renaissance, das heißt mit der Anerkennung der Individualität eingesetzt und in unserm Jahrhundert sich zu unerhörter Höhe entwickelt habe, aus der es kein Zurück mehr gebe. Diese Vergeistigung hat der Buddhismus nicht in dem Umfang aus sich herausentwickeln können, weil seine Lehre vom Nichts nur den Naturkult zu einem Ende führte, ohne in sich den

Keim zu einer neuen Auferstehung im Geist zu tragen. *Animatus* trägt seine Theorie mit Emphase und Begeisterung vor. Von ganz außerordentlichem Wert ist tatsächlich seine absolute Erfassung des Modernen als des Ausdrucks dessen, was jetzt der Mensch denkt, sieht und fühlt. Und doch ist das, was hinter diesem seinem lebendigen modernen Gefühl steht und es theoretisch deckt, für mich um nichts wertvoller als irgendein anderes Gelehrtentum in Ästhetik. Es ist wieder eine von vielen sehr gut gefühlten Beobachtungen, ausstaffiert zu einem Grundtheorem, und schon diese monistische Phantastik, die immer wieder den all-einen Grund im Hinterhalt hat, ist mir zu arg verhaßt und doktrinär angesichts der Flut von Kunstgestaltungen, die uns rings umstehen, und von denen einmal die einen, einmal die anderen sich uns offenbaren. Wenn *Animatus* davon spricht, daß der Wert der archaischen Kunst zum großen Teil in dem läge, was wir als Kulturmenschen hereinsehen, so ist das gewiß richtig. Es läßt sich aber das gar nicht vom Kunstwerk selbst trennen, das immer aus dem objektiven Bestand und dem, was für uns erwächst, frisch resultiert. Daß diese Kunstwirkung somit immer variabel und entwickelbar sein muß, schein mir notwendig; so war die Antike eine andere für die Renaissance als für Goethe und Winckelmann, und ich halte es für sehr möglich, daß sie in Zukunft wieder ein neues Leben für uns bekommen wird. Je größer ein Werk, um so vielseitiger muß es wohl auszudeuten sein.

× **Kurze Chronik** Die Berliner *Seession* hat mit Rücksicht auf die öffentlichen Angriffe des Bürgermeisters Reicke den Besuch der städtischen Kunstdeputation abgelehnt, die Ankäufe für die Stadt Berlin vornehmen wollte. Aus dem gleichen Anlaß ist Max Liebermann aus der Kunstdeputation ausgeschieden. × Die Berliner *Seession* hat die Teilnahme an der Jubiläumskunstausstellung 1913 abgelehnt. × In Dresden sind Zeichnungen von Greiner und Klinger in der großen Kunstausstellung als anstößig beschlagnahmt worden. × Ein neu aufgefundenes Jugendwerk Rembrandts, das man bis jetzt für eine Wiederholung des sogenannten *Vaters* von Rembrandt hielt, erwies sich nach der Restaurierung durch Professor Hauser als sehr wertvolles Original. × Der Frankfurter Großindustrielle Friedrich Ludwig Gaus

hat seine berühmte Sammlung von Gegenständen antiker Kleinkunst im Wert von mehr als 1½ Millionen Mark den staatlichen Museen zum Geschenk gemacht.

× **Literatur**

Der Verlag Schulze in Leipzig hat eine autorisierte Übersetzung von D. M. Mereschkowskij's *Leonardo da Vinci* herausgegeben, deren verhältnismäßig geringer Preis dem Buch eine wirkliche Verbreitung zusichert. Das Buch ist eines von den wenigen Werken, denen man einen eigentlichen pädagogischen Wert durchaus zusprechen muß, trotz seiner geringen künstlerischen Qualitäten. Manchmal klingt sein Stil, wie die Überschriften der Kapitel *Hexensabbat* oder *Ruhe nach dem Sturm*, an Hintertreppenromane an; überhaupt wirkt es in seiner Form etwa wie ein Produkt der siebziger Jahre, denen gegenüber wir uns jetzt durchaus fremd fühlen, und die vielen direkten Reden über allerhand große Grundprobleme sind fast peinlich zu lesen. Aber trotz aller dieser Mängel hält das Buch uns fest durch einen gewissen Schwung, der sich besonders zum Schluß zu einer Art idealistischer Größe steigert. Mereschkowskij hat eine ganz merkwürdige Art die Charaktere seiner Helden, besonders den Leonardos zu erfassen. Er ist nicht im geringsten, wie wir es jetzt wohl meist gewohnt sind, von einer sinnlichen Anschauung ausgegangen, er entwickelt diese immer aus einer innern geistigen Wurzel heraus. Die Person Leonardos ist zu einer Art allgemeinen Typus gesteigert, der die Welt aus einem geistig wissenschaftlichen Sinn heraus ansieht, der aufnimmt und forscht, und der das Einzelne als Beispiel von Gesetzen erfäßt, vor denen er fromme fast religiöse Ehrfurcht fühlt. Mit dieser Weisheit aber, die in ihm wächst und sich auswirkt, ist das Anrecht auf das Leben selbst ihm geschwunden. Das Leben, das in einem ständigen Hin und Wider besteht, in einem Strom von Gelegenheiten, von denen jede einzeln erfäßt sein will, das nie ein Gesetz, nie eine Idee ungebrochen und rein erkennen läßt, blieb seinem Wesen fremd, und es ist, als wenn gerade diese seine anschauende Weisheit ihm den Weg verschlossen und ihm das Leben unter den Händen zerrinnen läßt. Auch dort, wo sich seine ganze Liebe und Verehrung hinwendet, scheint das letzte Persönliche ausgesogen; sein eigener Sinn hat es zer-

setzt und schließt ihn in absolute Einsamkeit ein. Mereschkowskij zeichnet als symbolisch hierfür seine Episode mit der Gioconda. An ihrem Bild hat Leonardo 5 Jahre gemalt. Die Beziehung zu dieser stillen Frau schildert er als ein Wechselspiel der Seelen bis zur letzten Vollkommenheit. Aber zu der letzten wirklichen Lebensverschmelzung fand Leonardo nicht den Weg, wie auch hier von dem Fluch seines eigenen Wesens gebunden. Im Jahr darauf stirbt Gioconda, und ihr Hinsiechen legt sich auf Leonardo wie eine Schuldlast. Gerade der letzte Teil des Buches, der das einsame Altwerden Leonardos schildert, ist von großem Ernst. Die Person Leonardos, in der man sich die Renaissance wie in einem Hohlspiegel konzentriert dachte, muß in Zukunft immer mehr das Mystische eines mythologischen Wesens bekommen. Unendlich an Einfluß in seiner Zeit, sind alle seine Werke auf die gewaltsamste Weise ausgelöscht: das Sforzadenkmal und das *Abendmahl* zu seinen Lebzeiten und jetzt die *Mona Lisa*, so daß auch diese Wirkung, so sublim und vergeistigt sie schon aus dem Bild sprach, nun auch aufgehoben ist, und nur der Name bleibt, mit dem ihm eigenen Nimbus. Das Zeitbild, das aus dem Buch wächst, ist äußerst lebendig, wenn auch der Glanz jener Epoche wesentlich zusammenschmilzt. Neben der absolut verkrüppelten Seele des Volkes, die in Finsternis irreläuft und in den abstrusesten Auswüchsen plötzlich ihr Heil sieht, steht die etwas gourmethaft antike Bildung, ohne sich im geringsten mit ihr zu verbinden. Sehr charakteristisch ist auch das mystische, berauschte Zutrauen, das jene Zeit zur Wissenschaft hatte. Die immensen Entdeckungen erweckten Perspektiven ohne Grenzen, und offenbar sah man keine Kluft mehr zwischen allen jenen alchimistischen Wunderchen und den Schöpfungswundern Gottes; es schien nur wenig zu fehlen, um in ihre Maschinerie einen Einblick zu haben.

KULTUR

Landwirtschaft / Arthur Schulz

Agrargeschichte

In seinem Buch *Zur Geschichte des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Ostpreußen von der Gründung des Ordensstaates bis zur Steinischen Reform* (Leipzig, Duncker & Humblot), hat Gustav Aubin die Resultate der lokal- und rechtsgeschichtlichen Forschungen besonders

von Töppen, Weber und von Brünneck, die Ergebnisse der agrarhistorischen Untersuchungen von Böhme, Kern, Plehn und Skalweit und eigene Archivstudien zu einem guten und recht lesbaren Geschichtsbild zusammengefügt. Nach Aubin waren die Absatzverhältnisse des schon seit dem 15. Jahrhundert für den Export produzierten Getreides und die Gestaltung des Arbeitsmarkts die wichtigsten Kausalfaktoren in der Entwicklung der ostpreußischen Agrarverfassung. Besonders interessant ist der gegen Knapp geführte Nachweis, daß die Angehörigen des ostpreußischen Landadels schon seit der Zeit der Kolonisation in erster Linie ausübende Landwirte und nicht, wie in anderen Ländern, anfangs rentenverzehrende Ritter gewesen sind. Schildert Aubin mit besonderer Liebe die Agrargeschichte der ersten Jahrhunderte nach der Kolonisation, so gibt Dr. Adolf Agthe (*Ursprung und Lage der Landarbeiter in Livland* /Tübingen, Laupp/) nur eine kurze Skizze der Agrarverhältnisse Livlands unter der Herrschaft des Ordens, der Polen und der Schweden, um dann ausführlich bei der sogenannten *Bauernbefreiung* von 1804 bis 1860 zu verweilen. Sie hat nach Agthe mehr als den Bauern dem Adel genützt, der auf Grund der Verordnung von 1819 bis 1850 ein Fünftel des Bauernlands einzog und seine Betriebe um 60 bis 180% vergrößerte. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern von Transehe-Roseneck und Töblich, die sich in ihren Geschichtsdarstellungen mehr oder weniger den Standpunkt des deutschen Grundadels zu eigen gemacht haben, ergreift Agthe die Partei der unterdrückten lettischen und estnischen Bauern und Landarbeiter, deren Erhebung in der livländischen Agrarrevolution von 1905 er verständlich machen will. Unzureichend ist seine Schilderung der gegenwärtigen Lage der livländischen Landarbeiter, da sie sich auf einer viel zu geringen Anzahl schriftlicher Beantwortungen vom Autor versandter Fragebogen aufbaut. Das Buch Carl Brinkmanns *Wustran, Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte eines brandenburgischen Ritterguts* (Leipzig, Duncker & Humblot) führt uns in archivalisch korrekter, aber etwas trockener Darstellung den Entwicklungsgang des einst dem Husarengeneral Joachim Hans von Zieten gehörigen und nun einen Bestandteil des ausgedehnten Graf von Zieten-Schwerinschen Fideikommisses bildenden Ritterguts Wustran vor Augen. In dem seit den fünfziger Jahren erfolg-

ten Ankauf von 5 Vollbauernhöfen in der zugehörigen Dorfgemeinde Wustrau zeigt sich auch in diesem Fall die Schädlichkeit des Fideikommißinstituts.

Das Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Sachsen und der angrenzenden Gebiete ist das Thema eines von Dr. Karl Bielefeldt bei Puttkammer & Mühlbrecht in Berlin veröffentlichten Buches. Der Verfasser beschreibt aus eigener Sachkenntnis und auf Grund des Studiums der zeitgenössischen Literatur zutreffend, wie in der Provinz Sachsen unter dem Einfluß städtischen Kapitals und aus dem städtischen Bürgertum hervorgegangener Unternehmer der landwirtschaftliche Betrieb industrialisiert und die ländliche Arbeitsverfassung depriviert wurde. Gegenüber diesen Vorgängen der Vergangenheit, die uns die rasch verallgemeinernde agrarmarkistische Lehrmeinung K. Kautskys bekanntlich als Zukunftsschicksal der ganzen deutschen Landwirtschaft aufzureden suchte, ist sehr bemerkenswert, daß sich in der Gegenwart nach Bielefeldt bereits wiederum eine Tendenz zur Entindustrialisierung der Güter, eine Abkehr von der weniger einträglich gewordenen Genußmittel- (Zucker-, Stärke- und Spiritus-)fabrikation und eine Zuwendung zu der wieder rentabel gemachten Nahrungsmittel- (Getreide- und besonders Schlachtvieh-)produktion geltend macht. Hierin, in der Kartoffeltrocknung und in der Vermehrung des Klein- und Mittelbesitzes sieht der Verfasser die Zukunft der provinzsächsischen Landwirtschaft.

Die umfanglichste der mir vorliegenden agrargeschichtlichen Neuerscheinungen ist Anna Neumanns Werk *Die Bewegung der Löhne der ländlichen freien Arbeiter im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Königreich Preußen gegenwärtigen Umfangs vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis 1830* /Berlin, Percy/. Ein riesiger Fleiß und eine nicht gewöhnliche Belesenheit in der älteren Agrarliteratur sind hier leider in den Dienst einer gar nicht befriedigend lösbaren Aufgabe gestellt worden. Die Zahl der freien geldentlohten landwirtschaftlichen Tagelöhner war in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts sowohl im Osten, wo die gebundenen überwiegend naturalentlohten Gutstageelöhner noch weit mehr als heute überwogen, als auch in dem mit Heuerlingen oder Dienstboten wirtschaftenden bäuerlichen Nordwesten und Westen sehr

gering. Jedenfalls ist es auch dem Fleiß der Verfasserin nicht gelungen zuverlässige Angaben über die bis etwa 1840 an landwirtschaftliche Tagelöhner gezahlten Geldlöhne in genügender Anzahl zu sammeln, und sie ist sehr oft genötigt selbst auf die Dürftigkeit ihres Materials hinzuweisen. Infolgedessen sind die Ergebnisse ihrer Untersuchungen für die ersten Jahrzehnte zum großen Teil ziemlich problematisch, ja manchenfalls reine Zufallsprodukte. Wenn sie zum Beispiel zu dem erstaunlichen Resultat kommt, daß das für das 3. Jahrzehnt (das Jahrzehnt der großen Agrarkrise) charakteristische Sinken der Löhne in Ostpreußen mit 57 respektive 53 % den höchsten Grad erreicht, während es im benachbarten Westpreußen mit nur 7 % am geringsten ist, so erklärt sich das einfach daraus, daß ihr für den Zeitraum 1820 bis 1830 auf Westpreußen bezügliche Geldlohnangaben nur aus der reichen Elbinger Niederung zur Verfügung stehen. Wertvoll erscheinen mir dagegen die Untersuchungen Anna Neumanns über solche Gegenstände, die zu ihrem Hauptthema nur in loser Beziehung stehen, zum Beispiel über die Ursachen der Agrarkrise der zwanziger Jahre. Gänzlich ungläubhaft ist mir ihre Behauptung, daß »im Westen und Nordwesten, wo Anbau und Konsumtion des Getreides eine größere Bedeutung hatten, dieses hauptsächlich zur Spiritusproduktion verwendet wurde«. Es ist zu wünschen, daß die von der Verfasserin angekündigten weiteren Teile ihrer Arbeit sich mehr mit den gebundenen naturalentlohten Gutsarbeitern befassen möchten, da deren Zahl um ein Vielfaches die Zahl der sogenannten freien Arbeiter übertraf und über ihre Verhältnisse weit mehr und weit zuverlässigere Nachrichten überliefert sind.

× **Agrarpolitik** ×
Seit meiner letzten Besprechung von Büchern dieser Gattung (in dieser Rundschau, 1910, I. Band, pag. 336 ff.) sind einige weitere Gesamtdarstellungen der Agrarpolitik erschienen.

In seinem *Lehrbuch der Volkswirtschaftspolitik* /Leipzig, Hirschfeld/ widmet Professor Friedrich von Kleinwächter den ersten Abschnitt der Agrarpolitik. Die leichtfällige und recht objektive Darstellung weist zwar, da sie den umfangreichen Stoff auf nur 80 Seiten behandelt, zahlreiche Lücken auf, entschädigt aber den reichsdeutschen Leser durch Berücksichtigung auch österreichi-

scher Agrarprobleme und ihrer gesetzgeberischen Lösungsversuche. Neben dem etwas eingehenderen und gleichfalls durch Heranziehung österreichischen Quellenmaterials interessierenden Kapitel über die agrarische Zoll- und Handelspolitik scheint mir Kleinwäuchters Stellungnahme zum landwirtschaftlichen Pachtwesen besonders beachtenswert. Während beispielsweise in der agrarpolitischen Literatur Englands dem Auseinanderfallen der Personen des Grundeigentümers und des landwirtschaftlichen Unternehmers alle möglichen Vorzüge zugeschrieben werden, wobei allerdings die konservativ-unionistischen Schriftsteller der ältern Richtung fast nur die Pachtung vom Landlord, die liberalen neuerdings fast nur die Pachtung von öffentlichen Körperschaften zu rühmen wissen, beurteilt Kleinwächter das Pachtsystem (und er kommt damit der Wahrheit sicher näher als dessen englische Lobredner) sehr ungünstig. Er bezeichnet den Verpächter, falls ihm nicht triftige Entschuldigungsgründe zur Seite stehen, als unproduktiven Zehrer, als Drohne, und fordert, der Staat solle die Selbstbewirtschaftung des Landes durch den Eigner gegenüber der Verpachtung begünstigen. Als Muster empfiehlt er das rumänische Gesetz vom 31. März 1885, wonach die Grundsteuer 5 % vom Reinertrag beträgt, wenn der Eigentümer im Inland lebt und sein Gut selbst bewirtschaftet, jedoch um 1 % steigt, wenn der Eigentümer zwar im Inland lebt, aber sein Gut verpachtet, und sich sogar auf 12 % erhöht, falls der Grundherr seinen Landbesitz verpachtet und im Ausland lebt. Auch in Preußen haben wir, besonders in den polnischen Gebietsteilen, Gegenden, die unter der Verpachtung der zu den dortigen Latifundien gehörigen Güter und unter dem Absentismus der (polnischen wie der deutschen) Großgrundeigentümer leiden. Der steuerlichen Differenzierung ist aber hier die Enteignung der betreffenden (deutschen wie polnischen) Latifundien auf Grund des Gesetzes vom 20. März 1908 und ihre Aufteilung zum Zweck der Baueransiedlung weit vorzuziehen.

Lebendiger, mehr den modernsten Problemen zugewandt und deshalb fesselnder sind die beiden Bändchen *Agrarwesen und Agrarpolitik* des Professors Dr. Wygodzinski, die in der *Sammlung Götschen* erschienen sind. Sie zeigen alle Vorzüge, die seinem im vorigen Jahre veröffentlichten größeren Werk *Das Ge-*

nossenschaftswesen in Deutschland (siehe die Rubrik *Genossenschaftsbewegung*, 1911, 3. Band, pag. 1266) allgemeine Anerkennung verschafft haben. Besonders gelungen scheint mir der systematische Aufbau des Ganzen und an Einzelkapiteln die Darstellung des Kreditwesens, der Entschuldung, der Landarbeiterfrage und der Organisation des landwirtschaftlichen Berufsstandes zu sein. Leider fehlt das landwirtschaftliche Versicherungswesen ganz, und das landwirtschaftliche Unterrichtswesen ist nur kurz gestreift. Nicht ganz einverstanden bin ich mit der Stellungnahme Wygodzinskis zu der Frage nach dem heute zweckmäßigsten Umfang der landwirtschaftlichen Unternehmung. Seine Behauptung, die Hochzucht auf dem Gebiet der tierischen Produktion (anders steht es mit der pflanzlichen) sei »die fast alleinige Domäne des modernen kapitalkräftigen Großbetriebs«, findet sich zwar auch in anderen volkswirtschaftlichen Lehrbüchern, zum Beispiel in dem von Philippovich, wird dadurch aber nicht richtiger. Was das Pferd betrifft, so kann man in Deutschland nur die Zuchten des ostpreussischen, hannoverschen und oldenburgischen Warmblüters und des rheinischen Kaltblüters als *Hochzuchten* bezeichnen; diese 4 zu Hochzuchten entwickelten Landespferdezuchten haben aber ihren Schwerpunkt im bäuerlichen Besitz. Von den Rinderhochzuchten Deutschlands wird nur eine einzige, nämlich die der ostpreussischen Holländer, überwiegend vom Großgrundbesitz betrieben. Der einen Provinz Ostpreußen aber stehen Posen, Schlesien und Mecklenburg gegenüber, wo die Großgüter in der Rindviehzucht in der Regel wenig Hervorragendes leisten. Die Hochzucht des veredelten Landschweins, unserer wirtschaftlich bei weitem wichtigsten Schweinegattung, hat ihren Hauptsitz im nordwestdeutschen Bauerngebiet, und nur die Hochzucht der verschiedenen Schafrassen ist unbestrittene Domäne des Großbetriebs. Die verschiedene produktive Leistungsfähigkeit kommt natürlich auch im Preis der Landgüter verschiedener Größe zum Ausdruck. Nach den von Rothkegel auf Grund amtlichen Materials durchgeführten Berechnungen der Kaufpreise landwirtschaftlicher Grundstücke in Preußen im Jahrzwölft 1895 bis 1906 kostete der Hektar im Durchschnitt aller Bodenqualitäten bei Parzellenbetrieben 2695 Mark, bei mittleren Bauernwirtschaften 1355 und bei Großgütern über 500 Hektar 656 Mark. Es ist nicht angängig

diese große Preisdifferenz, wie Wygodzinski es tut, allein darauf zurückzuführen, daß mit der Kleinheit des Gutes die Zahl der Kauffähigen und Kauflustigen und mit der Zahl der Nachfragenden der Preis des Hektars wächst. Auch die Behauptung, daß »bei einer einheitlichen Produktion auf Flachlandboden, der ausgedehnte Maschinenverwendung gestattet, wie . . . weite Gebiete des deutschen Ostens . . ., der Großbetrieb am Platze ist«, kann ich ohne wesentliche Einschränkungen nicht gelten lassen.

Lebhaft wendet sich Wygodzinski, obgleich er ein entschiedener Freund der innern Siedlung ist, gegen die Forderung die preußischen Domänen zum Zweck der innern Kolonisation ganz aufzuteilen. Eine völlige Aufteilung der staatlichen Großgüter hat jedoch, obwohl sie sich nur mit 3 % verzinsen, meines Wissens kein ernst zu nehmender Agrarpolitiker verlangt. Wohl aber wünscht man immer allgemeiner und dringender, der preußische Staat möge pachtfrei werdende Domänen besonders in Ostelbien in stärkerem Maß als bisher zur bäuerlichen Besiedelung hergeben und schon bei der Verwaltung geeigneter Güter, namentlich bei Vornahme von Neubauten, die künftige Besiedelung durch Dezentralisierung der Gebäude vorbereiten. Hat doch sogar das preußische Abgeordnetenhaus einen vom Abgeordneten Dr. Engelbrecht-Obendeich gestellten Antrag dieses Inhalts im Februar dieses Jahres einstimmig angenommen. Eine nachdrückliche Unterstützung dieses Verlangens, dem die Bureaucratie und der einflußreiche Stand der Domänenpächter widerstreben, wäre in einer Zeit, wo in Rußland 4 bis 5 Millionen Hektar Domänen und andere öffentliche Ländereien in das freie Eigentum der Bauern übergeführt worden sind, mehr angebracht als eine Polemik gegen gelegentliche Übertreibungen.

Die irrige Meinung Wygodzinskis, daß in Bayern die Moorkolonisation eifrig betrieben werde, sei dahin berichtet, daß Bayern zwar in der Moorkultur Tüchtiges leistet, in neuerer Zeit aber die Besiedelung seiner zum großen Teil hierfür sehr geeigneten Moore leider noch nicht wieder in Angriff genommen hat. Auch kann man, nachdem die Errichtung von Landwirtschaftskammern in Bayern eine beschlossene Sache ist, nicht mehr sagen, daß Bayern gleich Sachsen und Württemberg an dem alten vereinsmäßigen System

landwirtschaftlicher Berufsvertretung noch festhalte.

Die ausführlichste unter den hier angezeigten Gesamtdarstellungen der Agrarpolitik ist das vom *Volkverein für das katholische Deutschland* in München-Gladbach herausgegebene Werk *Die Landwirtschaft*, in dessen 2 Bänden 32 Vorträge über agrarpolitische Einzelfragen zu einem Ganzen vereinigt sind. Leider werden zwei so wichtige Probleme wie die Verbesserung der landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse und die innere Kolonisation nicht erörtert. Schon hieraus ergibt sich, daß das Werk in erster Linie für die katholischen Bauern West- und Süddeutschlands bestimmt ist, die die Dringlichkeit der beiden genannten Aufgaben weniger empfinden als die ost- und norddeutschen Landwirte. Das reichhaltige und auch dem Kenner manches Neue bietende Tatsachenmaterial ist im Sinn des Zentrums gruppiert und beleuchtet, die Parteilichkeit drängt sich aber nicht allzusehr hervor, und ein für eine Parteischrift immerhin anerkennenswertes Maß von Sachlichkeit und Sachgemäßheit bleibt im großen und ganzen gewahrt.

X

Kurze Chronik. Am 12. April hat sich eine *Gesellschaft zur Förderung der innern Kolonisation* gegründet. Sie bezweckt die Erkenntnis von der Notwendigkeit der innern Kolonisation in immer weitere Kreise zu tragen, die geheime und offene Gegnerschaft, die der innern Kolonisation heute noch an mehreren Orten entgegentritt, zu bekämpfen und für die Ausgestaltung der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften oder ihre Erweiterung auf Landesteile, in denen sie noch fehlen, zu wirken. Der Zweck der Gesellschaft soll durch literarische Tätigkeit, Anregung wissenschaftlicher Untersuchungen, durch Vorträge, Versammlungen und Besichtigungen erreicht werden. Der Jahresbeitrag für Einzelmitglieder beträgt 12 Mark, für Korporationen 120 Mark. Es ist zu wünschen, daß sich die Gesellschaft zu einer volkstümlichen Propagandaorganisation ähnlich der englischen *National Land and Home League* entwickeln möge.

X

Literatur. Das Werk Peter Krapotkins *Fields, Factories and Workshops* ist vor einiger Zeit in französischer Übersetzung (*Champs, usines et ateliers ou L'industrie combinée avec l'agriculture et le*

travail cérébral avec le travail manuel /Paris, Stock/) und in 2. deutscher Auflage in der autorisierten Übersetzung von Gustav Landauer /Berlin, Renaissanceverlag/ erschienen. Die vor 17 Jahren veröffentlichte englische Ausgabe hat einen nicht unerheblichen Einfluß ausgeübt (noch vor einem Jahr hat Chr. Turnor in seinem nicht üblen Buch *Land Problems and National Welfare* /London, Lane/ seine Abhängigkeit von dem Werk des großen Russen dankbar bekannt) und diesen Einfluß trotz mancher utopistischen Bestandteile auch durchaus verdient. Jedenfalls hat Krapotkin die landwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen Westeuropas richtiger beurteilt als einige Jahre später Genosse K. Kautsky in seiner *Agrarfrage*. Während die französische Ausgabe auch die neueste Statistik berücksichtigt, ist die deutsche leider ein unveränderter Abdruck der 1. Auflage.

Verkehr / Felix Linke

Schleppmono-Der Widerstand gegen das auf dem Rhein-Weser- und dem Lippekanal vom Staat beabsichtigte Schleppmonopol (siehe diese Rundschau, in diesem Band, pag 769) wächst in den beteiligten Kreisen immer mehr. Man befürchtet eine Schädigung von Handel, Industrie und Schifffahrt, weshalb sich immer mehr Interessenten und Sachverständige gegen die Einführung des Schleppmonopols aussprechen. Bei der Festlegung des Schleppmonopols im Wasserstraßengesetz glaubte man neben der Regelmäßigkeit und Stetigkeit des Betriebs feste, keinen Schwankungen unterworfenen Frachtsätze und unumschränkte Tarifhoheit des Staats erreichen zu können. Die Regelmäßigkeit und Stetigkeit des Betriebs versprach man sich von der Einführung der elektrischen Treidelei, die, wie 1910 von der Regierung selbst erklärt wurde, »bei Festlegung des Schleppmonopols allen Teilnehmern der parlamentarischen Erörterungen vorschwebte« und »für den größten Teil des Kanals bei den Erörterungen über die Zweckmäßigkeit des staatlichen Monopols in Aussicht genommen war«. Die seitdem angestellten Erhebungen haben ergeben, daß es wenigstens für die nächsten 15 Jahre bei einem noch in der Entwicklung begriffenen Verkehr höchst unwirtschaftlich wäre die elektrische Treidelei anzuwenden. Von ihrer Einführung wird also abgesehen. Es war ja an sich eine irrig, lediglich aus Man-

gel an Kenntnis der Schifffahrt erklärlie Vorstellung, wenn man geglaubt hatte »den Schifffahrtsbetrieb regelmäßig wie den Betrieb auf den Eisenbahnen zu gestalten und die Güter in angemessenen Zeitabschnitten an die Lösch- und Ladeplätze heranzuführen« und so den Empfängern bestimmte Lieferfristen bieten zu können. Denn der Schifffahrtsbetrieb ist in ganz anderm Maß als der Eisenbahnbetrieb von Dingen abhängig, die sich nicht beeinflussen lassen, wie Hoch- und Kleinwasser, Eisgang, Nebel, Ankunft und Abgang der Seedampfer. Nach der Ausschaltung der als unwirtschaftlich erkannten elektrischen Treidelei aber wird mit dem staatlichen Schleppmonopol das Ziel der Regelmäßigkeit und Stetigkeit des Betriebs in keiner Weise erreicht.

Ebensowenig werden die Verfrachter beim Schleppmonopol mit festen Frachten rechnen können. Der am meisten veränderliche Teil des Frachtsatzes ist die Schiffsmiete. Während der Kanalschlepplohn auch ohne Monopol regelmäßig die gleiche Höhe aufweisen wird, wird die Schiffsmiete je nach dem Angebot und der Nachfrage von Schiffsraum in Verbindung mit dem jeweiligen Wasserstand auf dem Rhein schwanken. Das Schleppmonopol kann diese Schwankungen nicht aufhalten oder verringern. Feste Frachtsätze würden sich nur aus dem Betriebsmonopol ergeben. Ein solches ist indessen nicht vorhanden, und der Entwurf des Schleppmonopolgesetzes erklärt ausdrücklich, daß »die Ausdehnung des Monopolbetriebs auf dem Abschluß von Frachtgeschäften und die Spedition außerhalb der dem Staat im Wasserstraßengesetz gestellten Aufgaben liege und der staatlichen Einrichtung ein ganz anderes Aussehen geben würde als vom Gesetzgeber offenbar beabsichtigt gewesen« sei.

Soll die nach der Ansicht des Urhebers des Schleppmonopols »leidige Konkurrenz zwischen Eisenbahn und Wasserstraßen« beseitigt werden, und der Staat in der Lage sein seine Tarifpolitik in wirksamer Weise auf dem Kanal zur Geltung zu bringen, so müßte ihm das Betriebsmonopol zustehen. Das Schleppmonopol ist dazu allein nicht geeignet; es bedeutet für den Staat günstigenfalls nichts weiter als eine Einnahmequelle. Daß die Regierung gerade in dieser Richtung den Hauptwert des Schleppmonopols sieht, bestätigt am besten ihre 1910 bekundete Absicht das Schleppmonopol gegen Entgelt aus der Hand zu geben, es zu ver-

pachten. Auch in dem letzten dem Wasserstraßenbeirat vorgelegten Entwurf wird der Gedanke betont, daß das Schleppmonopol neben der Deckung sämtlicher Unkosten einschließlich der Verzinsung und Tilgung einen Gewinn abwerfen soll. Es ist sehr fraglich, ob der Staat, so hoch er auch die Sätze des Schlepptarifs bemißt, das wirklich erreicht. Mit der Ausübung des Schleppbetriebs betritt er ein ihm bisher unbekanntes Gebiet, auf dem er erst Erfahrungen sammeln muß, und in den ersten Jahren wohl erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden sein werden. Der Entschluß von der Einführung des Schleppmonopols vorläufig Abstand zu nehmen dürfte daher vielleicht dem Unternehmen selbst nur zu gute kommen.

× **Baden: Elek-** Die längst geplante Elek-
trifizierung trifizierung der badischen
der Staatsbah- Staatsbahn wird sehr
nen bald an einigen Nebenbahnen beginnen.
Zuerst wird die Wiesentalbahn in Angriff genommen, die von Basel über Lörrach nach Schopheim und Säckingen führt. Die elektrische Energie liefert das große Wasserwerk bei Augst-Wyhlen, das die Stadt Basel gemeinsam mit den Rheinfelder Kraftwerken errichtet, und das in den nächsten Monaten seiner Vollendung entgegengeht. Das Leitungsnetz für die Wiesentalbahn ist bereits fertiggestellt, so daß man sogar beabsichtigt die Wiesentalbahn noch dieses Jahr in Betrieb zu setzen. Mit der Fertigstellung des Kraftwerks, das bei normalem Stand rund 30 000 Pferdekkräfte abgibt, wird gleichzeitig eine gute und billige Wasserstraße von Basel bis Rheinfelden geschaffen, um die oberrheinische Industrie auf dem deutschen und internationalen Markt konkurrenzfähig zu erhalten. In diesem Sommer soll womöglich schon der regelmäßige Schiffsverkehr mit 1000 Tonnen-Kähnen aufgenommen werden. Das wird jedoch nur möglich sein, wenn bis dahin die Schleuse bei Augst-Wyhlen fertiggestellt sein wird. Diese Schleuse wird 90 Meter lang und 12 Meter breit sein. Zwar ist das Kraftwerk bei Laufenberg auch noch nicht fertig, doch wird es innerhalb weniger Monate vollendet sein. Es ist für 50 000 Pferdekkräfte ausgebaut. Das Leitungsnetz von Laufenberg nach dem 100 Kilometer entfernten Villingen ist fertig. Als 2. elektrisch auszubauende Strecke kommt die Murgtalbahn in Betracht, die von Rastatt über Germsbach nach Forbach und später

nach Schönmünzach bis Freudenstadt in Württemberg führt. Für diese Bahn wird ein anderes Kraftwerk die elektrische Energie spenden, ein Werk, das Baden an der badisch-württembergischen Grenze in der Nähe von Raumünzach erbaut wird. Dieses Werk soll nicht weniger als 15 Millionen Mark kosten.

× **Norwegen:** Mit der vor kurzem vom
Eisenbahnen Storting bewilligten Dovrebahn, die das künftige

Hauptbindeglied zwischen dem südlichen und dem nördlichen Norwegen werden und die bisherige teilweise schmalspurige Bahn Kristiania-Drontheim ersetzen soll, erhält Norwegen eine neue Stammbahn von großer Bedeutung. Die in nordöstlicher Richtung verlaufende Bahn schließt sich an die bereits bestehende von Kristiania über Lillehammer durch das Gudbrandstal führende Bahn an, die bis Domaas weitergeführt wird, und trifft bei Stören auf die alte nach Drontheim führende Strecke. Die Dovrebahn, die durch die an Mineralien reichsten Gebiete Norwegens führt und streckenweise über 1000 Meter hoch liegt, muß ähnlich wie die Bergener Bahn als Hochgebirgsbahn gebaut werden; jedoch sollen hier die Schneemassen nicht so bedeutende Schwierigkeiten bereiten. Durch die neu bewilligte Raumbahn, die von Domaas aus längs des Raumaflusses zum Romsdal gehen soll, wird südlich von Drontheim eine neue Verbindung mit dem Meer hergestellt. Die von Drontheim 105 Kilometer weit gegen Norden bis Sunnan reichenden Geleise sollen um 79 Kilometer bis Grong verlängert werden. Ferner wird eine Seitenlinie der Bergener Bahn gebaut, die vom Hochgebirgsbahnhof Myrdal nordwärts nach Fredheim gehen und eine Verbindung mit Sognefjord herstellen soll. Schließlich will man die Westlandbahn, die sich längs der Küste bis Stavanger hinziehen soll, um eine 122 Kilometer lange Strecke von Kongsberg südwärts bis Näslandsvand verlängern.

× **Schiffsgrößen** Nach dem Untergang des
Ozeanriesen mitten auf
hoher See ist mehrfach der
Gedanke laut geworden, daß man mit den Schiffskolossen bereits eine Grenze überschritten hat, über die hinaus sie sich der Beherrschung des Menschen mehr und mehr entziehen. Man macht sich von den Ausmaßen der großen Seeschiffe keine rechte Vorstellung, deshalb sei ein Bild gebraucht. Man denke sich eine breite

Großstadtstraße (zirka 28 Meter breit), mit 4- bis 5stöckigen Häusern beiderseitig bestellt. Schreitet man beinahe 400 Schritt in dem Straßeneinschnitt ab, so hat man den Raum, den der moderne Riesen Kahn enthält, auch in den Größen etwa richtig. Dieser Raum wird schiffsmäßig umbaut und innen völlig ausgerüstet. Welch ein Koloß dadurch entstehen muß, wird nunmehr einigermaßen vorstellbar sein. Und dieses Ungeheuer muß bewegt und gesteuert werden können. Man macht sich gar keine Vorstellung davon, welche technische Aufgabe das ist. Es ist schließlich auch nicht allein diese Aufgabe, die zu berücksichtigen ist, sondern man muß auch darauf acht geben, daß ein solches Schiff in den Häfen und eventuell auch auf See nicht allein vorhanden ist. Man wird sich erinnern, daß die *Titanic* beim Auslaufen aus ihrem englischen Heimatshafen so viel Wasser hinter sich ansaugte, daß andere in der Nähe ankernde Schiffe mit dem nachstürzenden Wasser schwammen und sich von den Anker losrissen. Auch das Anlegen solcher Riesenschiffe hat große Schwierigkeiten, weil das zu verdrängende Wasser ja nur schlecht ausweichen kann. Das Manövrieren solcher Schiffskolosse ist noch gänzlich unerprobt, denn jeder Rekord wurde sofort durch einen neuen gebrochen, noch bevor man sich Zeit ließ genügende Erfahrungen zu sammeln.

Man darf schließlich auch nicht außer acht lassen, daß zwar der wirtschaftliche Gewinn bei sehr großen Schiffen groß sein kann, daß er es aber nicht sein muß, denn nicht immer ist die Konjunktur so günstig, daß diese ungeheuren Schiffe bei regelmäßiger Fahrt voll oder nur noch günstig ausgenutzt werden können, ganz zu schweigen von den gewaltigen Verlusten, die ein selbst nur kurzes Brachliegen schon zur Folge hat. Es ist ferner zu bedenken, daß der Betrieb solcher Giganten zwar große Vorteile bietet, daß aber ihr Verlust auch eine ganz ungeheuerliche Größe erreicht. Und die Erschütterungen, die durch solchen Verlust unter den Versicherungsinstituten, den Banken und den Reedereien hervorgerufen werden, sind ebenfalls nicht unbedenklich. Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß für die Schiffe in den Häfen, für die sie bestimmt sind, auch Dock-, Liege-, Lösch- und Ladegelegenheiten vorhanden sein müssen. Was das heißt, wird sich nicht jeder klar machen. In Wirklichkeit aber sind das

Forderungen, vor denen die Werfttechniker nicht allein wegen der technischen sondern auch wegen der finanziellen Schwierigkeiten einen gehörigen Respekt haben dürften.

Würdigt man alle diese Momente, so wird man kaum zu der Meinung kommen, daß sie eine Grenze der Schiffsgröße festzulegen geeignet sind. Wir werden schon nach dem bisherigen vermuten müssen, daß auch weiterhin die Schiffsrümpfe immer größere Dimensionen annehmen werden; nur wäre zu erwägen, ob es nicht empfehlenswert sei, ein wenig auszuruhen und zu studieren, ob schon alle Möglichkeiten und Bedingungen, die ein Weiterschreiten erwünscht und vorteilhaft machen, genügend erforscht und bekannt sind. Jetzt scheint es so, als ob man nichts anderes tut als Rekord auf Rekord zu setzen.

× **Kurze Chronik** Der schon lange geplante elektrische Betrieb der **Gotthardbahn** soll zunächst auf der rund 90 Kilometer langen Strecke **Erstfeld-Biaska** eingerichtet werden, und zwar zuerst auf dem Abschnitt **Erstfeld-Airolo** und sodann zwischen **Airolo und Biaska**. Das Kraftwerk wird an der Reuß bei **Amsteeg** errichtet. × Die **sibirische Eisenbahn** hat sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt. Im Jahre 1910 sind 5022 Reisende mit 143 Tonnen Gepäck auf Fahrscheine im internationalen Verkehr befördert worden und haben der Bahn eine Einnahme von 2,67 Millionen Mark gebracht. Damit ist gegen 1909 die Zahl der Reisenden um 36 %, das Gewicht des Gepäcks um 50 % und die Einnahme um 38 % gestiegen. Von deutschen Bahnhöfen aus wurden 1910 Reisende, also 535 mehr als im Vorjahr, über die **Sibirische Bahn nach Charbin, Wladiwostok, Zuzuga, Najadaki und Shanghai** befördert. Das **Doppelgeleis westlich vom Baikalsee** soll in diesem Jahr vollendet werden. Von den beiden Linien, die die Fahrt von **Petersburg nach Ostasien** abkürzen, ist die Strecke **Perm-Jekaterinburg** vollendet. Sie kürzt die Entfernung um 106 Kilometer. Die zweite Strecke, **Tjumen-Omsk**, die 162 Kilometer Abkürzung bringt, soll ebenfalls noch in diesem Jahr in Betrieb genommen werden. × Die **Kongoleisenbahnen** sollen allmählich durch **Nutzbarmachung der Schnellen und Fälle** elektrifiziert werden. Dadurch scheint die vor 1½ Jahr beabsichtigte **Rohölfeuerung** hinfällig.